E 2814

MENSCHEN MACHEN MEDIEN

Medienpolitische ver.di-Zeitschrift Nr. 6-7/09 Jahrgang 58

ver.di

Medien im Superwahljahr

Fremdkörper Politik

inhalt

titelthema: medien im superwahljahr

8 **Fremdkörper Politik**
Von Günter Herkel

10 **Superstarähnlich**
Perfekte Verbindung von Online- und Offline-Wahlkampf war der Erfolgsschlüssel

11 **Ohne Spannung**
Geringe Klickquote für die Wahlkampfseiten der Parteien

12 **Dabei sein ist alles**
Blogger Markus Beckedahl zur Netzpolitik als wichtiges Thema für junge Leute

aktuell

4 **dju-Fotografentag: Grenzüberschreitungen**

4 **Tipps, Termine, Personalien**

27 **ver.di-Fotowettbewerb: Geschlechter-Rollen-Bilder**

27 **Europäische Charta für Pressefreiheit**

27 **Forderungen für Selbstständige**

27 **Kaum Verbesserungen beim Krankengeld**

27 **RTL Baut Stellen ab**

27 **Bauer Vertrieb einig mit Presse-Grosso**

kolumne

6 **Das Gegenteil von Vielfalt**
70 Prozent Ein-Zeitungskreise in Deutschland

porträt

7 **Kein Blatt vor dem Mund**
Cornelia Bauer pendelt zwischen Betriebsrat und Internet-Redaktion

journalismus

14 **Vom Stolz auf guten Journalismus**
„netzwerk recherche" in Hamburg über Qualität und Krise

15 **Journalistische Ausfälle**
Amoklauf in Winnenden: Presserat sieht in 13 Fällen den Kodex verletzt

16 **Alterssicherung in guten Händen**
60 Jahre Versorgungswerk der Presse – eine Erfolgsgeschichte

16 **Buchrezension:**
Geist oder Geld – Der große Ausverkauf der freien Meinung

17 **Fehlende Pluralität**
DW-Forum: Enttäuschung im Osten – Hoffnungen in Nordafrika

Foto: Frank Pusch

Intendanzempfang besonderer Art in Bremen (s. Seite 21)

rundfunk

18 **Chance für Rundfunkräte**
ver.di im Gespräch: Gremien vor dem Drei-Stufen-Test

20 **Fair Radio**

20 **Geschichte erleben mit „Hörpol"**
Kontra Antisemitismus und Fremdenfeindlichkeit

20 **JAV-Seminar für Azubis im Rundfunk**

21 **Tarifkampagne im Endspurt**
Weiter Gehaltserhöhungen im öffentlich-rechtlichen Rundfunk

film

22 **Bessere soziale Absicherung**
Gesetzesänderung – ein Plus für unstetig Beschäftigte

print

23 **Drastische Reaktion auf Umsatzeinbußen**
Weltbild-Filialkette entlässt 20 Prozent des Personals

24 **Fuldaer Zeitung ohne Bodenhaftung**

24 **Lokal ausgedünnt**
WAZ: 300 Stellen bisher sozialverträglich abgebaut

25 **Hamburg: Redakteure sofort freigestellt**

25 **Manteltarif gekündigt**

25 **Schon entdeckt? respekt**

jugend

26 **Eine Frage der Ehre**
Jugendmedientage in Hannover zur Ethik in den Medien

kommentiert &

Der Eimsbüttler

Von Wulf Beleites | Ein eher ungewöhnlicher Fall: Einem Journalisten wird gekündigt und die Leser sind nicht nur sauer, sondern empören sich lautstark, sammeln Unterschriften für die Rücknahme der Kündigung, bekommen Unterstützung von potentiellen Anzeigenkunden und wohlwollende Berichte in den örtlichen Medien. Und noch ungewöhnlicher an diesem Fall: Es handelt sich nicht um einen Kollegen eines der großen Leitmedien, sondern um einen Redakteur eines kostenlosen Anzeigenblattes, um Arndt Prenzel vom *Eimsbüttler Wochenblatt* aus Hamburg.

Anzeigenblätter gelten gemeinhin als die Schmuddelkinder der Branche. Zu offensichtlich verwischen sich hier die Grenzen von Information und Werbung, wird „auf die strikte Trennung von PR-Tätigkeit und journalistischer Arbeit" (dju-Charta zur Sicherung von Qualität im Journalismus) oftmals nicht geachtet. Und dennoch: Gerade in Großstädten und Ballungsgebieten können sie eine wichtige journalistische Aufgabe haben und erfüllen. Sie stoßen in den Bereich, der von den großen Lokalzeitungen nicht abgedeckt werden kann. Sie berichten von der kleinsten Ebene der Lokalpolitik, stellen in den Bezirksversammlungen die Öffentlichkeit dar, informieren über örtliche Bürgerinitiativen. Wenn sie denn wollen. Arndt Prenzel war so einer, der wollte, seit 15 Jahren, kontinuierlich Berichterstattung von unten. Prenzel: „Was mich überrascht, ist das breite Spektrum der Unterschreibenden. Das geht quer durch alle Parteien, von der FDP bis zur Linken. Ganz offensichtlich liegt den Bürgern an einer kenntnisreichen Vor-Ort-Berichterstattung. Sie möchten wissen, was im Stadtteil vor sich geht."

Doch auch hier im Stadtteil sei, so Wochenblatt-Geschäftsführer Ralf Exner, die Wirtschaftskrise angekommen und das gehe „auch am Wochenblatt nicht spurlos vorbei". Und um die üblichen Synergien der Branche zu nutzen, wurde dem Redakteur gekündigt und einer Gemeinschaftsredaktion, der „Elbe-Wochenblatt-Redaktion" beigetreten. „Bundesweit sind viele, meist große Verlage mit der Maßnahme, Redaktionen zusammenzulegen oder Gemeinschaftsredaktionen zu gründen, erfolgreich vorangegangen."

Seit Jahrzehnten versucht die dju, mit den Verlegern der Anzeigenblätter ins Gespräch zu kommen. Auf der letzten dju-Bundeskonferenz wurde ein Antrag zur „Verbesserung der Arbeits-, Gehalts- und Honorarbedingungen" bei Anzeigenblättern beschlossen. Die Zeit ist reif, damit auch in dieser Branche klare Regeln gelten und ein Vorwurf der „Schmuddelecke" der Vergangenheit angehören kann.

editorial

recht

28 **Bestes Ergebnis für die VG Wort**
Nachzahlung sorgt für „Rekordjahr 2008“

28 **3 Euro Tantieme pro Internet-Text**

internationales

30 **Deckmantel Krise**
Journalistenkonferenz verabschiedet Deklaration von Varna

31 **Streik seit Februar**
Türkei: Beschäftigte kämpfen für gewerkschaftliche Rechte

31 **Schweiz: Umbau und Entlassungen**

31 **Zwölf Jahre Arbeitslager**

31 **Nicht ohne Filtersoftware**

31 **Petition für Freilassung**

rubriken

32 **Service**

37 **Leute / Preise**

37 **Impressum**

Weitere Preisausschreibungen unter http://mmm.verdi.de

Großwetterlage: politisch unbeständig

Es ist Sommer – zumindest kalendarisch. Aber nicht nur Wetterkapriolen machen den Menschen zu schaffen. Auch in der Politik wechseln sich Hoch- und Tiefdruckgebiete ständig ab. Kanzlerin Merkel verspricht einen Geldregen durch Steuersenkungen für arm und reich. Sprich: Die Armen wären dann etwas weniger arm und die Reichen noch reicher! Die Staatsverschuldung steigt. Dem CDU-hausgemachten Blitzeinschlag: Mehrwertsteuererhöhungen wurde schnell ausgewichen. Es hätte wohl zur Folge, dass das Wahlbarometer eher für rot oder grün in die Höhe schnellt. Denn schließlich haben wir Wahljahr, ein Superwahljahr mit Europa- und Bundestagswahl und drei Landtagswahlen. Unseriöse Wahlversprechungen jeglicher Farbschattierung bestimmen die politische Großwetterlage. Vorhersagen über deren Einhaltung, scheinen unmöglich. Es steht zu befürchten, dass angesichts des wolkenverhangenen Politikhimmels die Wähler wie bei der Europawahl lieber zu Hause bleiben!
Schaffen es die Medien, diese Wolken aufzulösen? Eine Betrachtung der bisherigen und geplanten Wahlkampfberichterstattung erlaubt erste Bewertungen (Titelthema S. 8–13). Immerhin wird sich an neue Formate gewagt, nicht zuletzt, um junge Wähler zu erreichen. „Ich kann Kanzler“ im ZDF war ein solcher, offenbar gelungener Versuch. 2,76 Millionen schalteten ein (11,5 Prozent Marktanteil). Das „ZDFparlameter“, ein interaktives Tool, wurde im Juni in Köln mit dem Grimme Online Award ausgezeichnet. Es trage „definitiv zur Orientierung bei und macht namentliche Abstimmungen der Bundestagsabgeordneten transparent und dadurch Demokratie nachvollziehbar“, heißt es in der Jury-Begründung.
Das Internet ist im Kommen, scheint aber noch weit entfernt von einem aktiven, einflussreichen akzeptierten Wahlkampfmedium. Insgesamt geht der Trend Beobachtern zufolge immer mehr in Richtung Entpolitisierung und Personalisierung in der Berichterstattung. Auch treten prominente Journalisten zunehmend als „Akteure in der Wahlmanege“ auf, machen Politik. Ihre Aufgabe ist das nicht, eher im Gegenteil!
Dabei werden wir überrollt von politischen Themen in Wirtschaft, Finanzwelt und der Medienbranche, die nach hintergründiger journalistischer Spiegelung geradezu schreien. Daher hat auch die Mediengewerkschaft ver.di viele „Baustellen“. Mit der Reihe „ver.di im Gespräch“ mischt sie sich zum Beispiel immer wieder in die Politik ein. Die Staatsverträge im Rundfunk sind mehr denn je im Visier. Die Rundfunkräte der öffentlich-rechtlichen Anstalten sind gefordert, die Online-Angebote ihrer Sender zu prüfen. Herausforderung und Chance für gestalterisches Wirken zugleich! (S. 18–19)
Und weil trotz alledem Sommer ist, wird M erst wieder Mitte September erscheinen. Die Zeit bis dahin ist lang, und M hat wie jedes Jahr erneut eine große Anzahl von Ausschreibungen für Journalistenpreise und andere Service-Nachrichten erhalten. Nicht alle konnten in der Print-Ausgabe untergebracht werden. Deshalb haben wir erstmals einen erweiterten Service im Netz!

Karin Wenk,
verantwortliche Redakteurin

aufgespießt

Nur etwas entschärft

Von Stefan Krempl | Mit den Stimmen der großen Koalition hat der Bundestag mitten in der Nachtsitzung zum 19. Juni den umstrittenen Gesetzesentwurf zur Kompetenzerweiterung des Bundesamts für Sicherheit in der Informationstechnik (BSI) verabschiedet. Das spärlich besetzte Parlamentsplenum übernahm dabei ohne Aussprache die Änderungen aus dem Innenausschuss, mit denen die zunächst von der Bundesregierung geplanten Überwachungsbefugnisse etwas entschärft werden. Die Opposition votierte wegen Datenschutzbedenken geschlossen gegen das Vorhaben.
Das „Gesetz zur Stärkung der Sicherheit in der Informationstechnik des Bundes“ soll dem BSI mehr Mittel an die Hand geben, um Angriffe auf die IT-Infrastruktur des Bundes abzuwehren. Um Schadprogramme besser aufspüren zu können, darf die Bonner Behörde künftig alle „Protokolldaten“ einschließlich personenbeziehbarer Nutzerinformationen wie IP-Adressen unbegrenzt speichern und automatisiert auswerten, die bei der Online-Kommunikation zwischen Bürgern und Verwaltungseinrichtungen des Bundes anfallen. Vor allem E-Mail-Adressen sollen dabei herausgefiltert und durch Pseudonyme ersetzt werden, um die Erstellung von Kommunikationsprofilen zu verhindern. Die anfangs vorgesehene allgemeine Befugnis zur Übermittlung der Daten an Sicherheitsbehörden wird eingeschränkt auf die umkämpften „Hackerparagraphen“ in der Strafprozessordnung. Auch die Weitergabe von „Zufallsfunden“ soll durch Einführung eines Richtervorbehalts höheren Schranken unterworfen werden. Nachgebessert hat die Koalition beim Schutz des Kernbereichs der privaten Lebensgestaltung im Rahmen der erlaubten Suche nach Schadprogrammen. Um etwaige Eingriffe möglichst gering zu halten, sollen entsprechende Erkenntnisse „unverzüglich“ gelöscht werden. Für die Kommunikation von zeugnisverweigerungsberechtigten Berufsgruppen wird ein Beweisverwertungsverbot eingefügt. Dieses fällt schwächer aus als etwa bei den Bestimmungen zur Vorratsdatenspeicherung. So ist der gesonderte Schutz für Abgeordnete, Geistliche, Journalisten, Ärzte, Anwälte oder andere Berufsgeheimnisträger erst nach einer Verhältnismäßigkeitsprüfung anzuwenden.
Den Linken, der FDP und den Grünen gehen die Befugnisse noch deutlich zu weit. Kritisch beäugt die Opposition etwa das Prinzip, dass das BSI neue Datenberge anhäufen dürfe. Ex-Bundestagsvize Burkhard Hirsch riet dem Bundespräsidenten, den Entwurf nicht zu unterzeichnen. Er sprach vom „Missbrauch der Protokollabsprache“, die einer Überprüfung durch das Bundesverfassungsgericht wohl nicht standhalte.

dju-Fotografentag 09: „Grenzüberschreitungen“

am: 10. Oktober 2009, von 10 bis 17 Uhr
Ort: Fachhochschule Hannover, Bereich Design und Medien
Expo Plaza 2 in 30539 Hannover

Es geht um Grenzüberschreitungen im rechtlichen und im technischen Bereich – eng angebunden an den Arbeitsalltag der Fotografen.
Es soll drei Themengruppen geben:

- Recht im Alltag / Persönlichkeitsrechte – Grenzen für journalistische fotografische Arbeit? Referent: Wolfgang Schimmel, ver.di
- Eigentumsgrenzen / Panoramafreiheit – was dürfen wir noch fotografieren, und wenn nicht, warum nicht? Referent: Prof. Christian Donle
- Grenzen der Arbeitsfelder überschreiten / crossmediales Arbeiten Mut machen für neue Technik, Fotos / Bewegtbilder fürs Internet, Podcasts dazu Referent: N.N.

Bilder am Bauzaun: Die Teilnehmer können wieder eigene Fotos mitbringen – möglichst zum gleichen Thema, die wir dort ausstellen und die in den Pausen zu Diskussionen und Austausch, zum Kennenlernen und Vernetzen anregen sollen. Die Veranstaltung ist für die Teilnehmer kostenlos. Reisekosten werden nicht erstattet.

Mehr dazu fortlaufend: http://dju.verdi.de/fotografen/fotografentag_09

Tipps, Termine, Personalien

dju-Recherchereise nach Palästina | Nach einer ersten erfolgreichen Reise im vergangenen Jahr veranstaltet die Deutsche Journalistinnen- und Journalisten-Union (dju) in ver.di auch 2009 eine Recherchereise für Journalisten nach Palästina (Westbank). Sie findet vom 1. – 10. Oktober statt. Die Reise soll Teilnehmern die Möglichkeit geben, den Alltag im israelisch besetzten Teil Palästinas aus eigener Anschauung kennen zu lernen. Auf dem Programm stehen Begegnungen mit Repräsentanten aus Wirtschaft, Wissenschaft, Kommunen, Verbänden, Parteien und Regierung. Außerdem sind Gespräche mit palästinensischen Journalisten geplant. Englischkenntnisse sind erforderlich. Übersetzer für Arabisch / Englisch stehen zur Verfügung. Die Zahl der Teilnehmer ist auf Zehn begrenzt. Die Reisekosten pro Person belaufen sich nach derzeitiger Kalkulation auf ca. Euro 800. Verbindliche Anmeldungen bis 31. August an: Manfred Protze, E-Mail: m@protze.org. ■

ver.di-Recherchereise nach Israel | Der ver.di Fachbereich Medien und die dju bieten eine 8-tägige Reise für ihre Mitglieder aus den Medienberufen und dem Journalismus nach Israel an vom 31. Oktober bis 8. November 2009. Deutschsprachiger Reiseführer, Verständnis der englischen Sprache hilfreich. Im Reisepreis enthalten sind acht Übernachtungen im Doppelzimmer in Mittelklasse-Hotels, Halbpension, Transport hin / zurück zu den Programmpunkten, Reiseleitung durch ver.di und Keshet – The Center for Educational Tourism, in deutscher und englischer Sprache. Bitte beachten: Für eine Einreise nach Israel ist ein gültiger Reisepass (mind. 6 Monate vor Ablauf) notwendig.

An- und Abreise nach Israel auf eigene Kosten. Der Preis staffelt sich je nach Teilnehmerzahl: 15 Teilnehmer: 1110,- Euro pro Person im DZ; 20 Teilnehmer: 990,- Euro; 25 Teilnehmer: 920,- Euro; Einzelzimmerzuschlag: 360,- Euro.

Ansprechpartner und Reisebegleiter in Israel ist Samson Altman-Schevitz (ver.di-Mitglied) www.keshetisrael.de.
Ansprechpartner in Deutschland:

Jörg Reichel – Gewerkschaftssekretär, Schwanthaler Straße 64 – 80336 München, Tel: 089.28 78 78 35, Fax: 089.28 78 78 34, joerg.reichel@verdi; http://dju.verdi.de ■

Connexx-Veranstaltungen | Die Veranstaltungsreihe von connexx.av in Kooperation mit dem Medienforum Rhein-Main, die sich speziell an Medienschaffende im Rhein-Main-Gebiet richtet, wird im zweiten Halbjahr 2009 fortgesetzt. Die erste Veranstaltung „Buchhaltung, Steuern und Co“ findet am Montag, den 31. August statt.

Es folgen die Veranstaltungen „Infos rund um die Künstlersozialkasse“ am 26. Oktober und „Ausbildung in der Medienbranche“ am 23. November.

Beginn ist jeweils um 19 Uhr, Veranstaltungsort ist das Café Bistro Wiesengrund in der Finkenhofstrasse 17 in Frankfurt am Main. Die Teilnahme ist kostenlos, eine vorherige Anmeldung nicht erforderlich.

Für Sonntag den 27. September ist zusätzlich ein „Medienfrühstück“ geplant. Das Frühstück beginnt um 11 Uhr und kostet für Nichtmitglieder 10 Euro, für Mitglieder wird dieser Beitrag übernommen. Für das Frühstück bitten wir um eine vorherige Anmeldung. Infos und Kontakt: Conny Dörries, Telefon: 069 / 25 69 15 24, E-Mail: frankfurt@connexx-av.de, Internet: www.connexx-av.de. ■

Freie in Hamburg | Der ver.di-Landesbezirk Hamburg bietet im Spätsommer 2009 für Freie und Selbständige zwei Abendveranstaltungen an. 20. August, 19 – 21 Uhr: Verträge für Selbstständige und freie Mitarbeiter. 2. September, 17 – 19 Uhr: Erfolgreich durch Agenten.

Die Veranstaltungen finden im Hamburger ver.di-center, Atrium, Besenbinderhof 56 statt. Eine Anmeldung ist nicht erforderlich. Informationen:
E-Mail: betina.gardner@verdi.de, Internet: http://freie.hamburg.verdi.de/. ■

Sichtwechsel | „Werteerziehung – Lebenserfolg – audiovisuelle Medien / Zum Problem der Mediatisierung von Kindheit“ so das Thema einer Tagung des Vereins „Sichtwechsel e.V. für gewaltfreie Medien“ am 19. und 20. Oktober 2009 im Konferenzzentrum der Bank für Sozialwirtschaft AG (BFS), Oranienburger Str. 13 – 14, 10178 Berlin-Mitte. Um eine verbindliche Anmeldung bis spätestens zum 14. Oktober 2009 wird gebeten an Sichtwechsel e.V. für gewaltfreie Medien, c/o L. Wuss, Sedanstr. 39, 12167 Berlin oder per E-Mail an: medny@gmx.de oder info@sichtwechsel.de. Es wird keine Tagungsgebühr erhoben, evtl. ein kleiner Beitrag für die Getränke. Weitere Informationen können neben den Mailkontakten auch unter Tel.: 030 4865805 (Frau Wuss/Vorstand) erhalten. www.sichtwechsel.de ■

Umzug Presserat | Der Deutsche Presserat zieht von Bonn nach Berlin. Seit dem 29. Juni ist er unter folgender Adresse zu erreichen: Deutscher Presserat, Fritschestraße 27 – 28, 10585 Berlin, Fon 030 / 367 00 70, Fax 030 / 36 70 07 99 ■

ver.di-Publikationen auf CD-ROM | Die kompletten Jahrgänge 2007 / 2008 der Mitgliederzeitung „ver.di-Publik“ und des Informationsservices ver.di-News sowie alle Fachbereichsmedien wie «M» gibt es jetzt auf einer CD-ROM. Die CD-ROM läuft auf Mac und PC und enthält komfortable Suchfunktionen (über alle Publikationen hinweg) sowie den Acrobat Reader. Die Scheibe kostet 12,90 Euro zzgl. 2 Euro Versandkostenpauschale (inkl. Mwst.). Sie ist gegen Rechnung zu beziehen bei der Verlagsgesellschaft Weinmann GmbH, Postfach 1207, 70773 Filderstadt, Fax 0711 / 70 01 53 – 10, E-Mail: service@verlag-weinmann.com (unter Angabe der exakten Versandanschrift) oder über das Internet: www.apm.ag/verdicd ■

ver.di Literaturpreis
Kinder- und Jugendbuch

Der mit 5.000 Euro dotierte ver.di-Literaturpreis Berlin-Brandenburg wird 2009 für das Genre Kinder- und Jugendbuch ausgeschrieben.
Bewerberinnen und Bewerber müssen ihren Hauptwohnsitz in Berlin oder Brandenburg haben. Die Jury trifft ihre Entscheidung auf der Grundlage deutschsprachiger Veröffentlichungen in Buchform, die innerhalb der letzten drei Jahre erstmals erschienen sind und die nicht von der Autorin oder dem Autor (mit-) finanziert wurden.
Die Bewerbung kann durch Verlage, Literaturvereine erfolgen, ebenso durch die Autorinnen und Autoren selbst und durch Dritte.

Einsendeschluss: 31. August 2009
Einsendungen:
ver.di, Fachbereich 8/VS,
Köpenicker Str. 30,
10179 Berlin.

Informationen: Anke Jonas,
Fon: 030 / 88 66 - 54 03.

ver.di

Anzeige

Das Gegenteil von Vielfalt

70 Prozent Ein-Zeitungskreise in Deutschland

Von Horst Röper | Die Politik hat den Zeitungsmarkt und die Tagespresse als Themenfeld wieder entdeckt, scheut aber „vor Eingriffen in den Markt" zurück. Der Anstoß kam durch das derzeitige Zeitungssterben in den USA. Befördert wurde die Themenkarriere wohl auch durch zum Teil massive Stützungsaktionen für Zeitungen im Ausland (z.B. Niederlande und Frankreich). Hierzulande werden Subventionen zum Erhalt der Vielfalt abgelehnt. Stattdessen werden Deregulierungen angemahnt, um Barrieren für expansionswillige Verlagsunternehmen zu schleifen. Dumm nur, dass gerade diese Regelungen bislang für Vielfalt im Medienangebot sorgen sollten!

NRW-Ministerpräsident Rüttgers kam zur Eröffnung des 21. „medienforums.nrw" am 22. Juni in Köln schnell zur Sache. NRW weise bei den Tageszeitungen bundesweit die größte Vielfalt auf, verkündete er stolz. Zuvor hatten sich bereits die SPD- und CDU-Medienkommission mit dem Zeitungsmarkt befasst. Der Verweis auf den hohen Wert der Zeitungsvielfalt fehlt nirgendwo. Gescheut wird hingegen die nüchterne Analyse: Der Anteil der Ein-Zeitungskreise dürfte bundesweit inzwischen auf 70 Prozent gestiegen sein. Die von der Verfassung geforderte Vielfalt gibt es kaum noch. Wir haben es mit einem krassen Marktversagen zu tun, weil immer mehr Zeitungsausgaben in nachrangiger Marktstellung eingestellt werden. Bei einem ohnehin schon ausgedünnten Angebot verbleibt in der Regel nur noch eine Monopolzeitung.

Monopole sind das Gegenteil von Vielfalt und müssten daher die Politik zum Einschreiten fordern. Regulierungen bestehen im Medienmarkt aber nach wie vor im Wesentlichen für den Rundfunk, nicht für die Presse. Das einzige Instrument, das sich über Jahrzehnte als wirkungsvoll erwiesen hat, die Konzentration im Zeitungsmarkt wenigstens zu verlangsamen, wird nun in Frage gestellt. Kaum hatte Medienminister Neumann Ende letzten Jahres verkündet, eine Novellierung des Kartellrechts sei nicht geplant, meldeten sich Parteikollegen wie Oettinger und Rüttgers und verkündeten das Gegenteil.

Gezielte Hilfen für Titel, die in der aktuellen Werbekrise in Gefahr geraten, werden der Tradition bundesdeutscher Medienpolitik folgend weiterhin abgelehnt. Wie aber sollen auch nur die Reste von Vielfalt erhalten werden, wenn das traditionelle Geschäftsmodell nicht mehr funktioniert? Jahrzehntelang stammten zwei Drittel der Einnahmen von Zeitungsverlagen aus der Werbung und ein Drittel aus dem Verkauf der Zeitungen. Inzwischen nähern wir uns einer fifty-fifty-Relation. Doch diese Preisschraube lässt sich nicht unendlich weiter drehen.

In den meisten Ländern der EU hat man längst erkannt, dass die beiden Einnahmequellen nicht ausreichen. Staatliche Förderungen vielfacher Art fließen, um die Zeitungsvielfalt zu erhalten. Auch hierzulande werden solche Maßnahmen diskutiert:

· Der BDZV fordert die Absenkung der Mehrwertsteuer, die allerdings für die Vertriebseinnahmen ohnehin schon auf 7 statt 19 Prozent begrenzt ist. Solche Pauschalregelungen grenzen allerdings an Verschwendung öffentlicher Mittel. Die Zeitungsverlage sind alles andere als eine darbende Branche. Diese benötigt nicht in toto staatliche Hilfe. *Bild*-Chef Dieckmann verkündet beständig, dass *Bild* die höchsten Renditen ihrer Geschichte einfahre. Ähnliche Vorbehalte gelten auch gegenüber anderen Erleichterungen nach dem Gießkannenprinzip.

· Dazu zählen auch Modelle wie eine Kulturflatrate, falls auch Verlage zu den Begünstigten gehören sollten oder Gebührenmodelle. Die Rundfunkgebühr von knapp 18 Euro monatlich stößt schon heute auf erhebliche Akzeptanzprobleme. Für jede weitere Belastung der Haushalte würde dies noch entschiedener gelten.

· In den USA sind inzwischen bei einigen Verlagen Stiftungen hilfreich. Im Vergleich zu den USA ist das Stiftungswesen in der Bundesrepublik aber völlig unterentwickelt. Woher sollten die Förderer plötzlich kommen?

· Genossenschaftliche Modelle oder Volksaktien können für einzelne Produkte in Nischen in Frage kommen, aber wohl kaum für die typische Lokalausgabe.

Als vor drei Jahren die *Buersche Zeitung* in Gelsenkirchen eingestellt wurde, gab es intensive Bemühungen, die Zeitung in einer anderen Trägerschaft weiterzuführen. Allein es fehlten die Investoren, obwohl die Marktposition der Zeitung so schlecht nicht war und der Jahresverlust gerade 350.000 Euro betragen haben soll.

In früheren Jahren sind noch deutlich höhere Verluste einzelner Lokalausgaben von Verlagen akzeptiert worden. Sie lobten ihr vermeintlich altruistisches Vorgehen. Tatsächlich war es eher marktstrategischen Überlegungen geschuldet oder folgte den Interessen von Werbekunden z.B. an einem geschlossenen Anzeigengebiet. Wie sehr die Bereitschaft gesunken ist, defizitäre Ausgaben über interne Quersubventionen zu erhalten, hat sich erst jüngst beim WAZ-Konzern gezeigt.

Wenn die Verlage wirklich an Vielfalt interessiert wären, ließen sich viele nachrangige Zeitungen relativ einfach sanieren. Diesen Zeitungen fehlen insbesondere Werbeeinnahmen, weil viele Anzeigenkunden nur jeweils die Erstzeitung am Markt belegen. Würden sie eingebunden in einen Werbeverbund mit der Erstzeitung, würde die Kasse plötzlich sprudeln. Wenn nötig, könnte man dafür getrost das Kartellrecht ändern und damit auch dem wiederkehrenden Verlangen der Verlage nach größerem Kooperationsspielraum entsprechen. Eine solche helfende Hand von Marktführern wird es allerdings kaum geben. Darbende Wettbewerber sind ein gutes Zeichen dafür, dass das gelobte Land naht: das paradiesische Monopol.

Letztlich bleibt wohl nur ein Retter – die öffentliche Hand. Das Gegenargument, bei gezielten Subventionen sei die Staatsferne berührt, der Staat könnte letztlich auch Einfluss auf Medieninhalte nehmen, überzeugt nicht. Nicht die Exekutive dürfte die Gelder vergeben, sondern ein neutrales Gremium müsste Bedürftigkeit auf Basis von Bilanzen feststellen und Förderhöhen festlegen. Als Modell könnte die Kommission zur Ermittlung des Finanzbedarfs der Rundfunkanstalten (KEF) dienen, über deren Unabhängigkeit insbesondere das Bundesverfassungsgericht wacht. ■

Horst Röper

Foto: privat

Medienforscher Horst Röper leitet das FORMATT-Institut in Dortmund und arbeitet seit Jahrzehnten in der Journalistenausbildung.

Kein Blatt vor dem Mund

Cornelia Bauer pendelt zwischen Betriebsrat und Internet-Redaktion

Foto: Susanne Stracke-Neumann

Von Susanne Stracke-Neumann | Geboren und aufgewachsen ist sie in Suhl im Thüringer Wald. Ihr Vater war auch Journalist. „Neugier ist mein zweiter Vorname“ sagt Cornelia Bauer, die Betriebsratsvorsitzende der Suhler Verlagsgesellschaft, lachend. Nach dem Abitur war sie Volontärin beim Freien Wort. Von dort ging sie zum Journalismus-Studium nach Leipzig, ins „sogenannte Rote Kloster“, merkt sie an.

Nach Studium und einem Babyjahr ist sie 1988 beim *Freien Wort* in die Ressorts „Parteileben“ und „Jugend“ eingestiegen. „Der Unmut damals war riesengroß, ich wäre irgendwann geplatzt“, erinnert sie sich. Die Wende 1989 hat sie mit ihrem zweiten Baby erlebt. 1991 zurück im *Freien Wort* arbeitete sie an Themen aus Thüringen, Bildung und Umwelt. „Es war eine spannende Zeit, ein ganz neues Agieren.“

Drei Jahre später kam die Frage, ob sie für den Betriebsrat kandidiert. Als Frischgewählte erlebte sie es als einen Einschnitt, als 1996 eine Übernahme der einstigen SED-Bezirkszeitung *Freies Wort* durch die 1990 gegründete, nicht tarifgebundene kleinere *Südthüringer Zeitung* bevor stand. In klirrender Kälte wurde mit Tricks und Raffinesse dagegen gestreikt. „Der Rückhalt in der Bevölkerung war damals enorm“, erinnert sie sich an ihre erste harte Konfrontation. Dabei hatte sie einen guten Lehrmeister. Denn vom damaligen IG-Medien-Sekretär Udo Hautmann habe sie nicht nur in der sechswöchigen, mitunter sehr bewegten und chaotischen Streikphase gelernt; er stand ihr und den Kollegen in mancher ausweglos erscheinenden Situation zur Seite. Bauer bezeichnet ihn liebevoll als ihren „cleveren Gewerkschafts-Ziehvater“.

Im Betriebsrat „ziemlich engagiert“, wie sie es ausdrückt, ist sie schon 1998 zur Vorsitzenden gewählt worden. Seither begleiten Abwehrkämpfe gegen betriebliche Verschlechterungen ihre Arbeit. Seit 2000 ist sie Ausschuss-Sprecherin der Regionalzeitungsgruppe HCS Hof / Coburg / Suhl / Bad Salzungen, einer Tochter des Süddeutschen Verlags und der SPD-eigenen DDVG. Zur HCS gehören die *Frankenpost* mit ihren Kopfzeitungen in Oberfranken, die *Neue Presse* in Coburg, das *Freie Wort* in Suhl, damit in Kooperation das *Meininger Tageblatt*, sowie die *Südthüringer Zeitung* in Bad Salzungen. Als Sprecherin des Regionalausschusses ist sie auch stellvertretende Konzernbetriebsratsvorsitzende im Süddeutschen Verlag.

Das Engagement ist geblieben, und nicht nur ein „ziemliches“, wie die oberfränkische Mediensekretärin Barbara Schneider betont: „Sie ist eine überaus engagierte und sachkundige Betriebsrätin und Gewerkschafterin, die sich mit Courage für die Belegschaft einsetzt. Sie geht keiner Auseinandersetzung mit den Arbeitgebern aus dem Weg, wenn sie von ihrer Sache überzeugt ist.“ Das sieht auch der Betriebsratsvorsitzende der *Neuen Presse* so. Ottfried Richter in Coburg beschreibt sie als ebenso überzeugend wie kompromissbereit. „Dabei vergisst sie aber nicht, die Kolleginnen und Kollegen immer wieder aufzurütteln, ohne deren Eigeninitiative alle Anstrengungen umsonst wären.“

Mantellieferungen künftig aus Stuttgart

Die Betriebsratsarbeit habe sie verändert, meint Bauer rückblickend: „1994 habe ich vor Geschäftsführern noch wie ein Kaninchen vor der Schlange gesessen, mittlerweile nehme ich kein Blatt mehr vor den Mund. Vor allem gehe ich inzwischen wesentlich strukturierter an vieles heran und bin in den vielen Jahren auch innerlich ruhiger geworden.“ Was für die gesundheitliche Balance wichtig ist, denn der Ärger lässt nie lange auf sich warten. Gerade brennt es wieder an allen Ecken und Enden: Im Druckzentrum in Suhl ist Kurzarbeit angesagt. Der Druck der Tageszeitungen droht gleich ganz der WAZ-Konkurrenz zuzukommen. Die Anzeigen-Vorstufen in Hof, Coburg und Suhl werden in Suhl zusammengefasst und aus dem Tarif genommen. Nun wird auch noch die bereits ausgegliederte Mantelredaktion für die Regionalzeitungsgruppe, „Text & Bild Redaktionspartner“ in Coburg, zum Jahresende geschlossen. Dann sollen Mantelzulieferungen für die Oberfranken und Thüringer aus Stuttgart kommen. Das hat die Südwestdeutsche Medienholding SWMH beschlossen, der vier Fünftel des Süddeutschen Verlages, aber auch die personell schon gestutzten *Stuttgarter Nachrichten* gehören.

Dass Bauer die Betriebsratsarbeit bei solchen Perspektiven zwar als spannend, aber auch als „zäh und undankbar“ beschreibt, wundert wenig. Daher hat sie sich nur teilweise freistellen lassen und arbeitet drei Tage pro Woche in der Internet-Redaktion des *Freien Wort*“. Sie braucht den journalistischen Kontakt zu Kollegen und Lesern. Um ihre zur Zeit 322 Wahlberechtigten gegenüber einer Geschäftsführung, die ständig neue Pläne zum Sparen aufs Tapet bringt, gut vertreten zu können, muss sie sich in ihren beiden Jobs gut organisieren: „Ich bin multitaskingfähig geworden bis zum geht nicht mehr“, sagt sie mit Ironie in ihrem gläsernen Betriebsratsbüro am Verlagseingang.

Doch auch eine langjährige Betriebsrätin muss mal Aggressionen abbauen: Dann geht sie auf ein paar Wutschreie in den Wald oder wirft in ihrem Garten mit Ziersteinen. Die tragen inzwischen Namen aus dem wahren Leben, und zwar nicht ihre liebsten. Aber meist reichen der großen, rotblonden Frau, die gerne lacht, zum Frustabbau Gartenarbeit, Sport oder schnelle Hobbys wie Motorradfahren und „alles was fliegt“. Ihren Humor hat sie durch die betrieblichen Kämpfe nicht verloren. Vor allem seit sie mit ihrer jetzigen Stellvertreterin Ilona Dürmeyer ein „Dream-Team“ bildet: „Wir können uns aufeinander verlassen.“ Der Geschäftsleitung beschreibt sie die Arbeit des „Dream Teams“ allerdings deutlicher: „Zusammen sind wir unausstehlich.“ ■

Fremdkörper Politik

Nach dem etwas müden Spektakel der Europawahlen richtet sich das Medieninteresse jetzt auf die drei Landtagswahlen Ende August und vor allem auf die Bundestagswahl am 27. September. Im Superwahljahr versprechen die TV-Sender mehr Bürgernähe und Partizipation durch neue Formate. Auch das Internet soll dabei eine größere Rolle spielen. Man darf gespannt sein, ob die Verantwortlichen aus den Fehlern der heftig kritisierten Wahlkampfberichterstattung 2005 gelernt haben.

Von Günter Herkel

„Mit wem spreche ich heute Abend? Mit dem zukünftigen Kanzler oder dem Oppositionsführer?" Die offenbar forsch gemeinte Eingangsfrage von Anne Will an den SPD-Kanzlerkandidaten Frank-Walter Steinmeier am Abend der Europawahlen lässt fürchten, dass im kommenden Bundestagswahlkampf Kaffeesatzleserei möglicherweise mehr Chancen hat als eine solide politische Informations- und Debattenkultur. Dabei verschärft die niederschmetternd niedrige Wahlbeteiligung am 7. Juni den Druck auf Politik und Medien: auf die Politik, weil eine fortgesetzte Lethargie des Wahlvolks an der eigenen Legitimität knabbert; auf die Medien, weil ein wesentlicher Part ihres Auftrags darin besteht, durch möglichst umfassende und faire Widerspiegelung des gesellschaftlichen Meinungsspektrums zur politischen Willensbildung in der Demokratie beizutragen. Dies gilt naturgemäß vor allem für die öffentlich-rechtlichen Rundfunkanstalten.

Wer aus der Geschichte nicht lernt, ist bekanntlich dazu verdammt, sie zu wiederholen. Auch ohne solches Pathos lohnt ein Rückblick auf die Lehren der Bundestagswahl 2005. Wahlkampf bedeutete vor vier Jahren vor allem Fernsehwahlkampf.

Nach dem überraschend knappen Ausgang des Urnengangs – Wahlforscher hatten zuvor einen haushohen Sieg von Merkel prognostiziert – hagelte es Kritik und Selbstkritik an und in den Medien, sogar von einem „Mediendebakel" war die Rede. Der politische Journalismus habe zu großen Teilen versagt, hieß es seinerzeit. Gerade der TV-Journalismus sei zu einer selbstreferentiellen Instanz herunter gekommen: er beziehe sich vorwiegend auf das von ihm selbst geschaffene, verzerrte Bild der politischen Wirklichkeit und auf Stereotypen der Berichterstattung.

Zunehmende Entpolitisierung

„Die politische Berichterstattung wird immer unpolitischer", urteilte auch der Journalistik-Professor Ralf Hohlfeld in seiner Analyse des „Bundestagswahlkampfs 2005 in den Hauptnachrichtensendungen". Selbst „die „genuine Wahlkampfberichterstattung" entpolitisiere sich. Die zentralen Themenfelder der Politik, politische Sachthemen, würden „immer weiter marginalisiert". Stattdessen dominierten „politische Prozessthemen" die Berichterstattung. Im Klartext: Die Medien interessieren sich mehr für Wahlkampagnen, Wahlwerbung und Wahlkampfverlauf als für das harte Brot der jüngsten Gesundheitsreform oder aktuelle Vorschläge zur Steuerreform. Horse-Race-Journalism heißt dies im angloamerikanischen Sprachraum, also Politjournalismus im Stile der Sportberichterstattung.

Fast drei Viertel der Wahlkampfberichte 2005, so ein Untersuchungsbefund der Zeitschrift „Media Perspektiven", bestand aus solchen „politics issues" oder „Prozessthemen": Themen wie innerparteiliche Konflikte, Wahlkampfstrategien, Prognosen, Kandidatenprofile, Herabsetzungsbestrebungen gegenüber dem politischen Gegner, usw. In den Wahlsendungen des Privatsenders Sat.1 erzielten solche Themen einen Spitzenanteil von 84 Prozent; beim ZDF waren es immerhin noch 67 Prozent.

Gestützt wird die These von der selbstreferentiellen Medienberichterstattung auch durch ein anderes Phänomen. Wie selten zuvor traten prominente Journalisten selbst als Akteure in der Wahlmanege auf. So genannte „Alpha-Journalisten" wie Stern-Vizechefredakteur Hans-Ulrich Jörges oder der damalige Berliner Spiegel-Büroleiter Gabor Steingart nutzten ihre TV-Gastrollen als Experten weidlich, um selbst Politik zu machen und Wahlempfehlungen auszusprechen – in der Regel zu Lasten von „Titelverteidiger" Gerhard Schröder.

Ein weiterer prägnanter Faktor dieser journalistischen Selbstkonditionierung betrifft nach Meinung vieler Experten den Trend zum „Wahlumfragejournalismus". Die Kritik an der Zahlengläubigkeit und Umfragehörigkeit der politischen Journalisten ist nicht neu. Allerdings fiel das Desaster vor vier Jahren besonders drastisch aus, da alle relevanten Institute

Bild: NDR / Wolfgang Borrs

SPD-Kanzlerkandidat Frank-Walter Steinmeier bei Anne Will

Foto: dpa / Rainer Jensen

Kanzlerin Angela Merkel bei einer Pressekonferenz nach der Europawahl – vor der Bundestagswahl

das Ergebnis der CDU/CSU um sechs Prozentpunkte und mehr verfehlten. „Die Konzentration auf die notorische Sonntagsfrage lähmt die Urteilskraft politischer Journalisten“, resümiert Hohlfeldt. Denn: „Es ist zweifelsfrei einfacher, mit Zahlen zu hantieren, als die konkurrierenden Modelle der Sozialversicherungssysteme zu diskutieren.“ Der Hamburger Journalistikprofessor Siegfried Weischenberg konstatierte im Nachklapp auf die letzte Bundestagswahl, „intervenierende Kräfte“ hätten das bisherige „Triangel der politischen Kommunikation“ aus Politik, Medien und Öffentlichkeit längst in ein Viereck verwandelt. Zu diesen Kräften zählt er „das Business der Demoskopen, aber auch die Spin Doctors und sonstigen ‚Kommunikationsberater’ sowie Lobby-Institutionen wie die ‚Initiative Neue Soziale Marktwirtschaft’“. Sie alle „beeinflussen die öffentliche Meinung, indem sie die Medien für ihre Zwecke instrumentalisieren“.

Es spricht wenig dafür, dass der TV-Wahlkampf in diesem Jahr anderen Regeln folgen wird. Längst scharren die Statistiker von „ARD-Deutschlandtrend“, „ZDF-Politbarometer“ und „RTL-Wahltrend“ mit den Hufen, um sich in die nächste Prognoseschlacht zu werfen. Auch die einschlägigen Experten und Alpha-Journalisten haben schon wieder erste Auftritte absolviert. Für die Zuspitzung der Wahlkampfberichte – an dieser Grundauffassung lassen die Medienmacher nicht rütteln – bedarf es der Personalisierung. Ungeachtet der Tatsache, dass im Deutschen Bundestag sechs Parteien vertreten sind, dürften sich die Medien erneut auf die Konfrontation der beiden Kanzlerkandidaten stürzen. Kulminieren soll das Ganze im direkten Showdown Merkel-Steinmeier unmittelbar vor dem Wahltermin am 27. September. Entsprechende Anträge von Sat.1 und RTL sowie ARD und ZDF liegen seit Monaten vor. Allerdings hatten bis Mitte Juni die Wahlkampfmanager der Kandidaten darauf noch nicht reagiert. Ob es überhaupt dazu kommt, ob wie 2002 zwei Duelle übertragen werden oder wie 2005 eine öffentlich-rechtlich-private Gemeinschaftsveranstaltung stattfindet, ist daher noch offen.

Möglich, dass bis zum Wahltermin die Wähler sich längst gelangweilt abgewendet haben. Denn bereits vorher werden sie – wie es scheint – mindestens im Monatstakt mit Solo-Darbietungen beider Kandidaten bedient. Titelverteidigerin Merkel gastierte am 22. März bei „Anne Will“ in der ARD (4,17 Millionen Zuschauer), am 17. Mai bei RTL (1,55 Mio.), am 11. Juni bei „Maybrit Illner“ im ZDF (2,4 Mio.). Herausforderer Steinmeier hat noch Nachholbedarf und zog nach: am 3. Juni bei „Johannes B. Kerner“ (1,12 Mio.), am 7. Juni bei „Anne Will“ (3,01 Mio.). Das vergleichsweise dürftige Interesse des Publikums sollte den Senderverantwortlichen zu denken geben. Offenbar haben viele die Nase voll von dem „desinformierenden Grundrauschen“, welches der ehemalige ARD-Hauptstadtstudioleiter Thomas Roth nach der Wahlkampagne 2005 kritisierte.

Einen bereits 2002 mit den Kontrahenten Stoiber / Schröder gewählten Ansatz probiert RTL mit seinen „Town Hall Meetings“: ein aus den USA importiertes Format, bei dem – in der deutschen Version – eine Reihe handverlesener Menschen in einer Art Bürgersprechstunde im Mai die Kanzlerin befragen durfte. Das ausgewählte Studiopublikum mit seinen brav vorbereiteten Fragen bot Merkel ein weiteres Forum zur Demonstration von „Bürgernähe“ und Schlagfertigkeit. Zu viel Raum für Selbstdarstellung, zu wenig echte Sachdebatte, monierten Kritiker. Noch schärfer urteilte ZDF-Chefredakteur Nikolaus Brender: „Das war Untertanen-TV“, der Bürger habe dem Format eine „Absage erteilt“, urteilte er mit Verweis auf die vergleichsweise bescheidene Quote. „Anne Will“ erreichte am selben Abend mit dem Thema „Praxisgebühr“ doppelt so viele Zuschauer. Eine erneute Bestätigung dafür, dass Politik im ansonsten weitgehend infofreien Programm der Privaten, eingezwängt zwischen „Superstars“, „Topmodels“ und minderjährigen Eltern auf Probe eher als Fremdkörper angesehen wird. Nicht auszuschließen bleibt daher, dass ein ähnliches von der ARD geplantes Format auf einen höheren Zuschauerzuspruch trifft. Laut ARD-Chefredakteur Thomas Baumann setzt das Erste mit seiner „Wahlarena“ auf ein größeres Publikum vor Ort, „mehr Spontanität“ und den „direkten Wortwechsel“ zwischen Publikum und befragten Politikern. Sat.1, nach dem Kahlschlag seiner Informationsschiene vor zwei Jahren weitgehend politikfrei, versucht es in den Wochen vor der Bundestagswahl mit einer Talkshow der beiden Routiniers Stefan Aust und Sabine Christiansen. Ex-„Spiegel“-Chef Aust kehrt damit an seine alte Wirkungsstätte zurück, wo er schon mal in der Nachfolge von Erich Böhme den „Talk im Turm“ moderiert hatte. Sabine Christiansen wiederum macht bei dem Privatsender ihrer eigenen Nachfolgerin im Ersten, Anne Will, Konkurrenz.

Neue Wege bei ZDF mit YouTube

Erstaunlich neue Wege geht ausgerechnet das ZDF. Mediendemokratie einmal andersherum: „Ich bin Jürgen Trittin von den Grünen und ich wüsste gerne von euch: Was sollen wir mit den 4.500 Tonnen hochgiftigen Atommüll machen, die wir in Deutschland haben?“ Statt „Journalisten fragen, Politiker antworten“ (oder auch nicht) hier die Variante „Politiker fragen, Bürger antworten“. Ausprobiert wird diese neue Form des politischen Dialogs auf www.youtube.com/openreichstag. Open Reichstag? Ein leicht

Screenshot: youtube.com/openreichstag

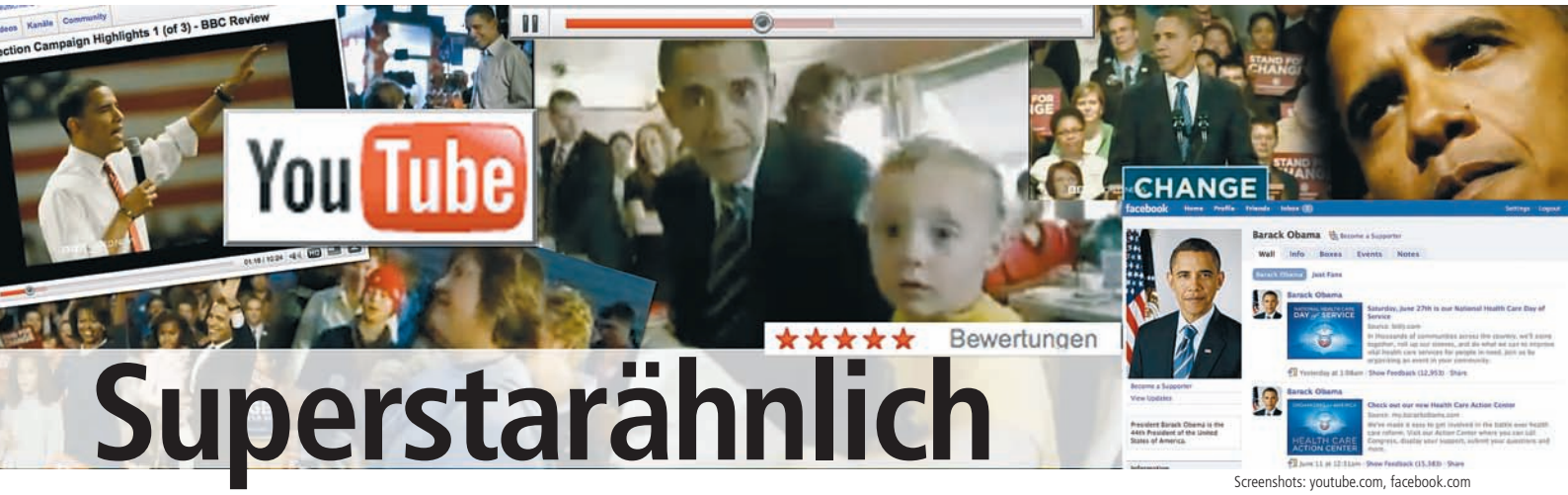
Internetseite als Gemeinschaftsprojekt von ZDF und YouTube für den Wahlkampf

provokanter Titel für ein Gemeinschaftsprojekt des ZDF und der reichweitenstarken Videoplattform YouTube, dessen Start pünktlich zum Tag der Europawahl erfolgte. Die Idee ist, die TV-Wahlberichterstattung des Zweiten mit den interaktiven Informations- und Kommunikationsmöglichkeiten von YouTube zu verknüpfen.

Bis zur Bundestagswahl im September stellt das ZDF alle wahlrelevanten Beiträge auf diesem Kanal ein. Die User können fragen, kommentieren, mitdiskutieren, sogar eigene Video-Beiträge in die Politdebatte einbringen, über die die YouTube-Gemeinde dann „voten“ kann. „Video- ▶

cracy“ nennt es Philipp Schindler, Vizepräsident von Google/YouTube für Nord- und Zentraleuropa, und natürlich verströmt das Ganze ein wenig den basisdemokratischen Charme von Obamas US-Wahlkampfmethoden. „Wir wollen gerade junge Leute für Politik interessieren“, bekennt ZDF-Programmdirektor Nikolaus Brender, dem dieses Zuschauersegment zuletzt weitgehend abhanden kam. Kommt die Jugend nicht zum Zweiten, gehe das ZDF eben auf die Jugend zu. Über die Plattformen, auf denen sich Jugendliche von heute nun mal vorrangig tummeln. Gerade bei Jungwählern, so hofft Eckart Gaddum von der ZDF-Hauptredaktion Neue Medien, könne man eventuell mit dem innovativen Angebot punkten. Dabei bedient man sich in einer zweiten Phase ab Mitte Juli auch prominenter Paten, darunter ZDF-Köpfen und Moderatoren wie Claus Kleber, Markus Kavka und Katrin Bauernfeind. In den ZDF-Sondersendungen vor den Wahlen sollen Bürger-Videos aufgegriffen und mit Studiogästen diskutiert werden.

„Ich kann Kanzler“ ist ein weiteres innovatives Format, mit dem das ZDF in diesem Superwahljahr aufwartete. Politisch interessierte Menschen zwischen 18 und 35 Jahren hatten im Juni die Möglichkeit, sich und ihre Reformideen für Deutschland in einer Art „Politcasting“ zu präsentieren. Dem Gewinner der Ausscheidung winkte der Titel „Kanzler für einen Abend“ sowie ein Stipendium nebst einem Praktikum beim Bundespresseamt. „Mit klassischen Diskussionsformaten kriegen Sie die jungen Leute heute nicht mehr“, klagt Brender. Das ZDF wolle daher „mit spielerischen Mitteln“ im Wahljahr 2009 auch ein Zeichen gegen die verbreitete Politikmüdigkeit der jungen Generation setzen. Ob das angesichts der hiesigen Kandidatenlage funktioniert? Ein echtes Dilemma“,räumt Brender ein, denn: „Einen Obama haben wir in der deutschen Politik nicht.“ ■



Superstarähnlich

Screenshots: youtube.com, facebook.com

Perfekte Verbindung von Online- und Offline-Wahlkampf war der Erfolgsschlüssel

US-Präsident Barack Obama setzte in seinem Wahlkampf neue Maßstäbe für politische Kommunikation. Nie zuvor spielte ein Politiker so geschickt auf der Klaviatur neuer Medien. Ob die Lehren von Obamas Online-Offensive auf den deutschen Wahlkampf übertragbar sind, erscheint dennoch fraglich.

Obamas Wahlsieg, darin stimmen alle politischen Kommentatoren überein, verdankt sich vor allem seiner geschickten Nutzung der Möglichkeiten interaktiver Kommunikation über das Internet. Über wichtige soziale Netzwerke wie YouTube, MySpace, Facebook oder Flickr gelang es dem demokratischen Kandidaten, ein superstarähnliches Image aufzubauen und Millionen Bürger zielgenau anzusprechen. Das Internet erwies sich als entscheidendes Instrument zur Mobilisierung von Spendern, freiwilligen Helfern und Wählern. Dem breit per E-Mail gestreuten Aufruf, Obama finanziell zu unterstützen, folgten rund 300.000 US-Bürger. Spendenbeträge zwischen fünf und mehreren hunderttausend Dollar mündeten in einen TV-Wahlkampf, bei dem Obama fast 300 Millionen Dollar nur für Wahlwerbespots ausgeben konnte. Das Internet fungierte aber nicht nur als Medium elektronischer Bettelbriefe und Online-Sammelbüchse. Es diente gleichzeitig als interaktives Verständigungsmittel, als ideologische Plattform, als Datenbank und Plan für den Einsatz tausender Helfer. Unter anderem sammelten Obamas Wahlkämpfer an die 13 Millionen E-Mail-Adressen und rund vier Millionen Mobilfunkverbindungen. Daten, die ein entsprechendes „Micro-Targeting“ potentieller Wähler, also präzise und persönliche Mailings, Anrufe und Hausbesuche ermöglichten. Mit dieser Strategie erwarb Obama zugleich eine gewisse Unabhängigkeit gegenüber den herkömmlichen Gatekeepern in den traditionellen Medien.

Die perfekte Verbindung von Online- und Offline-Wahlkampf ist denn auch für die Medienwissenschaftlerin Ute Pannen der Erfolgsschlüssel für Obamas Kampagne. „Das Internet hilft, den Wahlkampf zu organisieren, aber der eigentliche Wahlkampf fand auch bei Obama auf der Straße statt“, sagte Pannen unlängst bei einer Debatte auf dem Kongress zum 30. Geburtstag der taz. Es sei ihm gelungen, Energie und Engagement seiner Unterstützer im Netz auch im realen Leben fruchtbar zu machen. Pannen ist Betreiberin des Politblogs apparentpolitics.com und hat Obamas Kampagne publizistisch begleitet. Nicht zu verachten ist für sie auch der enorme Multiplikationseffekt von sozialen Netzwerken wie Facebook und Co: Jeder „Freund“, der eine Nachricht bekomme, schicke diese in der Regel automatisch an seine Community weiter.

Von Obama das Siegen zu lernen, dürfte deutschen Politikern im Superwahljahr 2009 gleichwohl nicht leicht fallen. Das liegt nicht nur am mangelnden Charisma des hiesigen Spitzenpersonals, sondern möglicherweise auch am Fehlen einer klaren politischen Botschaft. Denn hier unterscheidet sich die US-Realität stark von der bundesrepublikanischen. Zu Obamas überwältigendem Wahlsieg trug nicht zuletzt die angestaute Sehnsucht der US-Bürger nach einem radikalen Politikwechsel bei. Die Agonie der abgewirtschafteten Bush-Regierung erlaubt

es ihm – vor dem Hintergrund eines Zwei-Parteien-Systems – die Gesellschaft zu polarisieren. Wobei auch das Internet wiederum eine zentrale Rolle spielte: Man denke nur an die Video-Parodien, die nach diversen unglücklichen Auftritten von Sarah Palin, der republikanischen Kandidatin für das Vizepräsidentenamt, im Netz zirkulierten und für Erheiterung sorgten. Das gleiche Schicksal könnte zwar auch diverse Netzauftritte bundesdeutscher Kandidaten ereilen. Aber unter den Bedingungen der Großen Koalition erscheint eine allzu starke Polarisierung der politischen Lager nicht sehr wahrscheinlich. Was Charisma und politische Botschaft angeht, so belegten schon die Europawahlen mit lustlosen Slogans wie „Wir in Europa“, woran es hierzulande mangelt. „Wer so wenig Saft und Kraft in die Sache des Europaparlaments steckt (...), darf sich über Gleichgültigkeit oder demonstrative Abstinenz nicht wundern“, kommentierte die FAZ.

Ein halbes Jahr vor der Bundestagswahl lag der Anteil der Online-Unterstützer aller deutschen Parteien bei weniger als 0,2 % der Wahlberechtigten. Im Superwahljahr 2009 dürften Bürger und Kandidaten sich wohl vorrangig noch auf gewohntem Terrain begegnen: in TV-Debatten, an Infoständen und bei Wahlkampfkundgebungen. ■

Screenshots der Parteien

Ohne Spannung

Geringe Klickquoten für die Wahlkampfseiten der Parteien

Nach dem Motto „Von Obama lernen heißt siegen lernen“ setzen im Superwahljahr 2009 auch deutsche Parteien und Politiker verstärkt auf das Internet. Vielen Auftritten sieht man an, dass der Umgang mit Videoblogs, YouTube und sozialen Netzwerken noch in den Kinderschuhen steckt.

„Europa – unendliche Weiten“, raunt eine bemüht suggestive Stimme, während auf dem Bildschirm eine Art Star-Trek-Animation im Kleinformat abgeht. Wir erleben „die Abenteuer von Bernd Lange, der ausgezogen ist für die Entdeckung neuer Möglichkeiten und die Zusammenführung der Zivilisationen“. Ein Auszug aus dem 50-Sekunden-Wahlspot, mit dem der Niedersachsens SPD-Spitzenkandidat Lange vor den Europawahlen am 7. Juni auf dem YouTube-Kanal SPD:vision in offenbar selbstironischer Manier („Die Besten zu den Sternen“) für sich und seine Partei um Stimmen warb. Kommentar eines Users: „Wenn Bernd Lange genau so toll ist wie sein Wahlwerbespot, dann sehe ich schwarz für Europa.“ Nur ein Beispiel dafür, wie der dilettantische Einsatz „neuer“ Medien im Zweifel nach hinten losgehen kann. Allzu viel Schaden richtete der Spot indes nicht an: zwei Tage vor dem Wahltermin hatten ganze 246 Nutzer den Film angeklickt.

Wo die einen bemüht um Originalität ringen, bedankt sich Frank-Walter Steinmeier auf www.wahlkampf09.de artig für die Unterstützung seiner Gemeinde: „Es lohnt sich, dabei zu sein.“ Wer sich als User per Klick zur Wahlkampf-Community der Sozis bekannte, bekam vom Außenminister seine „persönliche Unterstützerurkunde“ zugestellt. Eine Option, von der immerhin gut 13.000 potentielle Aktivisten bis zum EU-Wahltermin Gebrauch machten. Bereits seit 2007 gibt es die Community „meinespd.net2. Jeweils über ein paar Tausend Fans verfügen Partei und Spitzenkandidat auch bei Facebook.

Kaum spannender erscheint der Auftritt des großen Koalitionspartners CDU. Von der selbst behaupteten „Vorreiterrolle als Internetpartei“ kann unter qualitativen Gesichtspunkten keine Rede sein. TeAM Deutschland (AM steht für Angela Merkel) will die Kanzlerin unterstützen. cdu.tv auf YouTube hat an die 1.000 Abonnenten. Die in staatsfraulicher Pose abgesonderten einminütigen Statements von Merkel erreichten bislang ein Publikum von gut 200.000 Viewern. Parteitagsberichte, Reden von Generalsekretär Ronald Pofalla – solcherlei „Content“ lässt ahnen, wieso die - bei den Europawahlen erneut eindrucksvoll belegte – Politikmüdigkeit in diesem Lande so ausgeprägt ist. Davon künden auch die meist recht kritischen Viewer-Kommentare.

Auch in sozialen Netzwerken buhlen die Parteien mit unterschiedlichem Erfolg um Sympathie. Dass sich ein Engagement auf diesen Plattformen lohnt, dürfte außer Frage stehen. Nach Angaben der Betreiber tummeln sich in den Netzwerken studiVZ, schülerVZ und meinVZ über 10 Millionen Wahlberechtigte, darunter allein 70 Prozent aller Erst- und Jungwähler. Mit mehr als 30.000 Unterstützern erreichte Merkel auf studiVZ wesentlich höhere Sympathiewerte als ihr Rivale Steinmeier, der gerade mal ein Viertel dieser Zahl schaffte. Die privaten Infos, mit denen die Kandidaten auf studiVZ menscheln, suggerieren Volksnähe. Merkel steht demnach musikalisch auf Beatles und Karat, Steinmeier dagegen hört lieber Jazz.

Die meisten Parteien nutzen vorzugsweise US-Plattformen wie YouTube oder Facebook, obgleich deutsche Netzwerke wie etwa studiVZ mehr Mitglieder haben. Das gilt auch für die FDP, die ihre Botschaften vorwiegend über YouTube unter die Leute bringt. Der Auftritt von Spitzenkandidatin Silvana Koch-Mehrin, belegt, dass man offenbar auch ohne jede politische Aussage (und dem Vernehmen nach ohne allzu rege politische Aktivität) erfolgreich abschneiden kann. Wahlkampf-Highlight auf TV liberal ist „Fricke & Solms“, eine dem früheren ZDF-Duo „Hauser & Kienzle“ nachempfundene mäßig amüsante fünfminütige Polit-Soap mit „Einschaltquoten“ zwischen 4000 und 8.000 Abrufen.

Am längsten haben sich die Grünen mit dem Internet als Transportmittel politischer Inhalte auseinandergesetzt. Wer mit ihnen fraternisiert, kommt bei „Meine Kampagne“ auf seine Kosten, das Unterstützernetz „Wurzelwerk“ ist einweilen den Parteimitgliedern sowie der Grünen Jugend vorbehalten. Bei YouTube senden die Bündnisgrünen auf „Kanal Grün“. Er wurde bis zur Europawahl knapp 70.000 mal – wohl wegen der vergleichsweise unterhaltsamen TV-Wahlspots – aufgerufen und fast 700 mal abonniert. Auch ansonsten nutzt die Partei alle Facetten des Web 2.0. Unter den studiVZ-Edelprofilen ragen Jürgen Trittin und Renate Künast mit 1300 bzw. 1100 Unterstützern hervor.

Auch Die Linke ist bemüht, ihren

Rückstand in punkto Internet-Präsenz aufzuholen. Am Besten gelingt ihr das bislang im Bereich der Video-Podcasts. Ihr YouTube-Kanal hat zwar nur knapp 500 Abonnenten, wurde aber schon mehr als 50.000 Mal aufgerufen. Parteichef Lothar Bisky finden bei studiVZ rund 450 Leute gut. Unter „Linksaktiv“ gelangt man zum Mitglieder- und Unterstützer-Netzwerk der Partei.

Und der Wähler? Honoriert er die Bemühungen von Parteien und Kandidaten, ihn mit modernisierten Webauftritten, Profilen in sozialen Netzwerken und Videoblogs zu erreichen? Offenbar (noch) nicht. Eine unlängst erhobene repräsentative Umfrage des Meinungsforschungsinstituts dimap kommt zu dem Ergebnis: Die Experimentierfreudigkeit des deutschen Wahlbürgers hält sich in Grenzen. Nach wie vor informieren sich zwei Drittel aller Wahlberechtigten über politische Themen hauptsächlich aus Tageszeitungen und aus dem Fernsehen. Und noch ein ernüchternder Befund: Von den knapp 30 Prozent der Bevölkerung, die sich online über Politik informieren, besuchen 60 Prozent vor allem die Nachrichtenportale bekannter Printmedien und die Internetauftritte der TV-Sender. Lediglich drei Prozent der Onliner gehen auf die Webseiten der Parteien.

Das Internet, schlussfolgert daher Ex-*Bild-am-Sonntag*-Chef und Neublogger Michael Spreng, werde in diesem Wahlkampf noch von eher untergeordneter Bedeutung sein. „Erst in etwa zehn Jahren“, so der ehemalige Wahlkampfberater Edmund Stoibers, werde es eine größere Rolle spielen. Leitmedium im Superwahljahr 2009 bleibt nach Lage der Dinge wohl das Fernsehen. ■

Dabei sein ist alles

Blogger Markus Beckedahl zur Netzpolitik als wichtiges Thema für junge Leute

M | *Die Europawahlen sind vorbei – was für eine Figur haben Parteien und Politiker im Netzwahlkampf gemacht?*

MARKUS BECKEDAHL | Das Internet ist immer noch nicht wirklich bei den Politikern angekommen. Es gibt einige schillernde Beispiele wie den Grünen-Politiker Volker Beck, die die neuen Werkzeuge wie Twitter oder Blogs in ihr politisches Leben integriert haben. Aber sonst kann man eigentlich für den derzeitigen Wahlkampf nur sagen: Dabei sein ist alles.

M | *Welche Instrumente nutzen die Politiker?*

BECKEDAHL | So gut wie jeder motivierte Kandidat hat im Moment ein eigenes Facebook-Profil, spricht ab und an bei YouTube ins Internet und viele twittern auch noch über ihr Handy. In der Regel ist das aber sehr belanglos und auch sehr unpolitisch.

M | *Erkennen Sie so etwas wie eine Strategie oder wird eher wild herumexperimentiert?*

BECKEDAHL | Ich erkenne schon Strategien, aber die gleichen sich bei den Parteien. Wenn man die Online-Strategen aller Parteien gemeinsam auf einem Podium sieht, hört man keine Unterschiede heraus. Jeder redet davon, dass man in einen Dialog treten will, an die sozialen Orte kommen will, wo die Menschen sich aufhalten, weil man junge Menschen anders nicht mehr erreichen kann. Aber es läuft doch sehr nach 0815-Muster ab. Man nimmt alle derzeit gängigen trendigen Werkzeuge und experimentiert damit herum, in der Hoffnung, noch schneller als andere eine größere Community aufzubauen und dass die anderen mehr Fehler machen als man selbst.

M | *Sehen Sie denn auch positive Ansätze für eine intelligente Nutzung von Web 2.0.-Elementen, etwa Interaktivität oder Angebote zur Partizipation des Wahlvolks?*

BECKEDAHL | Es gibt schon einige schöne Beispiele. Etwa von Politikern, die wirklich in einen Dialog eintreten und nicht nur davon reden, die auf Bürgeranfragen auf Plattform wie abgeordnetenwatch.de, aber auch bei Twitter oder in ihren Blogs antworten. Politiker, die das also nicht mehr nur als Ein-Weg-Kanal ansehen und sich dafür Zeit nehmen. Es gibt aber auch solche, die etwas mehr experimentieren, die sich nicht auf jedes trendige Werkzeug stürzen, sondern sich auf ein, zwei Werkzeuge konzentrieren, in das sie aber mehr Zeit investieren.

M | *Wie steht es mit partizipativen Ansätzen?*

BECKEDAHL | Wenn man das Schlagwort Web 2.0 mit Partizipation gleichsetzt, dann haben wir derzeit keinen Wahlkampf, der diese Bezeichnung verdient. Die Partizipation beschränkt sich auf das Aufhängen von virtuellen Plakaten im Gegensatz zu den analogen Plakaten, die überall am Straßenrand stehen.

M | *Sind die US-Verhältnisse übertragbar?*

BECKEDAHL | Nein, überhaupt nicht. In den USA existiert keine echte Parteieninfrastruktur. Die dortigen Kandidaten müssen sich eine solche Infrastruktur selbst schaffen: Ortsverbände, Kreisverbände, Mitgliedsverbände, etc. Obama verstand es als erster sehr geschickt, das Ganze virtuell abzubilden. Auf diese Weise wurden lokale Treffen und Aktionen planbar. Zweitens sind die US-Parteien genötigt,

Foto: privat / commonspage

Screenshots: facebook.com

die Mittel für ihre aufwendigen Kampagnen selbst zu organisieren.
Die 700 Millionen Dollar, die Obama einsammelte, stammten großenteils aus Kleinspenden. In Deutschland finanzieren sich die Parteien aus Mitgliedsbeiträgen. Der entscheidende Unterschied sind aber die strengen Datenschutzgesetze in Deutschland. Die Obama-Kampagne musste etwa bei ihren Mikro-Targeting-Aktionen auf solche Vorschriften keine Rücksicht nehmen. Teilweise wurden einer Person 900 verschiedene Profilmerkmale zugeordnet. Das geht hierzulande natürlich nicht.

M | *Warum setzen deutsche Parteien und Politiker bei den sozialen Netzwerken hauptsächlich auf US-Plattformen, vor allem YouTube und Facebook? Deutsche Netzwerke wie studiVZ haben doch mehr Mitglieder.*

BECKEDAHL | Auf YouTube setzen alle, weil YouTube der Platzhirsch ist. Wer nicht auf YouTube ist, verpasst 90 Prozent der anderen Nutzer. Natürlich gibt es andere, deutsche Plattformen wie Clipfish, Sevenload oder MyVideo, aber da können Sie Ihre Videos noch zusätzlich zu YouTube draufstellen. Nur: Wer bei YouTube nicht drauf ist, wird öffentlich nicht wahrgenommen. Facebook wiederum bietet am meisten interaktive Funktionalitäten. Man kann sehr niedrigschwellig in direkten Kontakt treten und sich austauschen, was bei studiVZ nicht so der Fall ist. studiVZ ist im Grunde genommen eine Kopie des alten Facebook, aber Facebook hat sich technologisch weiterentwickelt. Dort kann man Fan eines Kandidaten werden. Einer der Gründe, weshalb viele Politiker bei Facebook sind.

M | *Nach den Europawahlen wurde mal wieder die Politikapathie vor allem der jüngeren Generation beklagt. Wie müsste eine Online-Strategie beschaffen sein, mit der auch die Jungen erreicht werden?*

BECKEDAHL | Im Optimalfall müsste eine Online-Strategie junge Politiker dabei haben. Ein Großteil unserer aktiven Politiker in wichtigen Funktionen und Ämtern geht schon eher dem Rentenalter entgegen. Für junge Menschen ist es einfach nicht so interessant, wenn überwiegend ihre Eltern und Großeltern Politik machen und über sie bestimmen. Das kommt nicht gut an.

M | *Ein Grund möglicherweise für den Achtungserfolg der „Piratenpartei" bei den Europawahlen?*

BECKEDAHL | Netzpolitik als politisches Thema ist für viele junge Menschen sehr wichtig, wird aber von den Parteien kaum vertreten. Kein Wunder, dass die so genannte Piratenpartei aus dem Stand auf 0,9 Prozent und 230.000 Stimmen kommt. Und viele, die sich für dieses Thema interessieren, haben auch noch was anderes gewählt. Da ist schon Potential da. Die meisten Politiker sind eben nicht wirklich im Netz aktiv, können daher auch keinen authentischen Online-Wahlkampf führen. Und wenn es dann noch an der Motivation hapert, wie bei vielen Wählern der SPD, müsste eigentlich ein Community-Management hingehen. Aber Politiker und Parteien treten im Online-Bereich eher auf die Kostenbremse.

M | *Manche Online-Wahlkampfauftritte deutscher Politiker wirken eher lächerlich als dass sie einen politischen Inhalt transportieren. Wie steht es überhaupt um die Inhalte?*

BECKEDAHL | Wenn Sie sich die erfolgreichsten Politiker-Werbespots anschauen, dann sind die tatsächlich politikfrei. Bestes Beispiel: Die FDP mit Silvana Koch-Mehrin und der auf sie zugeschnittenen Kampagne zur Europawahl – politikfreier geht's nicht. Sie hat damit aber Erfolg gehabt. Auch die YouTube-Auftritte geben keinen Aufschluss darüber, wofür diese Frau steht, aber sie werden am meisten angeschaut. Wenn man eine unpolitische Klientel, die eigentlich Protestwähler sind, auf diese Weise anspricht, besteht natürlich die Gefahr, dass die wirklich politisch Interessierten vergrault werden. Hier dürfte interessant sein, wie sich das langfristig politisch auswirkt.

M | *Was erwarten Sie angesichts der bislang im Superwahljahr gemachten Erfahrungen mit dem Netzwahlkampf der Parteien für die kommende Bundestagswahl?*

BECKEDAHL | Ich glaube, wir sind gerade auf dem Stand des US-Präsidentschaftswahlkampfs von 2004, eher noch weiter zurück. In den USA hat sich die mediale Welt so rasant verändert. Durch Blogs sind weitere netzwerkzentrierte Kommunikationsinstrumente aufgetreten, die hier noch nicht so stark sind. Politiker, setzen aufs Fernsehen, vor allem wenn sie eine ältere Zielgruppe im Auge haben. Aber die jüngeren Menschen erreicht man halt nur im Netz. Man wird vielleicht noch ein paar lustige Politainment-Sachen finden, Flashspielchen oder sonstige Sachen. Man wird sehen, dass die Anzahl der Freunde in den sozialen Netzwerken ein bisschen zunimmt. Aber die einzigen wirklichen spannenden Sachen werden aus der Zivilgesellschaft kommen.

M | *Was könnte das sein?*

BECKEDAHL | Die werden dann entstehen, wenn eine Partei ihren neuen Wahlwerbespot auf YouTube stellt und irgendein 15jähriger gelangweilter Schüler sich nachmittags daran macht, diesen Spot zu remixen und ins Netz zurückzugeben. Wenn dieser Remix mit einer ganz veränderten Aussage sich auf einmal viel schneller verbreitet als der Original-Werbespot, könnte das ganz spannend werden. Ansonsten haut mich da gerade nichts vom Hocker.

M | *Michael Spreng, Ex-Berater von Edmund Stoiber, meint, der Internetwahlkampf werde für die deutschen Parteien frühestens in zehn Jahren wirklich relevant werden. Stimmen Sie ihm da zu?*

BECKEDAHL | Vor 2013, das zumindest steht fest, werden wir keinen echten Internet-Wahlkampf bekommen. Ob es zehn Jahre dauert, weiß ich nicht. Ich hoffe mal optimistisch, dass 2013 schon viel mehr passiert sein wird. Aber es kann natürlich sein, dass aufgrund der demografischen Entwicklung die Älteren ihre konservativen Mediengewohnheiten beibehalten. Die tippen dann auch in vier Jahren vielleicht immer noch lieber auf die Fernbedienung als auf eine Computertastatur.

Das Interview führte Günter Herkel ■

Markus Beckedahl

Markus Beckedahl (32) ist politischer Blogger (netzpolitik.org) und Mitgesellschafter der Berliner Agentur New Thinking Communications.
Die Agentur beschäftigt sich mit den Schnittstellen von Politik, Gesellschaft und Informationstechnologien.
Seit einem Jahr publiziert die Agentur vierteljährliche Kurzstudien zum Stand der Online-Aktivitäten von Parteien und Politikern im sozialen Internet.
Die nächste Studie erscheint im Juli 2009.

Vom Stolz auf guten Journalismus

„netzwerk recherche“ in Hamburg über Qualität und Krise

Heribert Prantl, von der Süddeutschen Zeitung hielt ein Plädoyer für die Pressefreiheit

Foto: Ron Zielinski

700 Journalisten, zwei Tage lang, 77 Diskussionsrunden und Vorträge, Showlaufen und Kontaktpflege, Smalltalk und Hintergrundgespräche, Informationen und Reflektionen – die Jahrestagung von „Netzwerk Recherche“ (nr) auf dem Gelände des NDR in Hamburg Anfang Juni hatte es, wieder einmal, in sich. Das Thema in diesem Jahr: „Journalismus zwischen Morgen und Grauen“.

Und am zweiten Tag, nach der themenbezogenen Eröffnungsrede von Heribert Prantl, nach der Verleihung der „Verschlossenen Auster“ an den „Bundesverband Deutscher Banken“ hatte in einem der vielen Foren das Grauen plötzlich einen konkreten Namen: Jakob Augstein. Der frischgebackene Verleger der Wochenzeitung *Der Freitag* beklagte nicht nur „das klassische Printdenken“ auf den Podien und forderte als Neuheit die „Nutzbarmachung aller Wissensquellen“, sondern definierte den Begriff Journalismus neu: „Wir drucken alles: Bürgerjournalismus, Blogger und Experten.“ Und dann der Hammer des Grauens: „Unsere freien Autoren müssen ihr Geld woanders verdienen.“ Denn: „Ich bin für meine Leser zuständig, nicht für die freien Journalisten.“

Aber auch diese extreme Aussage berührte das Hauptthema, das sich als roter Faden durch die Tagung der „Journalisten für Journalisten“ zog: Qualität im Journalismus ist eine Grundvoraussetzung für die Existenz von Medien heute und morgen.

Einige Schlaglichter: Gastgeber und NDR-Intendant Lutz Marmor in seiner „Mischung aus Grußwort und Halbrede“: Die Krise habe auch die Medien erreicht und dagegen helfe nur „Qualitätsjournalismus, den auch wir brauchen.“ Es reiche nicht, „eine PR-Mitteilung umzuformulieren und mit einem guten Einstieg zu versehen“, sondern „Recherche darf sich nicht auf Vorzeigeplätze reduzieren. Recherche: Daran müssen wir ständig arbeiten.“

Oder Heribert Prantl von der *Süddeutschen Zeitung*, der, so nr-Organisator Kuno Haberbusch, „nicht Flöte, sondern Trompete des Journalismus“ sei, in seinem Vortrag. Eindringlich hielt er ein Plädoyer auf die Pressefreiheit, die „das tägliche Brot der Demokratie“ sei. Von einer „angeblichen Existenzkrise, ja Todesnähe der Zeitungen“ könne keine Rede sein. „Das alles gehört zu den Hysterien, die im Journalismus noch besser gedeihen als anderswo.“ Und „überzogene Gewinnerwartungen von Eigentümern sind kein Ausdruck von Not, sondern von Kurzsichtigkeit und Dummheit.“ Vielmehr bräuchten die deutschen Zeitungen „Journalisten und Verleger, die ihre Arbeit ordentlich machen. Sie brauchen Journalisten, die neugierig, unbequem, urteilskräftig, selbstkritisch und integer sind.“ Und dann starker Applaus bei den Folgesätzen: „Sie brauchen Verleger, die einen solchen Journalismus schätzen, die also von ihren Zeitungen mehr wollen als Geld, die stolz darauf sind, dass sie Verleger sind. Denen dieser Stolz mehr bedeutet als ein oder zwei Prozent mehr Gewinn.“

Klare Bekenntnisse

Beeindruckende Worte auch vom Gruner+Jahr-Vorstandsvorsitzenden Bernd „Sonnendeck“ Buchholz („Wie oft ich mich für dieses Bild schon entschuldigt habe, ich tue es heute noch einmal.“) in der anschließenden Veranstaltung „Angst um Jobs und Inhalte – die Medien in der Krise“. Zwar warnte er vor eben dieser Krise, legte aber ein klares Bekenntnis zum Gebot „Qualität zu produzieren“ ab: „Retten wollen wir doch alle den Qualitätsjournalismus.“ Aber als Verleger fand er schnell wieder den Bogen zu den jüngsten g+j-Entscheidungen. Buchholz: „Wir brauchen Geschäftsmodelle, die sich selbst finanzieren.“ Es gehe nicht ums Sparen, sondern ums Ändern. Hierbei denke er etwa an Erhöhungen des Copy-Preises. Und: „Eine Gemeinschaftsredaktion ist die Rettung des Wirtschaftsjournalismus. In dieser Richtung müssen wir weiterdenken.“

Auch in den kleineren Veranstaltungen, den Erzählcafés und Workshops, ging es, wenn auch mitunter heftig und kritisch diskutiert, um Qualität. So lobte und verteidigte der NDR-Filmemacher Timo Großpietsch (Zapp) die Möglichkeiten des Videjournalisten: Gerade bei Reportagen sei man als VJ, als Ein-Mann-Team dichter dran an seinen Protagonisten, könne eine direktere Beziehung zu seinem Interviewpartner aufbauen, als wenn noch ein Kameramann dabei sei, ein zweiter Kollege den Ton mache und ein dritter für das richtige Licht sorge. Großpietsch: „Es ist eine riesige Freiheit, die ich genieße. Auf der Klaviatur eines Senders braucht man diesen Platz.“ Dennoch sei die ständige Zusammenarbeit mit einem Redakteur als Kontrollinstanz unbedingt notwendig.

Um die richtige Form des Reports, um dessen Qualität und Qualitätskriterien ging es auch in Cord Schnibbens (*Spiegel*) Vortrag „Die Kunst des Reports – Warum es oft klüger ist, keine Reportage zu schreiben“. Selbst gestandene Reporter und Journalistikprofessoren verfolgten diese heiter-informative „Vorlesung“ mit Interesse, nickten zustimmend bei der Aufzählung der drei Akte des Reports (I. Neugier; II. Balance; III. Happy End und Cliffhanger) und quittierten Schnibbens ultimative Reportformel mit Applaus:

R = (I + G) : (E + SZ) = 1, also: Information plus Gedanke geteilt durch Experten und Szenenzahl, das mache einen guten Report aus, der dann „pumpt wie ein Herzschlag“.

Beifall auch für die Ankündigung vom NDR-Intendanten für das kommende Jahr: „Wenn Sie möchten, werden wir auch nächstes Jahr gerne wieder Gastgeber sein.“ Also 2010 wieder in Hamburg Lokstedt ein Treffen mit hunderten Journalisten, mit einem Überangebot an interessanten Veranstaltungen und mit zahlreichen Einzelgesprächen. *Wulf Beleites* ■

www.netzwerkrecherche.de

Journalistische Ausfälle

Amoklauf in Winnenden: Presserat sieht in 13 Fällen Kodex verletzt

Der Presserat hat auf seinen Beschwerdeausschuss-Sitzungen am 19. und 20. Mai 129 Beschwerden behandelt. 47 davon betrafen den Amoklauf von Winnenden. Insgesamt hatten sich 79 Leser dazu beschwert. Vor allem wegen Verletzungen der Persönlichkeitsrechte (Ziffer 8) sowie wegen unangemessener und sensationeller Berichterstattung (Ziffer 11) wurden 13 Verstöße gegen den Pressekodex geahndet. Auch beim „netzwerk recherche" in Hamburg setzten sich die Journalisten mit dem Thema auseinander. In der Kritik stand vor allem die *Bild*-Zeitung.

Die journalistischen Ausfälle beispielhaft zusammen geschnitten in einem Beitrag des Medienmagazins *ZAPP* erschütterten zu Beginn der Debatte Anfang Juni in Hamburg (s. auch S. 15) nochmals alle Anwesenden. An der Spitze die *Bild*-Zeitung, die den jugendlichen Täter in heroischer Pose mit gezogener Waffe in einem Kampfanzug (den er nachweislich nicht anhatte) ganzseitig darstellte. Zur Fotomontage die Überschrift: „Seid ihr immer noch nicht tot?" und dazu eine mehrseitige Berichterstattung, mit einer Grafik, die die Tötung einer Lehrerin nachstellt. *Bild* und *Bild-Online* erhielten für diese unangemessene sensationelle Berichterstattung eine öffentliche Rüge. Weitere Fotos von Opfern und Betroffenen; identifizierbarer Jugendlicher, die trauern, wurden ebenso gerügt, da sie die Persönlichkeitsrechte der Abgebildeten verletzen. Nikolaus Fest, stellvertretender *Bild*-Chefredakteur, ging bei der Netzwerk-Tagung in Abwehrhaltung. Er habe geglaubt, der Täter habe den Kampfanzug getragen. Miese Recherche oder sensationsgeile Absicht?

Von Einsicht war Fest offensichtlich weit entfernt. Ebensoweit wie von einer Entschuldigung gegenüber der Sprecherin des Aktionsbündnisses Amoklauf Winnenden Gisela Mayer, die eine Tochter bei der Schießerei verlor. Dazu raffte sich immerhin „Brisant"-Redaktionsleiter Hans Müller-Jahns auf. Das Magazin des MDR hatte sich in seiner Berichterstattung auch nicht nur mit Ruhm bekleckert. *Spiegel*-Chefredakteur Georg Mascolo war sich am Ende der lebhaften Diskussion nicht mehr sicher, ob er künftig bei einem ähnlichen Ereignis noch einmal dafür plädieren würde, den Täter (obwohl in einem eher zurückhaltenden Porträt) auf dem *Spiegel*-Titel abzubilden.

Der Presserat hatte die Namensnennung des Amokschützen und die Abbildung des Fotos, wie es in vielen Medien vorkam, als zulässig erachtet. Er wurde durch seine „derart aufsehenerregende Tat zur Person der Zeitgeschichte", hieß es in der Bewertung. Daher wiege das Interesse der Öffentlichkeit mehr als der besondere Schutz des Jugendlichen.

Gisela Mayer kritisierte vor allem die unsensible und reißerische Berichterstattung aus Winnenden kurz nach der Tat. Alle direkt von den schrecklichen Ereignissen Betroffene, besonders Kinder und Eltern, seien unter Schock stehend schutzlos gewesen. Das wurde von vielen Medien schamlos ausgenutzt. Die Opferfotos, wie beispielsweise auf dem Titelbild von *Focus* nur zwei Tage später, waren nicht autorisiert, mitunter über Websites oder auf anderen indirekten Wegen besorgt worden. Gleichwohl hat der Presserat diese Porträtfotos nicht beanstandet. Weder die unter besonderem Schutz stehende Jugendlichkeit der Opfer noch die Sorge um die Persönlichkeitsrechte oder auch der Zeitpunkt der Veröffentlichungen hatten offenbar genügend Gewicht. Dagegen wurde auf die „besonderen Begleitumstände der Tat" abgestellt. „Der dezente Umgang in diesen Bildergalerien ohne sensationelle Aufmachung und unangemessene Formulierungen", seien mit dem Pressekodex vereinbar, hieß es in einer Pressemitteilung.

Für Empörung in Hamburg sorgte eine 3D-Animation auf *Bild-Online*. Sie zeigte wie sich der Amoktäter durch die Schule bewegte und wen er dabei erschoss. „Presseethisch nicht vertretbar", lautete hier auch das Urteil des Presserates. „Die Animation in Anlehnung an die so genannten Ego-Shooter-Spiele geht zu weit."

Karin Wenk ■

Anzeige

Alterssicherung in guten Händen

60 Jahre Versorgungswerk der Presse – eine Erfolgsgeschichte

Foto: Markus Schmidt

Dr. Laurent Fischer

Am 28. Mai 1949 wurde das Versorgungswerk der Presse im „Magister Dr. Faust Haus" in Bad Kreuznach gegründet. Grund genug an diesem historischen Ort das 60. Jubiläum der inzwischen größten Altersversorgungseinrichtung der Medienschaffenden feierlich zu begehen, kombiniert mit der turnusmäßigen Jahreshauptversammlung.

„Ohne die Sicherheit, im Alter gut versorgt zu sein, ist der Redakteur nicht unabhängig genug, um seine publizistische Aufgabe erfüllen zu können." So der Verleger Prof. Dr. Dietrich Oppenberg, der gut vier Jahrzehnte an der Spitze des Versorgungswerkes stand und bis zu seinem Tode im Jahr 2000 Ehrenvorsitzender war. Das Zitat galt und gilt als Richtschnur für eine bis heute erfolgreiche Sozialpartnerschaft zwischen Zeitungsverleger- und Journalistenverbänden.

Eine derartige Erfolgsstory hätten die Gründungsväter vor 60 Jahren dennoch nicht erwartet, so der heutige Vorsitzende des Verwaltungsrates Dr. Laurent Fischer (Verleger des *Nordbayerischen Kurier* in Bayreuth). Das Presseversorgungswerk garantiere lebenslange Leistungen für seine 120.000 Kunden in der Medienbranche, mit denen 190.000 Verträge abgeschlossen wurden. Der Versicherungsbestand belaufe sich heute auf 9,5 Milliarden Euro bei einer Prämieneinnahme von rund 300 Millionen Euro im Jahr. Die Kapitalanlagen von 4,5 Milliarden Euro hätten die Finanzkrise „ohne spürbare Blessuren gemeistert". Selbst bei Rückschlägen auf den Aktienmärkten oder Zinsrückgängen seien die für die Erfüllung der vertraglichen Leistung angesammelten Mittel ausreichend, versicherte Fischer. Wie im Vorjahr sei auch 2009 mit einer Gewinnbeteiligung von 4,8 Prozent zu rechnen. Ausgehend von der Gewissheit, dass Qualität ihren Preis hat, verwies Frank Werneke, stellvertretender ver.di-Vorsitzender darauf, dass es in Zeiten, da sich die Grenzen zwischen den Medien immer mehr mischen, umso wesentlicher sei, dass professionelle Journalistinnen und Journalisten unbeeinflusst ihrer grundgesetzlich geschützten Arbeit nachgehen können. Deshalb gelte es auch „Willensstärke, Vision und soziale Gerechtigkeit" im Blick zu haben, um den Bestand des Versorgungswerkes für die Zukunft zu sichern und es „im Sinne künftiger qualitativer Medien und dem entsprechenden Journalismus für die sich neu formierende Branche zu gestalten". Die Deutsche Journalistinnen- und Journalisten-Union in ver.di werde dazu ihren Beitrag leisten. *wen* ■

Buchrezension: Geist oder Geld – Der große Ausverkauf der freien Meinung

Hans-Jürgen Jakobs:

„Geist oder Geld – Der große Ausverkauf der freien Meinung"

München: Pendo
240 Seiten
18 Euro

Gegen Endzeitstimmung

„Die Krise", schrieb Max Frisch einst, „ist ein produktiver Zustand. Man muss ihr nur den Beigeschmack der Katastrophe nehmen." Ein Ratschlag, den Hans-Jürgen Jakobs in seiner engagierten Streitschrift für kritische, unabhängige Medien trotz der verheerenden Lage, in der sich vor allem Tageszeitungen rund um den Globus derzeit befinden, beherzigt. In „Geist oder Geld" vermeidet er eine fatalistische Endzeitstimmung und sucht stattdessen nach Wegen, die dem gedruckten Qualitätsjournalismus auch über sein (von einer US-Studie) für das Jahr 2040 prognostiziertes Ende hinaus Perspektiven eröffnen.

Ehe Jakobs im Schlusskapitel acht Thesen vorstellt, wie sich fundierter investigativer Journalismus auch im Internetzeitalter sichern lässt, und dabei Gesetzgeber, Schulen, aber auch Verleger und Sendeanstalten in die Pflicht nimmt, liefert er zunächst eine schonungslose Bestandsaufnahme. Obwohl der Chefredakteur der Online-Ausgabe der Süddeutschen Zeitung quasi von Amts wegen über den Verdacht eines lebensfernen Internetskeptizismus' erhaben ist, warnt er vor den Gefahren der naiven Verherrlichung einer Blogger- und User-Content-Kultur und der ungebremsten Informationsverwaltungshoheit einzelner Firmen wie etwa des Suchmaschinenbetreibers Google.

Gleichzeitig erkennt er im Internet die Chance für eine Gegenöffentlichkeit zu drohenden Medienmonopolen, die er an den Beispielen der Medienmacht Berlusconis in Italien, der Sarkozy-Seilschaften in Frankreich und der staatlich kontrollierten Medien in Russland skizziert. Dies kann, so eine von Jakobs zentralen Schlussthesen, jedoch nur im Zusammenspiel von traditionellen und neuen Medien gelingen. Aus dem niedrigschwelligen Informationszugang, den das Internet ermöglicht, zögen die Nutzer nämlich nur dann einen Gewinn, „solange es noch genügend leistungsstarke Angebote gibt, die sie bewerten und vergleichen können. Der digitale Utopismus, dass jeder zum Autor wird und dafür Leser findet, (...) führt am Ende in die Leere."

Glücklicherweise macht es sich Jakobs nicht so einfach, alleine dem Internet den Schwarzen Peter für das gegenwärtige Redaktions- und Zeitungssterben zuzuschieben. An den Fallbeispielen von Pro Sieben oder der Berliner Zeitung etwa dokumentiert er auch den schädlichen Einfluss von rein profitorientierten Private-Equity-Firmen oder Hedge-Fonds auf die Medienkultur. Wenn die „Vierte Gewalt" zum Spielball an den globalen Finanzmärkten verkäme, resümiert er, wäre dies tatsächlich eine Katastrophe; nicht nur für die Medienkultur, sondern für die demokratische Gesellschaft insgesamt. Über den komplexen Herausforderungen einer medialen Umwälzung, die er mit der Erfindung des Buchdrucks vergleicht, verliert zwar auch Jakobs bisweilen die klare Linie. Die Schlaglichter, die er auf den deutschen und internationalen Medienmarkt wirft, ergeben dennoch eine sehr anschauliche Topografie der Krise. Und seine acht Thesen liefern zumindest einige diskussionswürdige Ansätze dafür, zu verhindern, dass aus der Krise eine Katastrophe wird. *Stefan Volk* ■

Foto: Matthias Müller / DW-World

Die Preisträger des internationalen Weblog Award „The BOBs“, der beim DW Global Media Forum vergeben wurde. Hauptpreis: Yoani Sánchez (Kuba) mit „Generacíon Y“; Reporter ohne Grenzen-Preis: Nazli Farokhi (Iran) mit „4equality“ und Zeng Jinyan (China); Best Videoblog: Olivier Nyirugubara (Ruanda / Niederlande) mit „Voices of Africa“; Best Podcast: Denis Kozlov (Russland) mit „Radio Grinch“. Best Weblogs / English: Nancy Watzman (USA) mit „Party Time Blog“; French: Israël Yoroba Guébo (Elfenbeinküste) mit „Le Blog de Yoro“; Chinese: Liu Xiaoyuan (China); Spanish: Laura Pintos (Spanien) mit „233Grados.com“; Portuguese: Rosana Hermann (Brasilien) mit „Qerido Leitor“; German: Barbara Streidl (Deutschland) mit „Mädchenmannschaft“; Indonesian: Pitra Satvika (Indonesien) mit „Media Ide“; Arabic: Ahmad Abdalla (Ägypten) mit „Ohod“. Yoani Sánchez, Liu Xiaoyuan und Zeng Jinyan wurde von den Behörden ihrer Heimatländer eine Teilnahme an der Preisverleihung nicht gestattet.

Fehlende Pluralität

DW-Forum: Enttäuschung im Osten – Hoffnungen in Nordafrika

„Viele Journalisten sind eine Art Prostituierte der Medien im Auftrag weniger reicher Leute“. Ernüchternd beschreibt Roman Gonscharenko auf dem „Deutsche Welle Global Media Forum 2009“ im Juni in Bonn die Situation der Medien und ihrer professionellen Mitarbeiter in der Ukraine heute. Wenige Jahre nach der sogenannten Orangenen Revolution, die auch in diesem osteuropäischen Land die staatliche Mediensteuerung ablösen und der Presse- und Rundfunkfreiheit Bahn brechen wollte.

Gonscharenko war viele Jahre Journalist in Kiew. Heute arbeitet er für das ukrainische Rundfunkprogramm der Deutschen Welle (DW). Mit seinen unerfüllten Hoffnungen steht Gonscharenko nicht allein. Tief enttäuscht von der Entwicklung der vergangenen Jahre ist auch George Targamadze, Sprecher der größten Oppositionspartei in Georgien. Er sieht sogar Rückschritte in der Entwicklung der Medien – vor allem der Öffentlich-Rechtlichen – und ihrer erhofften Rolle als unabhängige Moderatoren des politischen Diskurses. Auf dem gleichen von der Konrad-Adenauer-Stiftung betreuten Teil des DW-Forums bilanziert Targamadze: „Zu Zeiten der Vorgängerregierung Schewardnadse waren die Medien plural und freier als gegenwärtig. Die Rolle der Öffentlich-Rechtlichen ist derzeit schwach“. Kritik an der Regierung habe – wenn überhaupt – nur in privaten Medien eine Chance. „Präsident Saakaschwili hat die Kontrolle über alle Fernsehstationen im Land übernommen. Aus dem Fernsehen beziehen aber 95 von 100 Georgiern ihre politischen Informationen“, untermauert Targamadze die Sehnsucht der Opposition nach einem funktionsfähigen öffentlich-rechtlichen Rundfunk. Radio und Zeitungen spielten nur Nebenrollen. Das gelte auch noch für das Internet, für das der Zugang „derzeit praktisch nicht verfügbar ist“, berichtet Targamadze. Zwar seien die Mediengesetze in Georgien die „liberalsten in der gesamten Region“. Doch das Parlament sei zu schwach, sie auch durchzusetzen. Neben Pluralität fehle es vor allem an Professionalität im Journalismus. Hier könnten die georgischen Medien Unterstützung aus der Europäischen Union gut gebrauchen.

Weite Spielräume für die Hoffnung auf entfaltete Presse- und Meinungsfreiheit gibt es nach den Berichten von Beobachtern auch in Nordafrika und Arabien. Unterschiedlich fallen dabei die Urteile über die jüngst von den arabischen Staaten vereinbarte Charta für das Satellitenfernsehen aus. Die einen hören mit der Charta das Sterbeglöckchen für die bisher unzensiert vor allem über den Nahost-Konflikt berichtenden Sender Al Jazeera und Al Arabija läuten. Andere, wie der Professor für Journalistik an der amerikanischen Universität Kairo, Hussein Amin, verteidigen die Regulierung als notwendigen Schritt zu einer „verantwortlichen Freiheit“. Damit sei eine Medienfreiheit gemeint, die keine „digitale Fatwa“ oder sonstige Aufrufe zu Gewalt zulasse. „Lizensierte Kulturkanäle sind in den vergangenen fünf Jahren zu religiösen Kanälen mutiert“, erläutert Amin die Beweggründe der arabischen Regierungen.

Zwar sei das ursprüngliche Ziel der Charta-Akteure die Unterdrückung von Pressefreiheit gewesen, meint Amin. Dazu sei es jedoch nicht gekommen. Der Unterschied zwischen Zensur und Regulierung sei beachtet worden. Auch in den Printmedien seien Lockerungen sichtbar. „Es gibt viele Zeitungen in Ägypten, die ständig die Regierung kritisieren“, sagt Amin.

Aus derselben Region, aber aus einer scheinbar ganz anderen Medienwelt berichten dagegen Journalisten auf dem DW-Forum. „Ägypten ist ein Polizeistaat ohne ausreichende Freiheit für Meinungen, vor allem für oppositionelle. Kritiker des Präsidenten wurden festgenommen und gefoltert. Das ist Tatsache“, sagt der freie Nahost-Journalist Philip Riszk. Wie Zensur auch ohne Gesetz in einem Polizeistaat funktioniere, zeige das Schicksal eines Bloggers. Er sei verschleppt und 40 Tage an einem unbekannten Ort festgehalten und gefoltert worden. „Und das ist kein ungewöhnlicher Vorgang“, fügt Riszk hinzu. Zum Instrumentarium staatlicher Einschüchterung gehörten außerdem Aussetzen in der Wüste, Prügel oder die Zerstörung von Ausrüstung. Martina Sabra, die für verschiedene Medien aus Nordafrika berichtet, sagt: „Journalisten wurden immer eingesperrt, wenn sie kritisch berichteten. Geändert hat sich seit 1989 nur nach außen etwas. Aber nicht in den Ländern selbst“. Bei der Berichterstattung über den israelisch-palästinensischen Konflikt herrsche selbst jenseits der arabischen Welt nicht nur Pressefreiheit, sagt Sabra. „Da gibt es Zensur und Bedrohungen auch von Seiten Israels und sogar in Deutschland – auch wenn man nur Tatsachen berichtet.“

Die Hoffnung der jüngeren Generation und der politischen Opposition richten sich unter diesen Umständen auf das Internet. „Online kann ein Mittel gegen die Offline-Verfolgung sein: Es kann wegen der Vielzahl der Nutzer faktisch nicht zensiert werden“, glaubt die Sprecherin des ägyptischen Komitees für den Schutz von Journalisten (CPJ), Noha Atef. Zudem sei Kapitalmangel kein Zugangshindernis: Internet sei ein kostengünstiges Publikationsmittel. Einzige Schwäche derzeit: Nur zwei von hundert Ägyptern haben derzeit Zugang zum Netz.

„Es gibt eine Zensurkultur in arabischen Ländern“, räumt nach den Berichten und Einschätzungen der Journalistik-Professor Amin ein. Sie werde gefördert von einer „Tradition der Selbstzensur und einer Kultur der Angst – produziert vom System. „Aber wir haben heute mehr Freiheit als früher.“ *Manfred Protze* ■

Chance für Rundfunkräte

Fotos: Christian v. Polentz / transit

Erstklassige Moderation durch Uli Röhm, ver.di-Verbandsvorsitzender im ZDF

ver.di im Gespräch: Gremien vor dem Drei-Stufen-Test

Der seit dem 1. Juni geltende 12. Rundfunkänderungsstaatsvertrag verpflichtet ARD, ZDF und Deutschlandradio dazu, ihre Online-Angebote bzw. Telemedien einem so genannten Drei-Stufen-Test zu unterziehen. „Gremien im Test" lautet der Titel der Veranstaltung im Rahmen der Reihe „ver.di im Gespräch", zu der ver.di, die Landesmedienanstalt Saarland und das Mainzer Medieninstitut Ende Juni Betroffene und Beteiligte in die Landesvertretung des Saarlands in Berlin geladen hatten. Das komplizierte Verfahren, so das Fazit der Debatte, ist eine enorme Herausforderung für Sender und Kontrollgremien.

Kein geringerer als der amtierende ARD-Vorsitzende Peter Boudgoust hatte das Modell des Drei-Stufen-Tests unlängst als „bürokratisches Prüfungsmonster" bezeichnet. Bis zum Herbst 2010 müssen die öffentlich-rechtlichen Sender „neue oder veränderte", aber auch bestehende Online- und Telemedienangebote diesem Test unterwerfen. Gerechnet wird mit mindestens 35 bis 40 Verfahren. Die Aufsichtsgremien müssen dabei laut Staatsvertrag bei den Konzepten dreierlei prüfen: Erstens, inwieweit das Angebot den demokratischen, sozialen und kulturellen Bedürfnissen der Gesellschaft entspricht; zweitens, in welchem Umfang das Angebot in qualitativer Hinsicht zum publizistischen Wettbewerb beiträgt; drittens, welcher finanzielle Aufwand für das Angebot erforderlich ist.

Das Testverfahren sei „auf sanften Druck" der EU-Kommission zustande gekommen, leitete Gerd Bauer, Direktor der Landesmedienanstalt Saarland, die Debatte ein. Er monierte die „Dünnhäutigkeit" der öffentlich-rechtlichen Anstalten. Die Direktorenkonferenz der Landesmedienanstalten DLM hatte sich bei der ARD unbeliebt gemacht, als sie den Ablauf der ersten freiwilligen Drei-Stufen-Tests bei NDR und MDR kritisiert und „Korrekturbedarf" angemeldet hatte. Bauer forderte ein „ausgewogenes Verfahren" und machte sich stark für eine stärkere Beteiligung der Landesmedienanstalten bei der Durchführung der Tests.

ver.di-Bundesvorstandsmitglied Dina Bösch sagte, die Digitalisierung habe ein stark verändertes Mediennutzungsverhalten hervor gebracht. Mit den traditionellen Medien Hörfunk und Fernsehen seien relevante Teile der Gesellschaft nicht mehr zu erreichen. Es werde nicht ohne Folgen für die Programmqualität bleiben, „wenn den öffentlich-rechtlichen Anstalten beim Verbreitungsweg Internet unnötige Hürden oder gar Verbote in den Weg gestellt werden". Die Mediengewerkschaft nehme in dieser Frage eine Doppelfunktion ein: als Vertreterin der Beschäftigten sowie über die Mitgliedschaft in diversen Aufsichtsgremien. Das Internet gehöre nicht allein den Verlegern. „Ein starker öffentlich-rechtlicher Rundfunk braucht einen starken Internet-Auftritt.", sagte Bösch. Wie weit dieser gehen dürfe, obliege der Entscheidung der Gremien.

Der Drei-Stufen-Test sei Folge der EU-Beihilfeentscheidung von 2007, analysierte Lukas Repa von der Generaldirektion Wettbewerb der EU-Kommission. Es gebe ihn in unterschiedlicher Ausprägung auch in Großbritannien, Belgien, Irland, den Niederlanden und Österreich. Die EU-Kommission sei nicht so anmaßend, „das Mikro-Management von 27 europäischen Rundfunksystemen" zu übernehmen. Sie erwarte jedoch unbedingte Transparenz der Verfahren und eine „effektive Unabhängigkeit der Prüforgane". Diese seien verpflichtet, in den Drei-Stufen-Tests die Stellungnahmen Dritter angemessen zu berücksichtigen und ihre Entscheidungen zu begründen. Ansonsten hätten die Mitgliedsstaaten einen weiten Spielraum bei der Gestaltung des Verfahrens.

Dass der PublicValue Test (PVT) in Großbritannien trotz mancher Gemeinsamkeiten anders funktioniert als das deutsche Modell, demonstrierte Mark D. Cole, Professor für Medien und Kommunikationsrecht an der Uni Luxemburg. Zentraler Unterschied ist vor allem die Einschaltung der externen Medienregulierungs- und Kartellbehörde Ofcom: Sie ist verantwortlich für die Untersuchung der Marktauswirkungen neuer BBC-Telemedienangebote. Bei den vier bisher gelaufenen PVTs sei allerdings auch der Prognosecharakter der Marktanalysen deutlich geworden, konstatierte Cole: „Eine mathematisch haltbare eindeutige Formel, welche Auswirkungen etwa spezifische Lokalnachrichten im Internet durch die BBC hätten, lässt sich nicht ermitteln."

Ungeprüft dürfen ARD und ZDF ihre Sendungen und damit verbundene zusätzliche Informationen nur noch sieben Tage lang im Netz verbreiten. Eine im digitalen Zeitalter anachronistische Regelung, findet Rainer Tief, Leiter Multimedia beim Bayerischen Rundfunk. Heutzutage könne man im Internet eigentlich alles zeitsouverän recherchieren. Es sei „nicht im Sinne des Nutzers, dass wir von unserer Seite jetzt virtuelle Grenzen einziehen". Zumal für Inhalte, die bereits über die Gebühren

finanziert wurden. Gerade junge Menschen erwarteten, Videos, Audios und Online-Beiträge jederzeit im Netz abrufen zu können. Auch das Argument der Privaten, eine längere Präsenz bestimmter Beiträge im Netz könne sich auf dem Markt wettbewerbsverzerrend auswirken, ist für Tief nicht haltbar. Zumindest nicht im Bereich von Wissensdokus und Informationssendungen. „Wo sind denn da die privaten kommerziellen Anbieter, die diese Wissensinhalte überhaupt produzieren?“ fragte er.

In die gleiche Kerbe hieb auch Gregor Wichert vom ZDF-Justitiariat. Allein für die zentralen Angebote des Zweiten wurden acht Telemedienkonzepte entwickelt: Betroffen sind die Online-Angebote des Hauptprogramms, von „Heute“, Sport, Mediathek, Unternehmen, Theaterkanal, tivi und der Teletext. Über das gesamte Angebot wird nach einer Inhaltsbeschreibung ein „Verweildauerkonzept“ gestülpt, mit maximal erlaubten Präsenzzeiten im Netz, abgeleitet nach Kriterien wie Programmauftrag und publizistische Relevanz. Nachrichten, Magazine und Reportagen dürfen demnach bis zu 12 Monate im Netz bleiben, Bildungsprogramme über Wissenschaft und Technik aber bis zu fünf Jahre. Ein teures Verfahren: für die Jahre 2009 – 2012 rechnet das ZDF nach Wicherts Angaben mit jährlichen Kosten des Drei-Stufen-Tests von 30,7 Millionen Euro.

Kein Wunder, dass NDR-Justitiar Werner Hahn seine bereits beim „Medientreffpunkt Mitteldeutschland“ im Mai geäußerte These bekräftigte, eine „beabsichtigte Nebenwirkung“ des aufwändigen Verfahrens sei wohl, „den öffentlich-rechtlichen Rundfunk zu erdrosseln“. Die Privaten hätten gar kein Interesse an starken Wettbewerbern. Bei den kommenden Drei-Stufen-Tests müsse damit gerechnet werden, dass im Rahmen einer ausufernden Gutachtertätigkeit „wirtschaftlich gewünschte Ergebnisse wissenschaftlich begründet“ würden. Im Kern gehe es um einen Konflikt zwischen den „legalen und legitimen Interessen des Kapitals“ und „solidarfinanziertem Gemeininteresse“.

Auf die Gremien der öffentlich-rechtlichen Rundfunkanstalten, so viel steht fest, kommt in nächster Zeit viel Arbeit zu. Denn es gilt, nicht nur geplante neue Online-Angebote der Sender, sonder auch den gesamten Programmbestand dem Dreistufen-Test zu unterziehen. Dies alles unter den Argusaugen der privaten Konkurrenz, die keine Gelegenheit auslassen dürfte, ihr nicht genehme Entscheidungen anzuprangern.

Den Argwohn vieler Medienexperten, die Rundfunkräte könnten mit dem komplizierten Verfahren überfordert sein, teilt Dieter Dörr, Direktor des Mainzer Medieninstituts, nicht. Die neue Aufgabe sei aber eine „Bewährungsprobe“ für die Gremien. Zugleich biete das Verfahren eine „ungeheure Chance“ für das öffentlich-rechtliche System insgesamt: Der Drei-Stufen-Test könne zur „Schärfung des Programmprofils und des publizistischen Auftrags“ entscheidend beitragen. Zur Erfüllung ihrer Aufgaben benötigten die Gremien allerdings von den Anstalten eine genaue Angebots- und Kostenbeschreibung.

Dörr warnte davor, die während des Verfahrens abgegebenen Stellungnahmen Dritter „als Behinderungen des Verfahrens zu begreifen“. Es gebe eine Tendenz zum „Freund-Feind-Denken“ in den öffentlich-rechtlichen Anstalten: „Sobald man ein einziges Angebot von ARD und ZDF infrage stellt, wird man als Gegner des Systems angesehen.“ Dörr selbst hat soeben im Auftrag des Verbands Privater Rundfunk und Telemedien (VPRT) ein Gutachten zur Ausgestaltung des Drei-Stufen-Tests erstellt. Laut „epd medien“ kommt er darin unter anderem zu dem Urteil, dass der neue Rundfunkstaatsvertrag – entgegen den Vorstellungen der ARD – nur „ausnahmsweise“ eine Verlängerung der Verweildauer für den Abruf öffentlich-rechtlicher Sendungen im Netz vorsieht.

Eine Position, die Claus Grewenig, dem stellvertretenden Geschäftsführer des VPRT, vermutlich nicht unsympathisch ist. Er beklagte in der folgenden Debatte, die bisherigen Erfahrungen mit den freiwilligen Tests bei NDR und MDR hätten die ursprünglichen Befürchtungen der Privaten bestätigt. Grewenig sah „den eigentlichen Kern des Tests, das so genannte Balancing, also das Abgleichen des publizistischen Mehrwerts gegen die marktlichen Auswirkungen“ als „nicht hinreichend erfüllt“ an.

Grewenig bezog sich hier auf die Auseinandersetzung um zwei geplante digitale Internetangebote des MDR-Kinderkanals. Vor allem das Vorschulportal „Kika.ninchen“ sorgte lange vor dem für kommenden Winter geplanten Start für Proteste beim Privatsender Super RTL. Kika.ninchen stelle keinen publizistischen Mehrwert im Sinne des Staatsvertrags dar, weil es sich hier um ein Plagiat des „Toggolino Clubs“ von Super RTL handle. Nun müssen die Gremien des für den KIKA zuständigen MDR entscheiden, ob das neue Angebot zulässig ist.

Prof. Mark D. Cole und Prof. Dieter Dörr

Susanne Pfab, Geschäftsführerin der ARD-Gremienvorsitzendenkonferenz, nahm die Sache sportlich. Sie sieht die plurale Binnenkontrolle der öffentlich-rechtlichen Anstalten durch die Regeln des neuen Staatsvertrags gestärkt und die Gremien aufgewertet. „Sie erhalten echte Gestaltungshoheit, Entscheidungskompetenzen und eine gegenüber der Intendanz deutlich gestärkte Rolle“, sagte Pfab. Von „zahnlosen Tigern, Abnickern und Anstaltsgehilfen“ könne nun nicht länger die Rede sein. Wo die eigenen Kenntnisse nicht ausreichen, werde man sich nicht scheuen, externe Experten zu befragen.

Roland Issen, ver.di-Mann und Mitglied des ZDF-Verwaltungsrats, rechnet damit, dass die Gremien mit gegensätzlichen interessegeleiteten Gutachten konfrontiert werden. Die entscheidende Frage laute jedoch: „Werden die Gremien souverän genug sein, die Verfahren autonom zu entscheiden?“ Furcht vor der neuen Aufgabe beschleicht Issen jedoch nicht. „Wir betreten doch kein absolutes Neuland“, sagte er. Die meisten Räte verfügten über jede Menge Erfahrung in unterschiedlichsten gesellschaftlichen Institutionen. Dem pflichtete auch Christine Bergmann, SPD-Vertreterin im ZDF-Fernsehrat, bei. „Die Gremien und ihre Vertreter sind keine Frischlinge, und wir werden gemeinsam an der neuen Aufgabe wachsen.“

Günter Herkel ■

Uli Röhm (ZDF, ver.di)), Roland Issen(ver.di, ZDF Verwaltungsrat), Christine Bergmann (ZDF Fernsehrat), Susanne Pfab (ARD-Gremienvorsitzenden-Konferenz GVK), Claus Grewenig (VPRT) und Eva Wagner (Mainzer Medieninstitut) in der Schlussrunde

Fair Radio

Wer das Radio einschaltet, glaubt Authentisches zu hören. Mitunter klafft jedoch eine Lücke zwischen Anspruch und Wirklichkeit. Oft wird etwas vorgegaukelt! Die Fair Radio Initiative sammelt Beispiele:

Die Deutsche Bahn AG schickte über den Werbezeitenvermarkter RMS einen Brief mit genauen Angaben an die Sender, wie denn eine positive Bahn-Berichterstattung auszusehen habe, wenn man das Angebot des Vermarkters für die Schaltung von Werbung im Radio annehme. Wie „unsere Mitkämpfer" blogmedien.de auflisten folgte zum Beispiel der Kommerzradiosender Radio Hamburg mit Freude. Ein Moderator schilderte eine Fahrt mit dem Autozug nach Bozen und bedankte sich dann für den tollen Bahn-Service. Ob er eine Bahncard 100 1. Klasse dafür bekommen hat oder gar ein Sender-Zubrot für zukünftige Bahnfahrten ist nicht bekannt.

Das ist leider wahrscheinlich nicht das letzte Beispiel aus einer langen Liste, die Fair Radio bereits den Landesmedienanstalten gemeldet hat. Eigentlich sollten sich Journalisten auch in den Privatradios noch erinnern: Da steht doch tatsächlich diese Forderung nach Trennung zwischen Werbung und redaktionellen Beiträgen in den Landesmediengesetzen. Wie kann es dann aber sein, das offensichtlich Sender tun und lassen können, was sie wollen, ohne große Konsequenzen von den Landesmedienanstalten zu „fürchten"? Könnte es daran liegen, dass die Aufsichtsinstanzen lieber aufs Fernsehen schauen und die Radios, die sie auch kontrollieren sollen, ein bisschen vergessen haben?

Fair Radio hatte viele Fälle von werbenden redaktionellen Beiträgen – mit O-Tönen und genauen Sendeangaben – zur Prüfung an die zuständigen Landesmedienanstalten gemeldet. Es dauerte Monate. Die Reaktion auf eine Nachfrage: Ja doch, man habe tatsächlich die Sender darauf hingewiesen, auf die Richtlinien zu achten und man habe auch zwei bayerische Sender abgemahnt. Genaueres war nicht zu erfahren, weshalb zu vermuten ist: Das alles geschah irgendwie mehr „under cover". Fair Radio Mit-Koordinatorin Sandra Müller hat jetzt eine Initiative gestartet, die alle Landesmedienanstalten aufwecken soll und – wir sind davon überzeugt – aufwecken wird. Alle Anstalten wurden gefragt, wie sie mit Radio-Beschwerden umgehen, wie viele Beschwerden es gegeben hat, wie diese intern bearbeitet werden und welche Konsequenzen denn die Radios von ihnen zu erwarten haben? Erste Antworten sprechen für sich. Mal werden Beschwerden und Rügen für jeden nachlesbar veröffentlicht, dann wieder nur intern an die Sender geschickt, mal gibt es viele Beschwerden von Hörern, dann wieder nicht. Fazit: Es ist dringend an der Zeit, das „Radio-Transparenz" in die Landesmedienanstalten einzieht. *Seiwert-Fauti* ■

Geschichte erleben mit „Hörpol"

Kontra Antisemitismus und Fremdenfeindlichkeit

Wenn Jugendliche mit der deutsch-jüdischen Geschichte konfrontiert werden, geht es meist um schwere Kost: um die Erinnerung an den Holocaust, das Desaster deutscher Politik und die Zerstörung gesellschaftlicher Strukturen zwischen Juden und Nicht-Juden. Ein allzu häufig sehr abstraktes Lernprogramm, das meist nicht an die aktuelle Lebenspraxis junger Menschen anknüpft. Das Anfang Juli gestartete Projekt „Hörpol" in Berlin Mitte versucht, einen sinnlichen Zugang zu vielen Facetten jüdischer Geschichte und Gegenwart zu liefern.

„Hörpol" ist ein „jugendgerechter Videoclip für den Kopf", der an historischen Originalschauplätzen in Berlin-Mitte (Spandauer Vorstadt) „jüdische Geschichte erleben und nachfühlen lässt", beschreibt Projektleiter Hans Ferenz das Unternehmen. Die nicht-kommerzielle Audioführung richtet sich vor allem an Jugendliche ab 14 Jahren, an Schulklassen aller Schultypen ab Klasse Neun. 27 Hörstationen bieten einen Querschnitt über Jüdische Geschichte und Jüdische Kultur, über das Grauen der NS-Zeit und neuen Rechtsradikalismus, aber auch über das Zusammenleben in einer mehr und mehr multikulturellen und multireligiösen Gesellschaft.

So enthält die Hörstation „Du spinnst!" die O-Ton-Geschichte von Coco Schumann, der Auschwitz als Mitglied der Lagerkapelle das Konzentrationslager überlebte. Die eher humorvoll angelegte Station „Fromms" handelt vom Kondomfabrikanten Julius Fromm, dessen, „jüdische Erfindung" den Alltag der Jugendlichen bis heute nachhaltig prägt. Die Stationen kreisen um die Themenfelder Ausgrenzung, Antisemitismus, Fremdenfeindlichkeit früher und heute. Der Zugang erfolgt über das Internet: Stationsplan und Hörstationen der Audioführung stehen als Download zur Verfügung; MP3-taugliche Handys oder MP3-Player dienen als „Audio-Guides".

Unterstützt wird das Projekt von Bundespräsident Horst Köhler, der Jüdischen Gemeinde, der Bundeszentrale für Politische Bildung und vielen anderen. Unter den Sprechern des Projekts tummeln sich Medienpromis wie Rufus Beck, Axel Prahl und Marietta Slomka. *kel* ■

JAV-Praxis II: Ausbildung checken und verbessern

Qualitätssicherung der beruflichen Erstausbildung für Mitglieder der Jugend- und Auszubildenden-Vertretungen der öffentlich-rechtlichen Rundfunkanstalten

Das medien.k.ind in ver.di ist ein Netzwerk von JAVen und jungen Menschen der Medienbranche. Als Spezialisten für Ausbildung und Berufseinstieg organisieren wir mit ver.di Bildung+Beratung Seminare und Veranstaltungen mit medienspezifischer Ausrichtung. Nun wollen wir mit der Qualifizierungsreihe für JAVen weitermachen. Zu unserem kommenden JAV II-Seminar laden wir euch vom 21. bis 25. September aufs Herzlichste nach Naumburg (bei Kassel) ein!

21.09. (12 Uhr) bis 25.09.2009 (14 Uhr)
Seminar Nummer: F08 – 90 92 11
Referenten: Martina Hartung, Berlin; Martin Hausding, Berlin
Ort: Naumburg – Bildungszentrale der ver.di Jugend, Unter den Linden 30, 34311 Naumburg, Telefon: 056 25 99 97 – 0

Freistellung gemäß § 62 i.V.m. § 46 Abs. 6 BPersVG, analog LPersVG
Die Kostenerstattung der Seminargebühr von 690 Euro durch den Arbeitgeber für die Seminarteilnahme regelt § 62 BPersVG, analog LPersVG. Die Rechnung geht mit der Einladung zu und ist vor dem Seminar in voller Höhe zu begleichen. Der Vollpensionspreis beträgt 300,50 Euro (inkl. MwSt.). Diese Kosten sind direkt im Seminarhotel zu bezahlen.

Anmeldeschluss: 10. August 2009
Anmeldung: ver.di Bildung + Beratung gGmbH, Büro Berlin, Köpenicker Str. 31, 10179 Berlin senden oder faxen an: 030 / 26 39 989 – 25
Weitere Informationen:
ver.di Bildung + Beratung gGmbH, Annette Risau, Tel. 030 / 263 99 89 – 14
E-Mail: risau@bb.verdi-bub.de

Foto: Frank Pusch

Als sich die neun Intendanten der ARD am 15. Juni in Bremen trafen, mussten sie ein Spalier Demonstrierender von Radio Bremen und der Bremedia Produktion passieren. Mit gleichförmigen Masken als Zeichen für Identitätsverlust protestierten die Mitarbeiter gegen weitere Programmeinsparungen bei der ARD. Außerdem machten sie mit Blick auf die Verteilung der ARD-Gelder auf die bedrohliche Finanzlage von Radio Bremen aufmerksam.

Tarifkampagne im Endspurt

Weitere Gehaltserhöhungen im öffentlich-rechtlichen Rundfunk

Die mit Beginn des Jahres begonnene Tarifrunde im öffentlich-rechtlichen Rundfunk – begleitet durch eine massive Kampagne mit Warnstreiks und Soliaktionen – geht dem Ende entgegen. Im Westdeutschen Rundfunk (WDR), im Saarländischen Rundfunk (SR), im Mitteldeutschen Rundfunk (MDR), im Deutschlandradio sowie in einigen öffentlich-rechtlichen Tochterfirmen wurden weitere Tarifabschlüsse erzielt (M 03 / 2009, M 04 / 2009). Gleichwohl werden beispielsweise beim Norddeutschen Rundfunk (NDR) noch die Honorare der Freien verhandelt und beim Rundfunk Berlin-Brandenburg (RBB) darüber hinaus ein Tarifvertrag über die Arbeitszeit.

Gegen den heftigen Widerstand der WDR-Geschäftsführung ist es den Gewerkschaften am 4. Juni im neuen Tarifvertrag gelungen, einen Sockelbetrag als soziale Komponente durchzusetzen. Festangestellte erhalten ab 1. Juni 2009 eine Erhöhung der Monatsgehälter um 40 Euro und darauf dann weitere 2,1 %. Ab dem 1. Juni 2010 gibt es eine weitere Erhöhung um 2,2 %. Die Monate Mai und Juni 2009 werden durch eine Einmalzahlung von 250 Euro ausgeglichen. Freie Mitarbeiter bekommen ab 1.Juli 3% mehr und ab 1. Juni 2010 noch einmal 2,2% auf das Mindesthonorar. Darüber hinaus werden am 1. Juli 2009 einmalig 350 Euro gezahlt. Rentner und Auszubildende erhalten ab 1. Juni dieses Jahres linear 3 %, plus 2,2 % am 1. Juni 2010. In gleicher Weise wird auch der Kinderzuschlag erhöht. Der Tarifvertrag läuft bis zum 31.März 2011.

Zeitgleich mit dem WDR gelang im SR ein Gehaltsabschluss. Hier werden die Gehälter zum 1. Juli 2009 um 40 Euro und zusätzlich um 1,7 % erhöht. Am 1. Februar 2010 erfolgt eine weitere Steigerung um 2,5 %. Im Januar 2010 gibt es außerdem eine Einmalzahlung von 360 Euro. Die Rufbereitschaftspauschale wird deutlich überproportional auf 3 Euro pro Stunde erhöht. Die Vergütung für die Auszubildenden wird auf ein einheitliches Niveau angehoben. Als weitere soziale Komponente wird der Familienzuschlag überproportional zum 1. Juli 2009 auf 120 Euro und zum 1. Februar 2010 auf 125 Euro erhöht. Der Tarifvertrag hat eine Laufzeit bis zum 30. April 2011. Die Einigung steht unter dem Vorbehalt, dass für die 12-a-Freien ein Tarifabschluss in mindestens gleicher Höhe vereinbart wird.

Beim MDR wird es rückwirkend zum 1. April 2009 einen zusätzlichen Sockelbetrag von 30 Euro geben. 2010 folgt im Januar eine Einmalzahlung von 300 Euro und eine Erhöhung der Gehälter um 1,5 % ab 1. April. Die Mindesthonorare der 12a-Freien werden um je 4 % zum 1. April 2009 und zum 1. April 2010 erhöht. Zusätzlich gibt es eine Einmalzahlung von 300 Euro im kommenden Januar sowie eine einmalige Auszahlung von 2,3 % zum 1. April auf der Basis des Gesamthonorars 2009. Azubis werden ebenfalls analog der ARD-Regelungen angehoben. Für die Freien gibt es eine Zusage durch den MDR für eine außertarifliche Erhöhung.

Nach langem zähen Ringen ist die Kuh endlich vom Eis, heißt es in einer Tarifinfo des Deutschlandradios. Für die Festangestellten gibt es rückwirkend zum 1. April eine Sockelerhöhung von 40 Euro sowie darauf aufbauend eine lineare Anhebung der Gehälter um 2,3 %. Zum 1. April 2010 folgt eine weitere Erhöhung um 2 %. Die Familienzuschläge werden bis zum 1. April 2010 auf 107 Euro erhöht. Die Laufzeit beträgt 24 Monate bis zum 31. März 2011. Azubis, Volontäre, Trainees, Praktikanten und Ruheständler erhalten zum 1. April 3,2 % mehr Geld und zum 1. April 2010 weitere 2 %. Freie erhalten ab 1. Juli eine Erhöhung aller Tarifhonorare um 3 %, mindestens jedoch 1 Euro je Honorar. Zum 1. April 2010 erfolgt eine weitere Anhebung um 2,2 %. Zum 1. Juli gibt es eine Einmalzahlung von 250 Euro. Gleiches gilt für Mitarbeiter mit Honorarzeitverträgen. Gleichfalls erwarten die Gewerkschaften, dass der DLR zu seiner im April gemachten Zusage steht, für 60jährige Mitarbeiter zusätzliche Altersteilzeitplätze zur Verfügung zu stellen.

Bei der Bremedia Produktion erfolgt eine Tariferhöhung in zwei Stufen: ab Juni 2009 um 1,2 % und ab Februar 2010 um weitere 1 %. Für Mitarbeiter, die seit April 2006 bei der Bremedia neu beschäftigt sind, wird ab Februar kommenden Jahres eine betriebliche Altersversorgung aufgebaut. Zunächst mit einem Zuschuss von 1,4 % und ab Februar 2011 von max. 2 % des Tarifgehalts – ein eher seltener Baustein zur sozialen Sicherung Beschäftigter in der Filmbranche.

Der Tarifabschluss des Bayerischen Rundfunks (M 04 / 2009) wird künftig ebenso wie für die Bayerische Medienakademie und die Rundfunk Betriebstechnik GmbH (RBT) gelten.

Die Geschäftsleitung des NDR hat sich geweigert, die Tarifergebnisse für Festangestellte 1:1 zu übernehmen. Sie kam am 24. Juni unter anderem mit Vorschlägen für die Abschaffung des Online-Zuschlags sowie für unangemessene Honorar-Abzüge zur Finanzierung der bisher geübten Praxis bei Krankengeld und Urlaubstagen. Für die Gewerkschaften war das nicht akzeptabel. Die Verhandlung wurde daraufhin bis Anfang September vertagt. Für die Kollegen der Norddeutschen Kasino Gesellschaft im NDR gibt es ab 1. August 100 Euro und ab 1. Juli 2010 noch einmal 50 Euro mehr. *Karin Wenk* ■

Foto: Bundestag

Bessere soziale Absicherung

Gesetzesänderung – ein Plus für unstetig Beschäftigte

In letzter Minute haben SPD und CDU Änderungen am SGB III im Bundestag durchgebracht, dass kurzfristig Beschäftigten – u. a. im Rundfunk, Film- und Kulturbereich – die Chance gibt, künftig mit sechs Monaten Beschäftigungszeit in zwei Jahren Ansprüche auf ALG1 zu erlangen. Kulturpolitiker, ver.di und die anderen Berufsverbände sehen es nur als ersten Schritt an. Über Kompromisse und die Zukunft gab Angelika Krüger-Leißner Auskunft, filmpolitische Sprecherin der SPD-Bundestagsfraktion und stellvertretende Vorsitzende des Ausschusses Arbeit und Soziales.

M | *Woran hat es gehakt, dass die Neureglung erst so spät kommt?*

ANGELIKA KRÜGER-LEISSNER | Wir mussten die Arbeitsmarkt- und Sozialpolitiker überzeugen, dass dieser Bereich auf Grund der spezifischen Beschäftigungsbedingungen gesondert geregelt werden muss. Erst das Gutachten der Enquetekommission zur Lage der Kultur in Deutschland aus dem Jahre 2005 hat Bewegung in die Diskussion gebracht. Danach wurde ein Jahr mit dem Bundesministerium für Arbeit und Soziales über eine Sonderreglung diskutiert. Das Ministerium hatte Klagen befürchtet, wenn Beschäftigte aus anderen Branchen nicht in den Genuss der Regelung kommen.

M | *Warum keine Verlängerung der Rahmenfrist auf drei Jahre, wie sie vorher galt?*

KRÜGER-LEISSNER | Dieser Vorschlag von Olaf Scholz ist von der CDU/CSU abgelehnt worden. Er hätte mehr gekostet als die jetzige Regelung, hätte aber auch mehr Menschen geholfen. Und er hätte den Vorteil gehabt, dass jetzt eingezogene Gehaltsobergrenzen von jährlich 30.240 Euro und die Beschränkung der Dauer der Beschäftigungsverhältnisse nicht drin wären.

M | *Warum mussten sie gemacht werden?*

KRÜGER-LEISSNER | Das Gesetz ist mitten in die Finanzkrise gekommen. Vor zwei, drei Jahren hätte die Finanzierbarkeit nicht diese große Rolle gespielt und wir hätten den Kreis der Bezugsberechtigten von ALG 1 ausdehnen können. Wir rechnen mit rund 10.000 Menschen, die jetzt in den Genuss des Gesetzes kommen. Diese Eingrenzung war notwendig, um den ersten Schritt gehen zu können.

M | *Vertreter der Beschäftigten hätten sich gewünscht, dass bei der Berechnung der Beschäftigungszeit ein langes Engagement durch zwei kurze hätte ausgeglichen werden können!*

KRÜGER-LEISSNER | Die jetzige Regelung ist ein Kompromiss. Die Kulturpolitiker wollten generell drei Monate Beschäftigungszeit. Dann dachten wir, zwei sind das Mindeste, worauf wir uns mit Olaf Scholz und Peer Steinbrück verständigen sollten. Daraus sind diese überwiegend sechs Wochen geworden. Wichtig ist jetzt, dass die Umsetzung durch die Arbeitsagenturen in unserem Sinne erfolgt. Denn die Formulierung widerspricht dem, was wir anstreben: Unbürokratische und transparente Regelungen.

M | *Können ab sofort Anträge mit Verträgen aus den vergangenen zwei Jahren gestellt werden?*

KRÜGER-LEISSNER | Der Bundesrat hat das Gesetz Anfang Juli vorliegen. Sollte er zustimmen, könnte das Gesetz zum 1. August oder 1. September in Kraft treten.

M | *Wie geht es weiter?*

KRÜGER-LEISSNER | Wir werden auf Beschluss des Haushaltsausschusses die Umsetzung des Gesetzes durch eine Monotoring-Gruppe begleiten, um für die im Gesetz vorgesehene Evaluierung nach drei Jahren eine gute Übersicht zu haben, wo wir nachbessern müssen. Ich wünsche mir, dass ver.di, ohne deren Anstoß das Gesetz nicht zustande gekommen wäre, diesen Prozess weiter engagiert begleitet. Jedes Jahr sollten wir eine Zwischenbilanz ziehen und uns zusammensetzen.

M | *Würden Sie den Beschäftigten raten, weiterhin auf der Führung von Arbeitszeitkonten zu bestehen?*

KRÜGER-LEISSNER | Ich würde mir wünschen, dass diese Verträge geschlossen werden. Denn es bleibt die Möglichkeit, nach einem Jahr Beschäftigungszeit regulär ALG 1 zu beziehen. Der Einzelne muss verhandeln und sich entscheiden, welche Regelung für ihn günstig ist.

M | *Befürchten die Produzenten Belastungen für die Budgets?*

KRÜGER-LEISSNER | Das ist möglich. Aber die Leistung der Filmschaffenden muss angemessen entlohnt werden. Es kann nicht nur darum gehen, Lohnnebenkosten zu senken. Die Arbeit muss so honoriert werden, dass die Menschen davon leben können und zugleich sozial abgesichert sind.

M | *Das fordert zu neuen Visionen zur sozialen Absicherung auf?*

KRÜGER-LEISSNER | Gott sie Dank haben ein paar Visionäre Ideen, um das Sozialsystem auf die veränderten Arbeitsbedingungen besser auszurichten. Das muss in den kommenden Jahren passieren, weil die Zahl der Menschen in kurzfristigen Beschäftigungsverhältnissen enorm gestiegen ist. 260.000 Menschen, die sich in den ersten fünf Monaten 2009 arbeitslos gemeldet haben, sind gleich in Hartz IV abgerutscht, weil sie keinen Arbeitslosengeldanspruch geltend machen konnten. Darunter sind viele, die typischerweise kurz befristet beschäftigt sind.

M | *Im Moment sieht es nach einer neuen Runde der Novellierung des FFG aus. Wie hoch ist die Chance, soziale Standards darin festzuschreiben?*

KRÜGER-LEISSNER | Wir sind bei der Novellierung zum 1. Januar 2009 den Schritt gegangen, nicht nur die Interessen der Filmwirtschaft, sondern auch der Beschäftigten in § 1 festzuschreiben. Natürlich werden wir nach Möglichkeiten suchen, die Einhaltung sozialer Standards noch Bindender zu gestalten. Aber wir müssen aufpassen, weil das Gesetz in Brüssel angeschaut wird.

Das Gespräch führte Katharina Dockhorn ■

Drastische Reaktion auf Umsatzeinbußen

Weltbild-Filialkette entlässt 20 Prozent des Personals

Foto: Werner Bachmeier

Bei der Verlagsgruppe Weltbild – in den vergangenen Monaten wegen auf Eis gelegter Verkaufsabsichten, dem Abstoßen des Zeitschriftensegments und erklärten „Restrukturierungen" in den Schlagzeilen – wird es immer schwieriger, per Unternehmensgrundsatz „christliche Weltanschauung mit den Erfordernissen des Marktes überzeugend in Einklang zu bringen". Die „innovative Kraft im Buch- und Medienhandel" mit Filialen, Versand- und Online-Buchhandel und europaweit 7.400 Mitarbeitern, die im letzten Geschäftsjahr bis Mitte 2008 rund 1,94 Mrd. Euro Umsatz erwirtschaftete, kämpft mit Umsatzeinbußen. „Allein im Kataloggeschäft gibt es offenbar ein Minus von zehn Prozent", hatte Betriebsratsvorsitzender Peter Fitz schon im Februar dem Börsenblatt berichtet. Die Konzentration auf das „Kerngeschäft" werde laut Management aktuell mit der Fusion von „klassischem Versand- und Onlinehandel zu einem neuen Geschäftsmodell" vorangetrieben. Organisation und sämtliche Abläufe stünden intern auf dem Prüfstand.

Im Augsburger Stammhaus konnte für die Beschäftigten ein Sozialplan abgeschlossen werden. In den vergangenen fünf Monaten, so die stellv. Betriebsratsvorsitzende Visnja Bernhard, gab es 17 betriebsbedingte Kündigungen im Produktionsbereich sowie sieben Entlassungen in der Abteilung Sammlereditionen und zwei weitere in der Buchherstellung. Darüber hinaus mussten Beschäftigte Versetzungen und Abgruppierungen hinnehmen: „Die Durchleuchtung nach Sparpotenzial geht weiter." Lediglich Neue Medien und der IT-Bereich sind dem Vernehmen nach ausgenommen.

Radikaler das Vorgehen im stationären Buchhandelsgeschäft: Bei Weltbild Plus – einer Tochter der im Joint Venture mit Hugendubel gegründeten Münchener DBH Buch Handels GmbH & CO. KG, die bundesweit 258 Filialen mit 1571 Stellen betreibt – soll das Personal um 20 Prozent reduziert werden. 322 Stellen entfallen. Der Personalabbau erfolge „unter bestmöglicher Berücksichtigung der persönlichen Umstände und wird durch freiwillige Abfindungszahlen sozial abgefedert", hieß es aus der betriebsratslosen Weltbild Plus Medienvertriebs GmbH, die offenbar schon länger rote Zahlen schreibt.

Auch mit drastischen Stundenkürzungen für Vollzeitkräfte will man auf Umsatzverlagerungen ins Internet reagieren und ein stärker „selbstbedienungsorientiertes Konzept" der Läden durchsetzen. ver.di sagt fachbereichsübergreifend den Kampf an. Gemeinsame Streikaktionen mit Druckbereich und Einzelhandel gab es Ende Mai in Augsburg (s. Foto). Protestiert wurde dort auch gegen die Arbeitgeberblockade bei den Entgelt- und Manteltarifverhandlungen im bayerischen Buchhandel.

Helma Nehrlich ■

Tarifabschluss im Buchhandel

Der Börsenverein des Deutschen Buchhandels Baden-Württemberg und ver.di haben im Mai – bereits nach der ersten Verhandlungsrunde – eine Einigung über einen neuen Entgelttarifvertrag im herstellenden Buchhandel erreicht. Die Beschäftigten der Zeitschriften- und Buchverlage erhalten ab 1. Mai 2009 rückwirkend 1,9 % mehr Gehalt, mindestens aber 50 Euro im Monat mehr. Für die Verlagsangestellten bis zur Tarifgruppe IV im 4. Tätigkeitsjahr bedeutet dieser Mindestbetrag eine Erhöhung von mehr als 1,9 % bis auf über 3 %. Zusätzlich erhalten die Beschäftigten eine Einmalzahlung von 140 Euro, die mit dem Juli-Gehalt 2009 ausgezahlt wird. Die Vergütungen für die Auszubildenden steigen ebenfalls zum 1. Mai um 1,9 % plus einen Einmalbetrag von 50 Euro. Die Laufzeit des Tarifvertrags endet am 31. Juli 2010. Die ver.di-Tarifkommission hat dem Verhandlungsergebnis einstimmig zugestimmt. *Red.* ■

Anzeige

Foto: Günter Zint

Auf die Straße für unabhängigen Journalismus!

Fuldaer Zeitung ohne Bodenhaftung

Vor dem Verlagshaus der *Fuldaer Zeitung* protestierten am 26. Mai Beschäftigte gegen einseitige Berichterstattung und miese Bezahlung. Die DGB-Aktion, die sich reger Teilnahme erfreute, sorgte für Aufsehen in Fulda und fand große Resonanz in diversen Fernsehbeiträgen und Internetforen. Nur die *Fuldaer Zeitung* berichtete nicht darüber. Die Tore zum Verlagsgebäude wurden geschlossen. Redakteure und Fotografen waren für den Rest des Tages aus- bzw. eingeschlossen.

Seit 1974 ist die *Fuldaer Zeitung* das einzige abonnentenfinanzierte Printmedium in der Region Osthessen. Diese Monopolstellung nutzt das Blatt einseitig für ihre Profitinteressen aus. Im Verlagshaus Parzeller herrschen zunehmend arbeitnehmerfeindliche Zustände, die sich durch Tarifflucht, Outsourcing und Lohndumping bemerkbar machen. Gesteuert wird das alles durch eine Unternehmensführung, deren Aktionen im krassen Gegensatz zur gelebten katholischen Soziallehre des Begründers der *Fuldaer Zeitung* (Johannes Parzeller) stehen. Seit 2005 fühlt sich die Unternehmensführung nicht mehr an die Tarifverträge des BDZV gebunden, gleichzeitig stiegen aber die Arbeitsanforderungen an die Mitarbeiter. Im redaktionellen Teil macht sich eine einseitige Berichterstattung zu Gunsten unternehmerfreundlicher Politik bemerkbar. Was nicht zuletzt durch eine Medienpartnerschaft mit der Initiative Neue Soziale Marktwirtschaft dokumentiert wird. Bürgerinitiativen und Gewerkschaften bekommen sehr wenig Raum. *Günter Zint* ■

Lokal ausgedünnt

WAZ: 300 Stellen bisher sozialverträglich abgebaut

Mit der Unterschrift unter den Sozialplan durch die Geschäftsleitung Ende April haben die Betriebsräte der vier Zeitungstitel der WAZ-Mediengruppe in NRW ein wichtiges Ziel ihrer Strategie erreicht. Der Personalabbau der etwa 300 Redakteursstellen bei der *Westdeutschen Allgemeinen Zeitung* / WAZ), *Neue Ruhr* / *Neue Rhein Zeitung (NRZ)*, *Westfälische Rundschau (WR)* und *Westfalenpost (WP)* wird sozialverträglich über die Bühne gehen.

Was allerdings immer noch aussteht, ist ein klares Bekenntnis der Geschäftsleitung, dass dies auch ohne betriebsbedingte Kündigungen funktionieren wird. Etwa 25 Stellen, so die Information des Dortmunder ver.di-Sekretärs Norbert Szepan, müssen nach den Vorgaben der Unternehmensberatung Schickler noch eingespart werden.

Das früher noch engmaschige Netz miteinander konkurrierender Lokalredaktionen wird weiter systematisch ausgedünnt. So schließen zum Beispiel zum 1. Juli trotz entschiedener Bürger- und Politikerproteste die Lokalredaktionen der *Westfalenpost* in Soest und in Werl. Die *Westfalenpost* verschwindet dort ganz vom Markt und überlässt das Gebiet der Konkurrenz. In anderen Orten wie Ennepe-Süd oder Olpe sorgen neu geschaffene Gemeinschaftsredaktionen jetzt für die lokale publizistische Versorgung. Der von ihnen produzierte Lokalteil erscheint inhaltsgleich sowohl mit dem Mantel der *Rundschau* als auch dem der *Westfalenpost*.

Meldungen, die behauptet hatten, die *WAZ* habe vor, sich auch noch fast komplett aus dem Kreis Recklinghausen zurückzuziehen, wurden einstweilen von Chefredakteur Ulrich Reitz auf einer gemeinsamen Betriebsversammlung von *WAZ* und *NRZ* in Essen als „Gerücht" dementiert. Die Mantelredaktionen der vier Zeitungen haben einen zum Teil drastischen Personalabbau hinnehmen müssen, so ist nach Angaben des Betriebsrates die Mantelredaktion der *WR* um 60 Prozent verringert worden. Für die achtzig Kolleginnen und Kollegen, die von den Redaktionen der *WAZ*, der *NRZ* und der *WR* in die neue gegründete GmbH für den zentralen Content-Desk für den Mantel dieser Titel in Essen gewechselt sind, konnten die Betriebsräte in den neu zu unterschreibenden Arbeitsverträgen eine Tarifbindung an die Gehalts- und Manteltarifverträge an Tageszeitungen erreichen. Eine Besitzstandwahrung nach § 613 a BGB konnte für die etwa noch 30 im Verlag verbliebenen festangestellten Fotografen von *NRZ* und *WAZ*, die zur Tochtergesellschaft WAZ New Media wechseln mussten, mit der Geschäftsleitung vereinbart werden. Zudem schreibt eine Betriebsvereinbarung fest, dass die Betriebsräte, die innerhalb der WAZ-Mediengruppe den Arbeitgeber gewechselt haben, bis zu den nächsten Betriebsratswahlen 2010 mit ihren alten Zuständigkeiten im Amt bleiben können.

Mitte Juni ist es erstmals zu einer Demonstration vor der Essener Zentrale des WAZ-Konzerns in der Friedrichstraße gekommen. Aufgerufen vom ver.di-Bezirk Essen haben etwa 60 Beschäftigte der Medienservicegesellschaft (MSG) dort für den Erhalt ihrer Arbeitsplätze demonstriert. Nach bislang noch unbestätigten Informationen sollen von den jetzt noch 44 bestehenden Leserläden nur noch 27 übrig bleiben. Sie sollen durch ein Shop-in-Shop-System ersetzt werden, das in den Filialen des Großbäckers Kamps realisiert werden soll. *Frank Biermann* ■

Mehr Info: www.medienmoral-nrw.de

Hamburg: Redakteure sofort freigestellt

Zunächst war von 26, später sogar von 32 Redakteuren beim *Hamburger Abendblatt* im Springer-Konzern die Rede, die ihren Arbeitsplatz verlieren sollen. Chefredakteur Claus Strunz soll sich zudem ihnen gegenüber im Ton vergriffen haben. Entsetzt reagierte der Betriebsrat auf seine Äußerung, der Trainer der Mannschaft sei er, und als Trainer sei er verantwortlich für die Aufstellung seines Kaders, was wiederum heiße, dass nur diejenigen Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter künftig beim multimedialen Zukunftsprojekt 3.0 mitspielen dürften, die er für geeignet halte. Die Betroffenen wurden sofort freigestellt. Hier scheint es sich um ein Auswechseln von Teilen der Mannschaft zu handeln: Angekündigt wurden auch Neueinstellungen. Unter Zukunftsprojekt oder Abendblatt 3.0 ist die neue Online-Strategie von Strunz zu verstehen. Die Internetseite des *Hamburger Abendblattes* wurde bereits komplett umgebaut, die Redakteure sind angehalten, zunächst den Online-Auftritt mit Inhalten zu bedienen. Noch in diesem Jahr soll die Printausgabe einen Relaunch erfahren.

Arbeitsplätze sollen auch bei der Verlagsgruppe Handelsblatt in Düsseldorf abgebaut werden. Ende Juni wurde den Beschäftigten der Verlagsgruppe (*Handelsblatt, Wirtschaftswoche*) auf einer Betriebsversammlung eröffnet, dass 150 Stellen gestrichen werden sollen. Nach Medienberichten sollen in den Redaktionen rund 20 Arbeitsplätze wegfallen. Verantwortlich für die Bewältigung von Krise und Anzeigenverlusten zeichnet hier seit dem 1. Juni Dieter von Holtzbrinck. Er hatte die Verlagsgruppe Handelsblatt und die Berliner Tagespiegel-Gruppe zu je 100 Prozent sowie eine 50 %ige Beteiligung am Hamburger Zeit-Verlag erworben. *sil* ■

Manteltarif gekündigt

Der Verband der Deutschen Zeitschriftenverleger (VDZ) hat am 29. Juni den Manteltarifvertrag für Zeitschriftenredaktionen gegenüber DJV und dju in ver.di zum Jahresende gekündigt. Ziel sei es, „Urlaubsgeld und Jahresleistung nachhaltig“ sowie die tarifliche Arbeitszeit zu verändern. Außerdem sollen die Arbeitgeberbeiträge zur Presseversorgung nach dem bisher nicht gekündigten Altersversorgungstarifvertrag gekürzt werden, erklärte der VDZ. Die Kündigung kommt für die dju nicht unerwartet. „Überraschend und bedrohlich ist allerdings der Umfang der Verleger-Forderungen. Neben den Kürzungen monetärer Leistungen soll offensichtlich nun auch die Arbeitszeit verlängert werden. Das wird in letzter Konsequenz zu Jobverlusten führen. Außerdem wird die Presseversorgung als wichtige Brancheninstitution destabilisiert“, erklärt ver.di-Tarifsekretär Matthias von Fintel. Die Verhandlungen über den Manteltarif sollen am 18. September beginnen. *Red.* ■

Schon entdeckt?

Engagierte Medien abseits des Mainstreams sind hochinteressant, aber wenig bekannt. Deshalb stellt M mit dieser Rubrik in jedem Heft eines davon vor.

Respekt!

Vor vier Jahren verwandelte der Lesben- und Schwulenverband in Deutschland (LSVD) seinen Mitgliederrundbrief in eine dreimal jährlich erscheinende Zeitschrift für Lesben- und Schwulenpolitik. „respekt! hat einen komplett anderen Ansatz als andere Lesben- und Schwulenzeitungen“, schätzt Chefredakteurin und Verbandspressesprecherin Renate H. Rampf ein, „ohne Lifestyle, Sex und Kochrezepte. Wir besetzen mit politischer Berichterstattung ein eigenes Segment.“ Rechtspolitik, Gleichstellungsprobleme, soziale Projekte und Internationales werden auf 28 Seiten unter dem Blickwinkel lesbischer und schwuler Lebenswelten behandelt. „Wir verstehen uns als Trendsetter. Oft werden hier politische Forderungen, Projekt- und Kampagenideen das erste Mal ausgesprochen.“

Im Titel der Ausgabe April 09 geht es um die immer wieder eingeforderte Ergänzung des Gleichheitsartikels 3 im Grundgesetz, wonach Benachteiligungen wegen der sexuellen Identität auszuschließen sind, was auch ver.di unterstützt. Unter der Rubrik „Politik“ legt der LSVD Wahlprüfsteine vor. Es wird über den ersten Jahrestag des Denkmals für die vom Nationalsozialismus verfolgten Homosexuellen berichtet. Unter „initiativen“ wird mit „10 Jahre Lesben im LSVD“ an die Verbandserweiterung erinnert. Großer Wert wird auf Meinung, Analyse und Dokumentation gelegt. Im aktuellen Heft berichten Regenbogenfamilien – Mütter und Väter der Initiative lesbischer und schwuler Eltern – über ihren Alltag mit Kindern. Regelmäßig werden mit Tabellen und Statistiken Defizite rechtlicher Gleichstellung verdeutlicht.

Alle Texte sind professionell aufbereitet und auch für nicht der „Community“ Angehörende lesenswert. Abgeordnete des Bundestages und Multiplikatoren informieren sich im Blatt, das eine Auflage von 6.000 erreicht – davon geht mehr als die Hälfte direkt an Abonnenten. Redaktionsteam und Beirat achten auf eine ausgewogene Mischung von Autorinnen und Autoren, beziehen Anregungen von Mitgliedern ein. Auch Prominente wie Justizministerin Brigitte Zypris oder Wissenschaftler wie der Direktor des Deutschen Institutes für Menschenrechte Prof. Dr. Heiner Bielefeldt schreiben für respekt!.

„Nach wie vor, ist die Situation von Lesben und Schwulen gefährdet, gibt es Strömungen gegen die Gleichstellung von Homosexuellen“, schätzt die Chefredakteurin ein. Gefährdungspotenzialen mit neuen Argumentationen und einem innovativen Ansatz im Blatt zu begegnen, reizt die 50jährige studierte Philosophin, die 2003 zum LSVD kam. Dabei sind die schwierigen in respekt! behandelten Themen anspruchsvoll aufgemacht, das Layout locker und gleichzeitig von gestalterischer Konsequenz. „Farbe allerdings können wir uns nur auf den Umschlagseiten leisten“, bedauert Rampf. Das durch Mitgliedsbeiträge finanzierte Blatt hat bislang nur Werbeeinkünfte aus der Community oder etwa Tauschanzeigen der taz. „Wir sind auch offen für andere Kunden und Unternehmen, aber die Politik bleibt unser Kerngeschäft.“

www.lsvd.de *Bettina Erdmann* ■

Eine Frage der Ehre

Jugendmedientage in Hannover zur Ethik in den Medien

Für die Jugendpresse Deutschland steht das ganze Jahr 2009 im Zeichen der Ethik. Bei den Jugendmedientagen (JMT) vom 11. bis 14. Juni in Hannover, die sich an die jungen Medienmacher zwischen 16 und 25 Jahren richteten, hieß das Thema folglich „Ethik in den Medien – Eine Frage der Ehre". Diese Frage diskutierten rund 500 junge Leute rund um die Expo-Plaza, betreut von einer guten Hundertschaft in den Team-T-Shirts.

Als die jungen Leute ab Mittag des ersten JMT-Tages in Gruppen auf der Expo-Plaza an der Hannover-Messe eintrafen, fegte ein kalter Wind durch das nur von oben schützende Zelt mit dem Anmeldungsstand. Sprühregen wechselte mit Regengüssen und schließlich zogen alle, die Leute vom Team am Counter und die Wartenden, mit blaugefrorenen Lippen zum Einchecken in das Gebäude der Fachhochschule Hannover, in der die wettergeschützte Medien-Messe samt dju-Infostand platziert war. Die abendliche Eröffnungsdiskussion musste dennoch im Freien stattfinden. Passend zur Lippenfarbe waren dann auch die an das Publikum und die Podiumsteilnehmer verteilten blauen Decken, damit das Zähneklappern der oben und unten Sitzenden nicht die Beiträge übertönt.

Thomas Krüger, Präsident der Bundeszentrale für politische Bildung und seit Beginn der Jugendmedientage 2003 in Schwerin Partner der Jugendpresse, nannte es gerade vor dem Hintergrund einer Krise der Medien wichtig, dass sich junge Leute mit den ethischen Grenzen in den Medien beschäftigen, „damit sie unkorrumpierbar bleiben". „Setzt Euch an die Spitze der Debatte und rennt ihr nicht hinterher. Im Zweifel könnt Ihr Euch auf die Patentante Bundeszentrale immer verlassen, mit Rat und Tat und auch mit Kohle."

Dass sich diese jungen Menschen über ethische Verstöße oder Grenzgänge in den Medien richtig empören können, zeigten die Reaktionen in einigen der Podiumsdiskussionen, Erzählcafés, Workshops und Symposien der vier Tage. So hielten viele den Deutschen Presserat für einen „zu zahnlosen Tiger". Den Hinweisen zur Pressefreiheit, zur bevorzugten Selbstkontrolle statt Pressezensur und staatlicher Ahndung, der Betonung der Peinlichkeit für die Redaktionen und ihres Abwehrkampfs gegen Rügen, die auch bei *Bild* deutlich zu spüren sei, begegneten viele nur mit ungläubigem Gemurmel. Der Pressekodex, nicht gesetzliche Regulierung, müsse die Basis des professionellen Medienmachens sein, forderte auch Professor Michael Haller in seinem Eröffnungsreferat und spielte verschiedene Situationen als skrupelloser oder verantwortungsvoller Journalist nach dem Schema „good cop, bad cop" durch.

Respektlos für die Auflage

Der geballten Kritik des Publikums sah sich besonders Volker Lensch, Leiter der Bildredaktion des *Sterns*, im dem für die generelle Diskussion exemplarischen Symposium über die „Macht der Bilder" ausgesetzt. Das Magazin hatte in der JMT-Woche Titelblatt und -geschichte mit Fotos der deutschen Toten aus dem über dem Atlantik abgestürzten französischen Flugzeug aufgemacht. „Finden Sie das ethisch richtig? Ich würde das in meinem Fall nicht wollen." Lensch antwortete, er auch nicht, aber man müsse trennen zwischen Privatem und Beruf. Auch musste er zugeben, dass nicht von allen Hinterbliebenen ein Einverständnis für die Veröffentlichung vorgelegen habe. Doch dies sei Recherche und „unsere Leser erwarten das von uns." „Respektlos" und „Ihr habt es Euch einfach gemacht, um Eure Auflage zu steigern", schallte es ihm von den Rängen des Hörsaals entgegen. Rolf Nobel, Professor für Fotografie in Hannover und damit quasi Hausherr der Diskussionsrunde, stimmte dem *Stern*-Bildchef zu, dass der Bericht über das Unglück journalistische Pflicht sei, die Personifizierung jedoch problematisch. Mark-Oliver Multhaupt, bisher Chefredakteur der AP Bilderdienste in Mitteleuropa und nun Geschäftsführer der WAZ New Media und deren neuer Bildredaktion, sprang Lensch bei und fragte, wer sich denn als moralischer Richter aufspielen wolle, wenn die Leser das Blatt doch kauften. Die Antwort von den Rängen kam prompt: „Kriegen die Leute solche Fotos, weil sie es wollen, oder wollen sie das irgendwann, weil sie nichts anderes mehr kriegen?" Ob sie denn im Verlauf ihrer Berufstätigkeit ihre Ideale so verloren hätten, wurden die beiden Bildchefs gefragt. Multhaupt brummelte unwirsch: „Sie können ja alles besser machen. Schaffen Sie doch ein ideales Produkt. Ich kaufe es." Aber nach so vielen Jahren im Mediengeschäft wisse er eben, dass es ein Geschäft sei.

„Zurück in die Zukunft" hatte die Jugendpresse ihre Abschlussveranstaltung betitelt, in der Carsten Winter, Hannoveraner Professor für Medien- und Musikmanagement über die historischen medialen Grenzverschiebungen sprach, von den „Menschmedien" der Schauspieler und Prediger zu den Flugblättern der Reformationszeit, den regelmäßig erscheinenden Zeitungen ab dem 17. Jahrhundert bis hin zu Radio und Fernsehen. Mit den digitalen Medien habe erneut eine Epoche der Grenzverschiebung begonnen. „Wir haben erstmals einen echten Paradigmenwechsel von einer Push- zu einer Pull-Kultur, es entsteht eine On-Demand-Kultur." Der Journalist sei nicht mehr der „Gatekeeper" der Informationen, die sich die Nutzer selbst beschafften, sondern werde zum „Gatewatcher". Die interpretative, einordnende Rolle des Journalismus werde wichtiger. „Mit einer neuen Definition der journalistischen Rolle verschieben sich auch die Grenzen der Medienethik", behauptete Winter. Wohin, ließ er offen.

Susanne Stracke-Neumann ■

Foto: Susanne Stracke-Neumann

ver.di Fotowettbewerb: Geschlechter-Rollen-Bilder

Einsendeschluss: 30. September 2009

Wann ist ein Mann ein Mann? Und was ist eigentlich mit der Frau? Und wie passen beide zusammen? Diese Fragen will der ver.di-Fotowettbewerb visuell beantworten. Gesucht werden Motive, die Paarbeziehungen aussagekräftig darstellen – im negativen wie im positiven Sinne, egalitär oder hierarchisch, im Haushalt, im öffentlichen Leben oder am Arbeitsplatz. Prämiert werden die besten drei Fotos oder Serien von einer Jury aus professionellen Fotografen und Gender-Expertinnen, sowie ver.di-Vertreterinnen.

Preisgelder: 1. Platz: 1.500 €, 2. Platz: 1.000 €, 3. Platz: 500 €.

Preisverleihung: 19. Oktober 2009

Ausstellung / Veröffentlichung: Die besten 50 Fotos werden vom 19. bis 23. Oktober in der ver.di-Bundesverwaltung in Berlin ausgestellt, die besten zwölf in einem ver.di-Jahreskalender veröffentlicht

Schirmherrschaft: Margret Mönig-Raane, Stellvertretende ver.di-Vorsitzende

Information: ver.di, Bereich Genderpolitik, Heike Werner, Matthias Lindner, Paula Thiede Ufer 10, 10179 Berlin, Fon: 030 / 69 56 11 73

E-Mail: fotowettbewerb@verdi.de, **Internet:** www.fotowettbewerb-verdi.de

Europäische Charta für Pressefreiheit

Eine „Europäische Charta für Pressefreiheit“ haben 46 Chefredakteure und leitende Journalisten aus 19 Ländern am 25. Mai in Hamburg verabschiedet. Sie formuliert „Grundsätze für die Freiheit der Medien gegenüber staatlichen Eingriffen, insbesondere für den Schutz vor Überwachungen, Lauschaktionen und Durchsuchungen von Redaktionen und Computern sowie für den freien Zugang von Journalisten und Bürgern zu allen in- und ausländischen Informationsquellen“. Die Charta soll bei der EU-Kommission in Brüssel notifiziert werden, „um ihr in der Gemeinschaft Geltung zu verschaffen und ihre Anerkennung zur Bedingung bei den EU-Erweiterungsverhandlungen zu machen“, heißt es in einer offiziellen Mitteilung der Initiatoren. „Journalisten in allen Teilen Europas sollen sich bei Konflikten mit dem Staat und staatlich beeinflussten Institutionen darauf berufen und Unterstützung ihrer ausländischen Kollegen einfordern können.“

An der Hamburger Konferenz, die von den Verlagen Gruner + Jahr und Axel Springer gemeinsam unterstützt wurde, nahmen auch Journalisten aus Nicht-EU-Ländern teil, darunter aus Russland, Weißrussland, Serbien und der Türkei. Die Initiative für die Charta ging von dem Stern-Journalisten Hans-Ulrich Jörges aus. Die Charta kann im Internet unter www.pressfreedom.eu von weiteren europäischen Journalisten und Medien unterzeichnet werden. *Red.* ■

Forderungen für Selbstständige

Insbesondere Sozial(versicherungs-)fragen brennen den Selbstständigen auf den Nägeln. Überall werden Selbstständige von Gesetzen als „Sonderfall“ behandelt und von Sozialgesetzen ausgenommen, während die abhängige Beschäftigung als Regelfall gilt. Dahinter steht die Vorstellung, dass Selbstständige in aller Regel gut genug gestellt sind, um selbst und alleine für Alter, Krankheit, den Pflegefall und Auftragslosigkeit vorzusorgen. Wenn dies überhaupt jemals gestimmt hat, so ist es heute ganz sicher nicht mehr wahr. Das ver.di-Referat und die Bundeskommission Selbstständige haben deshalb Forderungen an die Politik erarbeitet. Die Forderungen sind redaktionell zusammengefasst unter: http://freie.verdi.de/soziale_sicherung/

Dazu gibt es eine Pdf-Datei mit Statistiken und Hinweisen auf Paragraphen, Verwaltungsanordnungen und Gerichtsurteile.

Es ist Wahljahr – bitte nehmt diese Forderungen zur Hand, befragt Eure Bundestagskandidatinnen oder -kandidaten danach, wie sie dazu stehen, und klopft die Wahlprogramme der Parteien auf unsere Forderungen hin ab.

Kaum Verbesserungen beim Krankengeld

BERLIN. Als „allenfalls halbherziges Ausbügeln einer groben sozialpolitischen Fehlentscheidung“ bezeichnete der stellvertretende ver.di-Vorsitzende Frank Werneke das, was in der Nacht zum 19. Juni im Bundestag zum Krankengeld beschlossen wurde. Heraus kam wie erwartet, dass es im „Gesetz zur Änderung des Arzneimittelgesetzes und anderer Vorschriften“ gegenüber der bis Ende 2008 geltenden Regelung bei einer Krankengeld-Verschlechterung für freiwillig gesetzlich Versicherte und kurzfristig Beschäftigte bleibt. Krankengeld als Regelleistung der gesetzlichen Krankenversicherung soll es für die genannte Gruppe aufgrund der intensiven Interventionen der Gewerkschaften ver.di und DJV in Zukunft zwar wieder geben – jedoch erst ab der 7. Krankheitswoche.

RTL baut Stellen ab

KÖLN. RTL will in den Programmbereichen Fiction und Sitcom bis Jahresende knapp 20 Arbeitsplätze streichen. Die redaktionellen Aufgaben sollen in Zukunft von der Bereichsleitung wahrgenommen werden. „Wir können diesen Schritt nicht nachvollziehen und bedauern den erneuten Verlust von Arbeitsplätzen“, zitiert epd aus einer internen Stellungnahme des RTL-Betriebsrates. Die Maßnahme betreffe hauptsächlich langjährige Kolleginnen und Kollegen, die das Programmangebot der RTL-Unterhaltung geprägt und jahrelang belgleitet hätten. Der Betriebsrat habe eine Arbeitsgruppe gebildet, die in Gesprächen mit der Geschäftsleitung versuchen werde so viele Arbeitsplätze wie möglich zu erhalten.

Bauer Vertrieb einig mit Presse-Grosso

KÖLN / HAMBURG. Die Bauer Vertriebs KG und der Bundesverband Presse-Grosso haben nach intensiven Gesprächen rückwirkend zum 1. März 2009 eine neue Zeitschriften-Handelsspannen-Tabelle mit Leistungskatalog sowie Ergänzungen- und Nebenpunkten vereinbart. Der Presse-Grosso hatte diese Konditionen und Leistungen Anfang des Jahres bereits mit allen anderen Zeitschriftenverlagen abgeschlossen (M 4 / 2009). Für die Vertriebsräume Stade, Elmshorn und Kiel steht eine Konsenslösung aus. ■

Bestes Ergebnis für die VG Wort

Nachzahlung sorgt für „Rekordjahr 2008“

Ausschüttungsquoten 2009 für 2008 in Euro (= Vorjahr)

Pressespiegel: Sockel 80,00 (80,00) / Punktewert 5,20 (4,60) / E-Pressespiegel 2,20 (2,50)
Presse Repro: Punktewert 8,20 (7,00)
Beiträge Wissenschaft: pro Normseite 3,00 (2,50)
Bibliothekstantieme: mindestens 73,05 (58,19)
Hörfunk: Punktewert 1,80 (3,00)
Fernsehen: Punktewert 0,55 (0,90)

Entgegen der befürchteten „Durststrecke“ hat die Verwertungsgesellschaft Wort ein „Rekordjahr 2008“ erreicht. Die Erlöse aus der Wahrnehmung von Urheberrecht stiegen von rund 89 Mio. Euro in 2007 auf knapp 118 Mio. Euro – das bisher beste Ergebnis.

Allerdings beruht diese Steigerung im Wesentlichen auf einer Nachzahlung der Geräteindustrie in Höhe von 32 Millionen Euro für Multifunktionsgeräte für die Jahre 1996 bis 2001. Hier bejahte der Bundesgerichtshof eine Vergütungspflicht in voller Höhe, während er diese für Drucker (M 1–2/2008), CD-Kopierstationen und PCs verneinte. Gegen diese Urteile hat die VG Wort Verfassungsbeschwerde eingelegt, die Industrie gegen das für Multifunktionsgeräte. Deshalb fließt auch nur rund ein Drittel der Nachzahlung in die aktuelle Ausschüttung.

Insgesamt stiegen die Einnahmen aus den Reprografie-Geräteabgaben von knapp 30 auf mehr als 60 Millionen Euro, wobei die Erlöse für Scanner und Faxgeräte rückläufig sind. Stark gesunken sind auch die Einnahmen aus der Brennerabgabe, da es nach Inkrafttreten der Neuregelungen zur Kopiergerätevergütung durch den „Zweiten Korb“ der Urheberrechtsreform am 1. Januar 2008 bisher keine Einigung mit der Industrie für CD- und DVD-Brenner wie auch nicht für PCs gibt.

Diese wird aber für die nächste Zeit erwartet, sagte Robert Staats, geschäftsführendes Vorstandsmitglied, auf den Versammlungen der Wahrnehmungsberechtigten und Mitglieder der VG Wort am 22. und 23. Mai in München. Abgeschlossen wurde Ende 2008 bereits ein Vertrag für die Reprografie-Geräteabgaben (M 1–2/2009). Da die Nachzahlungen in diesem Jahr fließen, erwartet sein kaufmännisches Vorstandspendant Rainer Just: „2009 wird ein weiteres Rekordjahr werden.“

Leichtes Plus für Pressespiegel

Die Ausschüttungen an Journalisten, Autoren und Verlage im Juni 2009 werden insgesamt höher sein als im Vorjahr. Weniger ist es im Bereich Hörfunk und Fernsehen wegen sinkender Einnahmen aus der Brennervergütung und der Kabelweitersendung (–1,8 Mio. Euro). Hingegen stieg die Bibliothekstantieme durch einen neuen Vertrag um 3 Millionen Euro. Erstmals ein leichtes Plus gab es wieder bei der Pressespiegelvergütung (3,85 Mio. Euro) durch die elektronischen Pressespiegel.

Zuschüsse für Altersvorsorge

Die Zuwächse bei der Bibliothekstantieme und im Presse-Repro stärken auch das Fundament für die Wiederöffnung des Autorenversorgungswerks der VG Wort, das Ende 1995 aus finanziellen Gründen für Neuzugänge geschlossen wurde. Ab 2011 wird das AVW wieder Zuschüsse zur Altersvorsorge für freie Autorinnen und Autoren zahlen. Dafür hatten sich insbesondere die in der VG Wort engagierten ver.di-Mitglieder seit Jahren eingesetzt.

Geplant ist eine Einmalzahlung, die künftig mit Erreichen des 55. Lebensjahres beantragt werden kann. Weil in der Startphase mehrere tausend Autoren, die nach der Schließung leer ausgingen, antragsberechtigt sind, sollen in den Jahren 2011 und 2012 zunächst die Geburtsjahrgänge vor 1955 bedacht werden. Die Details wird der AVW-Stiftungsrat im Oktober 2009 beschließen. *Rüdiger Lühr* ■

3 Euro Tantieme pro Internet-Text

METIS: Autoren können ihre Artikel selbst melden

Spiegel Online ist seit Dezember dabei, Focus Online seit März, SZ online, stern.de, n-tv.de und weitere Online-Angebote von Burda und Gruner + Jahr folgen. Das im Januar 2007 gestartete Online-Meldesystem METIS der VG Wort scheint nach dem Softwarewechsel im Dezember 2008 nicht nur seine technischen Anlaufschwierigkeiten überwunden zu haben, sondern zusehends auch seine Akzeptanzprobleme bei den großen Website-Betreibern und Verlagen.

Zum zweiten Mal wird die Verwertungsgesellschaft Wort in diesem Jahr Tantiemen für Internet-Texte ausschütten. Rund 15.900 (im Jahr davor weniger als 5.000) der insgesamt fast 300.000 mit Zählpixeln versehenen Web-Texte hat im Jahr 2008 die nötige Mindestzahl von 1.500 Sessions erreicht, etliche davon liegen weit darüber.

Für Internet-Texte mit mindestens 1.500 Abrufen schüttet die VG Wort 30 Euro, ab 3.000 Abrufe 40 Euro für das Jahr 2008 aus. Davon gehen 17,65 bzw. 23,53 Euro an die Autoren (Urheber).

Teilhaben an der Ausschüttung im September/Oktober 2009 werden erstmals auch mehr als 1.500 Autorinnen und Autoren, die 2008 fast 100.000 Internet-Texte direkt online an die VG Wort gemeldet haben. Sie erhalten jeweils einen Sockelbetrag von 12 Euro und für jeden Text 3 Euro.

Beschlossen wurde diese Sonderausschüttung, weil das Online-Meldesystem METIS bisher nicht von Tageszeitungs- und nur von wenigen Zeitschriftenverlagen eingesetzt wird. Die VG Wort hofft, dass sich dies ändert, wenn ab Ende Juni die automatisierte Anbindung von Verlagen und Organisationen möglich ist. Wegen der noch zu geringen Beteiligung wird für 2008 auch nur weniger als fünf

Prozent der bisher eingenommenen CD- und DVD-Brenner-Vergütung für privat kopierte Inhalte aus dem Internet ausgeschüttet.

Auch für das Jahr 2009 gibt es wieder eine Sonderausschüttung für Internet-Texte ohne Zählpixel. Dafür müssen die Autoren ihre Texte online selbst bei der VG Wort registrieren lassen (Zugang über: https://meldungen.vgwort.de/).

Die Internet-Texte müssen bis zum 31. Dezember 2009 online gemeldet werden. Die Meldungen sollten allerdings nicht erst im „letzten Moment" erfolgen, auch wenn die neue METIS-Software im Dezember 2008 mehr als 77.000 Online-Meldungen (gegenüber 30.000 mit dem alten System in den elf Monaten vorher) gut verarbeiten konnte. Die Sonderausschüttung 2009 erfolgt dann im September / Oktober 2010. *Rüdiger Lühr* ■

Mit Google im Geschäft

US-Zahlungen auch für deutsche Autoren

„Google Settlement" – sogar der Begriff ist mittlerweile geläufig und bringt in der weltbekannten Suchmaschine 9,5 Millionen Ergebnisse, davon 87.500 auf Deutsch. Selten, um nicht zu schreiben: nie, hat ein Urheberrechtsthema in Deutschland eine derartige Welle an Medienberichten und kontroversen Debatten ausgelöst. Vieles nicht nur bar jeder Sachlichkeit, sondern auch Sachkenntnis.

Um beides hat sich die VG Wort bemüht, seitdem am 28. Oktober 2008 der außergerichtliche Vergleich über die „Google Book Search" zwischen dem Internet-Konzern und der US-Autorengewerkschaft Authors Guild sowie dem Verlegerverband Association of American Publishers bekanntgegeben wurde. Zwar ist die Entrüstung darüber, dass Google unter Missachtung des Urheberrechts rund sieben Millionen Bücher in US-Bibliotheken eingescannt hat, um sie im Internet verfügbar zu machen, nur allzu berechtigt, doch wird diesen Fakt kein Appell rückgängig machen. Wenn das Settlement Ende 2009 durch das zuständige New Yorker Gericht endgültig bestätigt werden sollte, gilt der Vergleich als „class action" nach US-Recht auch für Autoren und Verlage von zehntausenden deutschen Büchern und anderen Schriften, die digitalisiert wurden.

Das Google-Settlement sieht Zahlungen für die Vergangenheit (60 Dollar pro Buch), den Aufbau eines Internet-Buch-Registers, die Möglichkeit, Texte aus diesem herauszunehmen (Opt-out), sowie eine individuelle Beteiligung von Autoren und Verlagen in Höhe von 63 Prozent an künftigen Erlösen durch dort verfügbare Texte vor.

Dass die VG Wort die Rechte aus dem Google-Settlement für Autoren und Verlage gemeinsam wahrnehmen soll, darüber waren sich die VG Wort, ver.di und der Börsenverein des Deutschen Buchhandels einig. Vorbereitet von einer gemeinsamen Arbeitsgruppe wurden die hierfür erforderlichen Ergänzungen des Wahrnehmungsvertrags und Inkassoauftrags für das Ausland einmütig von der Mitgliederversammlung der VG Wort am 23. Mai 2009 beschlossen (bei nur einer Gegenstimme).

Karikatur: Reinhold Löffler

Der Beschluss sieht vor, dass die VG Wort die Vergütungsansprüche für die bis zum 5. Mai 2009 von Google digitalisierten Werke einzieht. Gleichzeitig wird die VG Wort ermächtigt, die in Deutschland erschienenen Werke aus der Google Book Rights Registry zurückzuziehen. Verbunden ist dies mit dem Recht, in Zukunft digitale Nutzungen von vergriffenen Werken zu lizenzieren, wenn die jeweiligen Rechteinhaber dies gegenüber der VG Wort erklären. Dies gilt nur für vergriffene, nicht aber lieferbare Werke. Solche Lizenz-Vereinbarungen können nicht nur mit Google, sondern auch für andere Digitalisierungsprojekte abgeschlossen werden. Außerdem wurde der VG Wort das Recht eingeräumt, digitale Vervielfältigungen zum ausschließlichen Zweck der Anzeige von bibliografischen Daten im Internet zu genehmigen.

Durch den VG-Wort-Beschluss ist gewährleistet, dass die Verwertungsgesellschaft die entsprechenden Rechte fristgerecht geltend machen kann, wenn der Vergleich in den USA endgültig bestätigt wird. So kann der „Schadensersatz" in Höhe von 60 Dollar für die vorgenommenen Digitalisierungen eingezogen werden. „Gleichzeitig wird sichergestellt, dass Autoren und Verlage in Zukunft über die digitale Nutzung der urheberrechtlich geschützten Werke selbst entscheiden", sagte VG-Wort-Geschäftsführer Robert Staats. „Das Urheberrecht wird also wieder vom Kopf auf die Füße gestellt."

Ver.di hat den Beschluss ausdrücklich begrüßt: „Dieser Schritt zur Wahrnehmung der Urheber-Interessen und der gleichfalls in der VG Wort vertretenen Verlage ist die richtige und notwendige Reaktion auf die Entwicklung im Internet", sagte der stellvertretende ver.di-Vorsitzende Frank Werneke.

Was Autoren jetzt machen sollten

Zunächst wird die VG Wort ihre mehr als 390.000 Wahrnehmungs- und Bezugsberechtigten über die Beschlüsse und das weitere Verfahren informieren. Den Änderungen des Wahrnehmungsvertrages und des Ausland-Inkassoauftrags muss nur widersprechen, wer seine Rechte aus dem Google-Vergleich individuell wahrnehmen will.

Die künftige Lizenzierung für Google und andere Digitalisierungsprojekte muss von den jeweiligen Rechteinhabern ausdrücklich schriftlich erklärt werden. Dazu wird die VG Wort ein Online-Portal einrichten. Autoren von vergriffenen Werken sollten rechtzeitig prüfen, ob sie die Rechte vom Verlag zurückgerufen haben.

Rüdiger Lühr ■

Deckmantel Krise

Journalisten-Konferenz verabschiedet Deklaration von Varna

Foto: Ulrike Maercks-Franzen

Gegen staatliche Beeinflussung der Medien

Beim Jahrestreffen der Europäischen Journalisten-Föderation (EFJ) in Varna (Bulgarien) waren sich die mehr als 60 Teilnehmer aus zwei Dutzend Ländern einig: Die Medien- und Finanzkrise dient manchen Unternehmern und Konzernen nur als Vorwand, um Sparkonzepte zu realisieren, Jobs abzubauen und möglichst hohe Profite zu sichern. Professioneller und glaubwürdiger Journalismus aber ist unverzichtbar – Kampagnen auf nationaler wie auf internationaler Ebene sollen dies deutlich machen.

„Es gilt, eine harte Auseinandersetzung zu führen und zu zeigen, dass es sich lohnt, für guten Journalismus zu kämpfen." Aidan White, Generalsekretär der EFJ, ist überzeugt: Es gibt keine Alternative. Kritischer und unabhängiger Journalismus spielt eine zentrale Rolle für die Demokratie in den einzelnen Ländern und für das Miteinander in einem demokratischen, von den Bürgern akzeptierten Europa. Doch Qualität und Vielfalt in den Medien sind bedroht.

Neue Arbeitsstrukturen in den Redaktionen (Stichwort Newsdesk) und neue technische Möglichkeiten im Internet bringen Veränderungen für Freie und Festangestellte. In einem ersten Forum und in Arbeitsgruppen ging man den Problemstellungen nach, fragte nach der Rolle der Gewerkschaften, untersuchte Fallbeispiele aus Frankreich, Italien, den nordischen Ländern und Deutschland und überlegte, wie Qualität und Vielfalt zu sichern sind. „Mit Schwarz-Weiß-Malerei ist nichts gewonnen", befand Wolfgang Mayer (dju), seit vielen Jahren Mitglied im Steering Committee, dem Führungs-Gremium der EFJ. „Wir brauchen Leitlinien, um bestimmte Standards zu garantieren." Jim Boumelha, Präsident der Internationalen Journalisten-Föderation (IFJ), pflichtete bei und kündigte an, man werde auch beim nächsten IFJ-Council über Leitlinien beraten.

Zensur und Einschüchterung sind keine neuen Phänomene. Teilnehmer des Treffens berichteten von Durchsuchungen von Redaktionen, Einschränkung des Zeugnisverweigerungsrechts und politischem Druck. In Polen und der Türkei ist es zudem verboten, freie Journalisten gewerkschaftlich zu organisieren, wie EFJ-Präsident Arne König hervorhob. Die Konferenz verabschiedete Solidaritäts-Adressen und wandte sich gegen jede staatliche Beeinflussung der Medien. Die Kampagne „Stand Up For Journalism" wird in ihrer Wirkung positiv eingeschätzt. Auch in diesem Jahr soll am 5. November ein Signal für Pressefreiheit gesetzt werden.

Mehrere Anträge befassten sich mit Autorenrechten und der Situation des öffentlich-rechtlichen Rundfunks. Einig war man sich, dass die Belange der Fotojournalisten insgesamt stärker berücksichtigt werden müssen und sie auch personell besser in den Expert Groups vertreten sein sollen. (Die EFJ hat vier Expertengruppen: Urheber, Freie, Rundfunk und Arbeitsrecht.)

Mediengipfel geplant

Zeitungen, Zeitschriften, Agenturen und Sender sind gegenwärtig unter starken ökonomischen Druck geraten. Die mediale Vielfalt ist keineswegs überall für die Zukunft gewährleistet – wenn auch die Unterschiede in den einzelnen Ländern groß sind. Mit überwältigender Mehrheit wurde am 16. Mai die Deklaration von Varna „Journalismus an der Spitze des Wandels" angenommen. Sie soll eine europaweite Debatte lostreten, die Öffentlichkeit und die politischen Entscheidungsträger sensibilisieren sowie dazu beitragen, die negative Entwicklung zu stoppen. Noch im laufenden Jahr will die EFJ einen Mediengipfel organisieren – eine europäische Konferenz zur Bewältigung der Medienkrise. Von der Europäischen Union wird die Bildung einer Task-Force unter Beteiligung der Gewerkschaften gefordert. Wer glaubt, auf Vielfalt und Qualität im Journalismus verzichten zu können, so die Botschaft, erliegt einem gravierenden Irrtum: Nur unabhängige, seriöse und kritische Berichterstattung ermöglicht Pluralismus und Demokratie.

Staatshilfen werden von der EFJ ausdrücklich nicht ausgeschlossen und können je nach Land anders aussehen. Aber sie sind an klare Voraussetzungen geknüpft. Redaktionelle Unabhängigkeit und journalistische Freiheit (auch Innere Pressefreiheit ist ein wichtiges Kriterium) müssen gewahrt bleiben. Soziale und tarifliche Standards sind ebenso zu sichern wie Meinungsvielfalt. Das Ringen um Qualität verlangt auch Einsatz für gute Arbeitsbedingungen – für Gewerkschafter keine neue Erkenntnis. *Joachim Kreibich* ■

Intensive Arbeit auch in drei Arbeitsgruppen während der Konferenz in Varna – mit Androula Georgiadou aus Zypern (m.) und Wolfgang Mayer, dju (r.)

Foto: Andreas Bittner

Links

http://dju.verdi.de/schwerpunkte/internationales/varna_declaration_0509
http://europe.ifj.org/en

Foto: Christian Ditsch / version-foto.de

Etwa 4.500 demonstrierten am 2. Mai in Istanbul – an ihrer Seite ver.di-Kollegen aus Köln

Streik seit Februar

Türkei: Beschäftigte kämpfen für gewerkschaftliche Rechte

Am Istanbuler Taksim-Platz demonstrieren jeden Samstag Mitarbeiter der Zeitung *Sabah* und dem Fernsehsender *ATV* zusammen mit bis zu 300 Kollegen von anderen Verlagen. Sie streiken seit dem 13. Februar 2009 für die Wiedereinstellung entlassener Kollegen, eine gewerkschaftliche Vertretung und einen Tarifvertrag.

Seit zwei Jahren kämpfen die Beschäftigten von *Sabah* und *ATV* schon für ihre Rechte. Nachdem 96 Kollegen in die Türkische Journalisten Gewerkschaft (TGS) eingetreten waren, wollten sie im Mai 2007 eine gewerkschaftliche Vertretung durch die TGS bei ihrem Arbeitgeber, der Merkez Gazete Dergi Basim A.S anmelden, um einen Tarifvertrag auszuhandeln. Dieser Organisationsprozess setzte etliche Repressionen in Gang. Zeitungs- und Fernsehdirektoren drohten Arbeitnehmern mit Sätzen wie: „Sie werden nicht nur gefeuert, sondern Sie werden sich auf der schwarzen Liste der Personalabteilungen aller großen Mediengruppen wieder finden, die zusammen arbeiten.“ Ziel der Konzernleitung: Möglichst viele der Beschäftigten kündigen ihre Gewerkschaftsmitgliedschaft, damit der notwendige Organisationsgrad von 51 % der Mitarbeiter im Betrieb nicht mehr gegeben ist. Drei Initiatoren wurden sofort entlassen.

Im Dezember 2007 wurden *Sabah* und *ATV* für ca. 660 Millionen Euro Eigentum der Turkuvaz-Mediengruppe. Die versuchte sofort, auf gerichtlichem Wege eine gewerkschaftliche Organisierung zu unterbinden. Erfolglos. Bei den anschließenden Verhandlungen wurde jedoch klar, dass ein Tarifvertrag nicht zustande kommen soll. „Die Gesellschaft hat nicht die Absicht, einen Tarifvertrag zu unterschreiben. Die Treffen sind eine reine Formalität. Es wird keine Übereinkunft geben“, so die Direktoren gegenüber Journalisten. Etliche Mitarbeiter wurden gezwungen, aus der Gewerkschaft auszutreten.

Ende 2008 reichte es der TGS und sie kündigte für den 17. Dezember in drei Redaktionen in Istanbul und Ankara einen Warnstreik an. Nach Ablauf einer gesetzlichen 60-Tagefrist würde dann ab Februar 2009 vollständig gestreikt. Die Turkuvaz-Mediengruppe erließ darauf hin eine Ausgangssperre, die KollegInnen durften am 17. Dezember das Unternehmensgebäude nicht verlassen und die MitarbeiterInnen wurden verpflichtet eine Erklärung zu unterschreiben, dass sie sich nicht an dem Streik beteiligen würden. Trotz aller Drohungen traten 10 Journalisten ohne Rücksicht auf die Folgen in den Streik. Drei Tage später verkündete Turkuvaz via Internet die Entlassung der Streikenden.

Der Präsident der Europäischen Journalisten Föderation (EFJ) Arne König dazu: „Falls die Regierung hinsichtlich der Situation bei *Sabah* und *ATV* keine Maßnahmen ergreift, werden die Gespräche der Türkei mit der Europäischen Union über soziale Rechte mit ernsthaften Schwierigkeiten konfrontiert werden. Die Angelegenheit wird vor die Europäische Kommission und das Europaparlament gebracht werden.“

Ende Mai 2009 hat das zuständige Gericht für die Entlassenen entschieden, sie dürfen wieder an ihre Arbeitsplätze zurück. Nur ist es dem Arbeitgeber gesetzlich erlaubt, nach Zahlung von Ausgleichszahlungen seine Mitarbeiter dennoch zu entlassen. Bis Anfang Juni hat die Konzernleitung bereits über 40 Kollegen von *Sabah* und *ATV* entlassen, an eine gewerkschaftliche Organisierung im Verlag ist somit momentan nicht zu denken. Dennoch kämpfen die Kollegen weiter für ihre Rechte. *Christian Ditsch* ■

Umbau und Entlassungen

SCHWEIZ. Beim Schweizer *Tages-Anzeiger* soll knapp ein Viertel der Belegschaft entlassen werden. Das sind 50 Vollstellen. Auch beim *Bund* wird massiv abgebaut. Bis Herbst will das Züricher Verlagshaus Tamedia redaktionelle Umbauten im großen Stil sowie einen Relaunch seiner Blätter vornehmen. *Bund* und *Tages-Anzeiger* erhalten einen gemeinsamen Mantel. Dafür wird eine „Bundeshausredaktion“ eingerichtet.

Zwölf Jahre Arbeitslager

NORDKOREA. Die US-Journalistinnen Laura Ling und Euna Lee wurden am 8. Juni zu jeweils zwölf Jahren Arbeitslager durch das oberste Gericht in Nordkorea verurteilt. Nach einem fünftägigen Prozess wurden die beiden Frauen nach Angaben der staatlichen nordkoreanischen Nachrichtenagentur KCNA „schwerer Verbrechen gegen die koreanische Nation“ sowie der „illegalen Einreise“ für schuldig befunden. ROG fordert die sofortige Freilassung der Journalistinnen.

Nicht ohne Filtersoftware

CHINA. Computer sollen in China nur noch mit einer Filtersoftware zum Verkauf zugelassen werden. Einer Entscheidung des Ministeriums für Informationstechnologie zufolge müssen Computerhersteller die „Green Dam – Youth Escort“-Software ab dem 1. Juli installieren. Angeblich soll sie Jugendliche vor „schädlichen“, vor allem pornografischen Inhalten schützen. ROG spricht dagegen von einer neuen Dimension von Zensur, da sich diese Filter leicht auf politische Inhalte ausweiten lassen.

Petition für Freilassung

BIRMA. Ein Jahr nach der Festnahme des birmanischen Bloggers Zarganar sammelt ROG weiter Unterschriften für eine Petition an die Behörden des Landes, um die Freilassung des Dissidenten zu erreichen. Zarganar soll wegen der „Störung der öffentlichen Ordnung“ 35 Jahre im Gefängnis sitzen. „Zarganar muss dringend entlassen werden“, fordert ROG. Sein Gesundheitszustand verschlechtert sich aufgrund der prekären Haftbedingungen stetig. Der Blogger leidet an Gelbsucht und Bluthochdruck.
www.rsf.org/en-petition30156-Nay_Phone_Latt_and_Zarganar.html

service seminare

Journalismus aktuell

ABP, München. 17./18. August: Lokaljournalismus – Themenfindung. 7. bis 9. September: Kreatives Schreiben – Zeitung I. 19./20. September: Bücher schreiben – Belletristik II. 26. September: Bücher schreiben – Verlagssuche. 28. bis 30. September: Kreatives Schreiben – Zeitschrift I.
ABZV, Bonn. 3./4. September: Ideenkonferenz – Effiziente Themensuche. 15. bis 17. September: Schreib- und Redigierwerkstatt. 16./17. September in Würzburg: Journalistische Sorgfalt und Haftung. 21. bis 23. September: Effektiv recherchieren.
ADR, Rottenburg-Stuttgart. 14. bis 18. September: Crossmedialer Journalismus.
AFP, Hamburg. 21./22. August: Crossmedia – Fachzeitschriften. 24. bis 26. August: Die Magazingeschichte – Fachzeitschriften. 28. August: Schreibcoaching III. 7. bis 9. September: Kreatives Schreiben. 11./12. September: Die crossmediale Lokalgeschichte. 14. bis 16. September: Schreibwerkstatt.
AKAD, Berlin. 29. September: Beginn des 3-wöchigen Online-Kurses „Recherche im Internet". 30. September: Beginn des 4-wöchigen Online Kurses „Biographisches Schreiben".
DGB, Hattingen. 9. bis 14. August: Wie lange wird es meine Zeitung noch geben? Ein Praxisseminar mit Blick hinter die Kulissen der WAZ.
FES, Bonn. 21. bis 23. August: Sommerakademie Politik und Medien für Nachwuchsjournalisten.
JA, München. 31. Juli bis 2. August: Kreatives Schreiben (dju-Mitglieder erhalten 50 % Rabatt).
JHB, Hagen. 12. bis 14. August: Journalistische Fremdtexte redigieren. 21./22. September: Recherche. 23. bis 25. September: Schreibtraining CrossMedia.
JSR, Essen. 16./17. Sept.: Recherche.
KLARA, Berlin. 28. bis 30. September: Texten und Redigieren.
MAZ, Luzern. 5. September: Lokaljournalismus – Webnah am Leserinteresse. 10./11. September: Mehr Quellen nutzen – Ran an den Bürger! 28. September bis 2. Oktober: Schreiben wie eine Schriftstellerin – Fortsetzung.
MH, Hamburg. 5./6. September: Redigieren. 14. bis 18. September: Journalistisches Schreiben. 23. und 30. September, 8., 14. und 21. Oktober, 11. und 25. November: Abendkurs Journalistisches Schreiben an 7 Terminen.
PFA, Frankfurt. 29. August: Online-Recherche im Journalismus.
TA, Augsburg. 9./10. September in Frankfurt, 16./17. September in Hamburg: Textwerkstatt I + II. 22./23. September in Düsseldorf: Kreativitätstechniken I + II.

Journalistische Themen

ABP, München. 10. bis 12. August: Umweltjournalismus. 17. bis 19. August: Wissenschaftsthemen im Hochschulmagazin.
ABZV, Bonn. 21./22. September in Stuttgart: Sportjournalismus.
ADR, Rottenburg-Stuttgart. 7. bis 11. September: Wirtschaftsjournalismus.
FES, Bonn. 29./30. September: Börsenchinesisch verstehen – Das ABC des Finanzjournalismus (Basismodul Politikberichterstattung).
JSR, Essen. 31. August bis 4. September: Markt, Mächte und Medienpolitik. 7. bis 11. September: Polizei und Polizeirecht.
MAZ, Luzern. 7./8. September: Society- und Lifestyle-Texte – Journalistisch professionell.
MH, Hamburg. 7. bis 9. August: Reisejournalismus – Aufbaukurs. 27. September bis 2. Oktober: Reisejournalismus live vor Ort (Costa Blanca/Spanien).
PFA, Frankfurt. 26. September: Sportjournalismus.

Journalistische Formen

ABP, München. 27./28. August: Titel, Vorspann, BU – Zeitschrift. 31. August bis 4. September: Recherche. 21. bis 26. September: Reportage.
ABZV, Bonn. 23./24. September in Stuttgart: Das Feature – Themen anschaulich machen.
AFP, Hamburg. 24. bis 26. September: Das Print-Interview. 11./12. September: Das politische Interview.
JA, München. 25. bis 27. September: Von der Meldung zum Kommentar (dju-Mitglieder erhalten 50 % Rabatt).
JHB, Hagen. 3. bis 6. August: Feature. 10./11. August: Interviewtraining. 18. bis 20. August: Kommentar und Glosse. 7. bis 9. September: Vorspann und Texteinstieg.
JSR, Essen. 17. bis 21. August: Reportage-Workshop. 6./7. August: Nachrichten auf den Punkt gebracht.
KEP, Wetzlar. 4./5. September: Die Grundformen im Journalismus – Meldung, Nachricht, Bericht.
MAZ, Luzern. 14. bis 16. September: Kommentar – Worte zu Taten. 21. bis 23. September: Feature – Eine Form für viele Fälle.
MH, Hamburg. 11- bis 14. August: Interviewtraining. 11. bis 13. September: Zeitungsreportage. 19./20. September: Kurzgeschichte.
MKZ, Köln. 18./19. September: Fragen auf den Punkt gebracht – Interviewtraining.
ZR, Reutlingen. 18. bis 20. September: Das Porträt.

Journalismus online

ABP, München. 3. bis 5. August: Web 2.0. 10./11. September: Onlinerecherche für Profis.
ABZV, Bonn. 28./29. September in Stuttgart: Schreiben fürs Web.
AFP, Hamburg. 6./7. August: Navigation auf der Website. 21. bis 23. September: Mobile Reporting. 28. September bis 1. Oktober: Multimediales Erzählen II.
AKAD, Berlin. 8. September: Beginn des 6-wöchigenOnline-Kurses „Seitenoptimierung für Suchmaschinen".
JHB, Hagen. 24. bis 26. August: Schreiben fürs Internet.
MAZ, Luzern. 1. September: Multimedia-Storytelling – Geschichten in mehreren Formaten. 16. September: Schreibtechniken fürs Web – Das Lesen zwischen den Klicks.
MH, Hamburg. 21. bis 23. August: Onlinejournalismus.
TA, Augsburg. 20. August in Düsseldorf, 15. September in Hamburg: Texten in Internet und E-Mails.
VDZ, Berlin. 16. September: Mehrwert für den Nutzer schaffen – Perfekte Texte und passende Formate für das Internet.

Layout / Infografik

ABP, München. 23. bis 25. September: QuarkXPress 6.5. 28. bis 30 September: InDesign CS4.
ADB, München. 28. September: Crashkurs Gestaltung von CP-Medien.
AKAD, Berlin. 13. August: Beginn des 3-wöchigen online-Kurses „Bilder und Bildbearbeitung fürs Web".
BKB, Wolfenbüttel. 21. bis 23. September: Digitales Gestalten mit InDesign – Einstieg.
DGB, Hattingen. 9. bis 14. August: Homepages mit Joomla selbst gestalten – Möglichkeiten und Grenzen der freien Meinungsäußerung bei der Veröffentlichung von Informationen im Netz.
JHB, Hagen. 28. bis 30. September: NewsDesign – Gestaltung für Mitarbeiter-Magazine.
JSR, Essen. 24. bis 28. August: Layout – Das Verhältnis von Bild und Text.
KLARA, Berlin. 24. bis 26. August: Zeitschriften-Gestaltung.
MAC, München. Ab 3. August werden an den Standorten München, Stuttgart, Köln, Osnabrück, Hamburg und Berlin zahlreiche mehrtägige Kurse in den Bereichen Grafik, Bildbearbeitung, AV, 3D-Animation, Multimedia und Internet angeboten. Kurse gibt es etwa zu Print Design, InDesign, Photoshop, Adobe Illustrator, Freehand und QuarkXpress, Flash, Dreamweaver, CSS oder Typo 3. Informationen zu den genauen Terminen bitte im Internet suchen oder telefonisch erfragen
MKZ, Köln. 25./26. September: Publisher – Grundkurs.

Volontäre

ABP, München. 3. bis 14. August: Grundkurs II Zeitschrift. 31. August bis 11. September: Grundkurs I Zeitschrift. 7. bis 18. Sept.: Grundkurs I Allgemein.
ABZV, Bonn. 17. bis 28. August: Grundlagen journalistischer Arbeit. 7. bis 18. September: Aufbaukurs III.
AFP, Hamburg. 27. Juli bis 21. August: Kompaktkurs für Print-Volontäre. 27. Juli bis 7. August: Kompaktkurs für Radio-Volontäre. 24. August bis 18. September: Kompaktkurs für Print-Volontäre. 21. September bis 16. Oktober: Kompaktkurs für Print-Volontäre.
JHB, Hagen. 21. September bis 16. Oktober 2009: Volontärseminar.

Fotografie

ABP, München. 27./28. August: Porträtfotografie.
ADR, Rottenburg-Stuttgart. 17. bis 21. August: Bildjournalismus.
AFP, Hamburg. 26. bis 28. August: Bildauswahl für Magazine.
DGB, Hattingen. 9. bis 14. August: Digitale Bilder — Wie man sie macht und wie sie unsere Wahrnehmung täuschen.
JA, München. 25. bis 27. September: Digitale Fotografie (dju-Mitglieder erhalten 50 % Rabatt).
KLARA, Berlin. 21. bis 25. September: Fortbildung zum Bildredakteur.
MAZ. Luzern. 7. bis 11. September: Masterclass Foto mit Mary Anne Golon, Time Magazine.
PFA, Frankfurt. 19. September: Fotografie für Zeitung und Internet.

Hörfunk

ABP, München. 6./7. August: Podcast.
ADR, Rottenburg-Stuttgart. 3. bis 7. August: Hörfunk- und Fernsehjournalismus.
AR, Remscheid. 28. September bis

Kontakt zu den Seminaranbietern

Die Adressen zu unten stehenden Kontakten sind im Internet abrufbar unter: http://mmm.verdi.de

ABP Fon 089 / 49 99 92 - 0, www.a-b-p.de
ABZV Fon 02 28 / 259 00 - 0, www.abzv.de
ADB Fon 089 / 29 19 53 84, www.buchakademie.de
ADR Fon 07 11 / 16 40 726, www.seminarprogramm.info
AFP Fon 040 / 41 47 96 -0, www.akademie-fuer-publizistik.de
AKAD Fon 030 / 61655 - 0, www.akademie.de
AM Fon 02 11 / 43 69 01 50, www.medienverband.de
AR Fon 021 91 / 794 - 0, www.akademie-remscheid.de
AVM Fon 071 21 / 531 60 70, www.av-mediatraining.de
BET Fon 040 / 4 10 84 - 0, http://bet.de
BKB Fon 053 31 / 808 - 418, www.bundesakademie.de
COP Fon 02 21 / 739 32 62, www.cop-morrien.de
DC Fon 076 34 / 59 13 16, www.drehbuchcamp.de
DGB Fon 023 24 / 50 80, www.hattingen.dgb-bildungswerk.de
DJU Fon 030 / 88 66 41 06, www.dju-berlinbb.de
FCP Fon 089 / 34 07 79 77, www.forum-corporate-publishing.de
FES Fon 02 28 / 883 - 0 und 030 / 269 35 - 73 03, www.fes.de
FHF Fon 069 / 13 37 99 94, www.filmhaus-frankfurt.de
IFFMA Fon 089 / 89 39 89 60, www.iffma.de
JA Fon 089 / 16 751 - 06, www.journalistenakademie.de
JHB Fon 023 31 / 365 - 6 00, www.hausbusch.de
JSR Fon 02 01 / 80 41 961, www.journalistenschule-ruhr.de
KEP Fon 064 41 / 91 51 66, www.cma-medienakademie.de
KFH Fon 02 21 / 222 710 - 0, www.koelner-filmhaus.de
KLARA Fon 030 / 690 415 85, www.KLARAberlin.de
MAC Fon 089 / 544 151 - 74, www.macromedia.de
MAZ Fon 00 41 / 41 / 226 33 33, www.maz.ch
MEZ Fon 030 / 68 30 20 90, www.medienkonkret.de
MFW Fon 089 / 20 333 712, www.muenchner-filmwerkstatt.de
MH Fon 040 / 306 201 140, www.medienbuero-hamburg.de
MKZ Fon 022 24 / 955 - 129, www.ksi.de
MQ Fon 02 21 / 29 93 05 - 31, www.medienqualifizierung.de
NA Fon 040 / 41 13 - 28 42, www.newsaktuell.de
PFA Fon 069 / 92 10 72 22, www.ev-medienhaus.de
PRE Fon 04 21 / 789 13, www.akademie-pressearbeit.de
TA Fon 08 21 / 41 90 36 - 0, www.textakademie.de
VDZ Fon 030 / 72 62 98 - 113, www.zeitschriften-akademie.de
VSM Fon 089 / 83 51 91, www.videoschule.de
ZR Fon 07121 / 33 61 82, www.reportageschule.de

2. Oktober: Podcast und Internetradio.
KEP, Wetzlar. 18./19. September: Crashkurs Radio II.
MAZ, Luzern. 17. August: Mit Hörern reden – Professionell und unterhaltsam. 7./8. September: Wie sag ich´s meinen HörerInnen – Abstraktes verständlich machen. 21. bis 23. September: Radio für Nicht-Radioleute – Ein Einblick.
MEZ, Berlin. Diverse Seminare vor allem zum Radio- aber auch zum TV-, Web- und Printjournalismus unter: www.medienkonkret.de.
MQ, Köln. 1./2. August: Seminar für Frauen : „Vom sorgfältigen Umgang mit Ressourcen – Finanzen, Zeit , Gesundheit, ...". 21. bis 23. August: Ausbildung zum Moderationstrainer – Modul I. 21. bis 23. August: Moderation I – Starterkurs. 1./2. September: Sprechtraining – Aufbaukurs. 3. September: Kollegiales Air-Checking – Methoden und Tools für das interne Programmcontrolling im Hörfunk. 19./20. September: Reportage-Training. 26./27. September: Ausbildung zum Moderationstrainer – Modul II.
PFA, Frankfurt. 18./19. September: Grundkurs Radio – Die Arbeit als Reporter. 26. Sept.: Moderation im Radio I.

Film & TV

ABP, München. 14. bis 18. September: Fernsehmoderation.
ABZV, Bonn. 10./11. September: Schnitt- und Tonmischung für Online-Videos. 3. September bis 1. Oktober in Stuttgart: Videographie – Drehen, Schnitt, Vertonung, Postproduktion.
AFP, Hamburg. 31. August bis 4. September: Videojournalist I.
AVM, Kirchentellinsfurt (bei Tübingen). 29./30 August: Die geschäftliche Seite des Drehbuchs.
BET, Hamburg. 26./27. September: EB-Tonaufnahme.
DC, Freiburg. 31. August bis 2. September: Vier parallel laufende Workshops: Scriptentwicklung I; Ideenentwicklung von der Geschichte zum Film; Dokumentarischer Spielfilm; Kreatives Schreiben sowie „The Hero´s Journey. 3. bis 5. September: Drei parallel laufende Workshops: Scriptentwicklung II; Figurenentwicklung und Dialoge; Formatentwicklung für den internationalen Markt. 4./5. September: Doku-Fiction. Alle Veranstaltungen finden in Wiesbaden statt.
DGB, Hattingen. 9. bis 14. August: Dokumentarfilmseminar „Von der Idee zum fertigen Film".
FES, Bonn. 31. August bis 4. September in Hamburg: Kamera ab! Einführung in den TV- und Videojournalismus (Basismodul Medienpraxis).
FHF, Frankfurt. 4. bis 6. September: Drehbuchseminar – Schreibwerkstatt. 12./13. September: digitaler Bildschnitt am AVID Mediacomposer. 12. September: Film- und TV-Produktionen in der Rechtspraxis – Mitwirkendenverträge. 18. bis 20. September: Dokumentarfilmpraxis – Lust auf echte Menschen? 25. bis 27. September: NoBudget-Filmproduktion in der Praxis.
IFFMA, München. 22. bis 24. September: Location Lighting Workshop.
JHB, Hagen. 14. bis 18. September: Video fürs Web.
KEP, Wetzlar. 11. bis 13. September: Aufbaukurs Regie.
KFH, Köln. 27. Juli bis 10. August: Wir drehen einen Film – Regie, Kamera & Schauspiel für Jugendliche. 28. bis 30. August: Avid Media Composer I + II. 28. bis 30. August: Imagefilm. 29./30. August: Licht. 12./13. September: Regieassistenz. 12./13. September: Grundlagen der szenischen Kamerarbeit. 12./13. September: Werbung und Rechte-Management für Film Funk und Fernsehen. 18. bis 20. September: EB-Kamera. 26./27. September: Aufnahmeleitung. 25. bis 27. September: Respect for Actors – Castingseminar für Regisseure und Produzenten.
MAZ, Luzern. 14. September: Motivieren statt verreißen – Das professionelle TV-Feedback.
MFW, München. 26./27. September: Erzählen in bewegten Bildern.
MH, Hamburg. 18. bis 20. August: Fernsehmoderation.
VSM, München. 7./8. August: Videofilmer-Workshop – Schritte zur Professionalität. 10. August in Stuttgart, 12. August in Straubing: HD Ganztages-Workshop und Videofilmen in 16:9 mit HDV- und AVCHD-Camcordern. 18. September: Flughafen München-Erding – Tagesworkshop mit außergewöhnlichen Kamerapositionen. 19. September: CASABLANCA Grundseminar für perfekten Schnitt, Effekte, Titel und Vertonung mit SmartEdit 6/7 und BOGART. 11. August in Stuttgart, 13. August in Straubing, 29. August in Zürich: Ganztageskurs HD-Bearbeitung mit CASABLANCA – HD-Spezialkurs für Videobearbeitung mit Smart Edit 8 und BOGART SE-2.

Selbst- und Medienmanagement

ABP, München. 7. bis 9. September: Online-Texten/PR und Unternehmenskommunikation. 4. bis 6. August: Kreatives Schreiben – PR I. 10. bis 21. August: Grundkurs Public Relations. 24. bis 28. August: Public Relations. 25./26. August: Management in Redaktionen (MiR)) – Workflow und Qualitätsmanagement. 2. bis 4. September: Redigieren – PR. 14./15. September: Public Relations – Strategien. 14. bis 18. September in Kulmbach: Public Relations. 21. September: Freie Journalisten – Urheber- und Verwertungsrecht. 22. bis 24. September: Pressemitteilung. 28./29. September: MiR – Konfliktmanagement und redaktionelles Arbeitsrecht.
ADB, München. 27./28. Juli: Wissenschaftliche Texte redigieren. 4./5. September in Berlin: Freies Lektorat II – Kunden finden und binden. 14. September: Bildeinsatz im Corporate Publishing. 21. September: Journalistisch und kundenorientiert schreiben.
AFP, Hamburg. 13./14. August: Moderation von Veranstaltungen II. 17. bis 19. August: PR-Werkstatt. 18./19. September: Kommunikation am Newsdesk. 18./19. September: PR für Vereine und Verbände. 1./2. Oktober: Reden schreiben.
AM, Düsseldorf. 5. September: Jetzt spreche ich.
COP, Köln. 14./15. August in Bochum, 18./19. September in Hamburg: Nomadenwissen für Medienschaffende – Handlungssicher unter allen Umständen. 17./18. August in Hamburg, 21./22. September in Bochum: Phönix-Coaching für Presse-Profis – Erfolgreich Neuanfänge wagen. Weitere Seminare unter: www.cop-morrien.de.
DGB, Hattingen. 9. bis 14. August: „Jeder muss heutzutage mit dem Computer umgehen können" – Ein praktischer und politischer Einstieg in den Umgang mit dem Computer.
DJU, Berlin. 29. September: Tagesseminar „Selbstvermarktung freier journalistischer Arbeit."

FCP, München. 27. Juli: Corporate Books. 28. August: Journalistische Glaubwürdigkeit als Erfolgsfaktor im Corporate Publishing.
FES, Bonn. 17./18. September in Berlin: Erfolg ist kein Zufall – Rhetorik für Journalisten (Basismodul Kernkompetenzen).
JHB, Hagen. 20. August: Tipps für Freie – Die Selbständigkeit. 1. bis 3. September: Kampagnen in der PR.
KEP, Wetzlar. 18./19. September: Rhetorik III – Mit Worten Ziele erreichen. 25./26. September: Präsentieren mit PowerPoint für Fortgeschrittene
KLARA, Berlin. 5./6. August: Die Pressemitteilung. 23./24. September: Organisation und Qualitätssicherung.
MAZ, Luzern. 21. bis 23. September: Arbeitstechnik – Gedächtnistraining. 28./29. September: Arbeitstechnik – Im Druck sein ohne Stress.
MH, Hamburg. 28. bis 30. August: Pressearbeit. 26. bis 30. September: Sprechtraining.
NA, Hamburg. 31. August in Hamburg: Die gute Pressemitteilung. 27./28. August in Frankfurt: Storytelling. 7./8. September in Zürich: Grundlagen der Medienarbeit. 28. September in Hamburg: Die erfolgreiche Präsentation. Weitere Seminare zu Strategien und Umsetzungen von PR-Maßnahmen können in Hamburg, Berlin, Frankfurt, Zürich, Düsseldorf und Köln besucht werden. Informationen bitte im Internet suchen oder telefonisch erfragen.
PRE, Bremen. 17. September bis 15. November: Ausbildung in der Pressearbeit. 17./18. September: Professionelle Pressearbeit mit Pepp. 19./20. September: Workshop Pressemitteilung mit Pfeffer.
TA, Augsburg. 20. August in Düsseldorf, 15. September in Hamburg, 29. September in Nürnberg: Suchmaschinenoptimierung.
ZR, Reutlingen. 25./26. September: Geschichten „verkaufen".

26. bis 28. August 2009 in Lage-Hörste

„Gleich morgen fang' ich an ..."

Zeit- und Selbstmanagement für Selbstständige

Zeit ist für uns zu einem wesentlichen Stressfaktor geworden. Aber was können wir tun, um diesen zu minimieren? Das Seminar möchte Selbstständige anregen, souverän mit ihrer Zeit umzugehen, mehr selbstbestimmte Zeit zu erleben und Zeitmanagementinstrumente als Hilfsmittel zu nutzen.

Inhalte: Reflexionen über Zeit, Zeitdiebe, Störanalysen, Zeitmanagementinstrumente, Werte- und Zielvorstellungen, Veränderungen
Methoden: Kurzvorträge, Reflexionen, Kleingruppenarbeit, Erfahrungsaustausch und Diskussion im Plenum, Übungen, Zeitgeschichten und Zeitvideo.
Zielgruppe: Solo-Selbstständige, Freie und Honorarkräfte.
Referentin: Gabriele Haben
Kosten: 300 Euro. Für Mitglieder von ver.di 120 € inkl. Unterkunft und Verpflegung im Heinrich-Hansen-Haus in Lage-Hörste mit Sauna, Schwimmbad
Veranstaltungsort und Anmeldung: ver.di-Institut für Bildung, Medien und Kunst, Teutoburger-Wald-Str. 105, 32791 Lage-Hörste, Telefon 05232/983 – 0 Fax – 462, E-Mail bst.lage-hoerste@verdi.de
Seminarnummer: LH 03 09051802

termine

Journalismus

Friedrich-Vogel-Preis für Wirtschaftsjournalisten
ESSEN. Der Preis wird verliehen für hervorragende Beiträge aller journalistischen Gattungen, die sich mit wirtschaftlichen und marktwirtschaftlichen Themen befassen. Die deutschsprachigen Beiträge müssen zwischen dem 1. Juli 2008 und dem 30. Juni 2009 erschienen sein. Dotierung: Insgesamt 20.000 €. Zwei Nachwuchspreise für junge Journalisten bis 35 Jahren sind Reisestipendien nach Istanbul, Moskau, New York, Paris, Peking oder Tokio. Bewerbungsschluss: 31. Juli. Kontakt: Bob Schneider Kommunikationsberatung, Fon: 0700/06 66 25 61, E-Mail: info@bob-schneider.de; Internet: www.vogelstiftung.de.

djp Börse – Finanzen – Wirtschaft
FRANKFURT. Der Deutsche Journalistenpreis (djp) würdigt engagierten und qualifizierten Journalismus für das Verständnis der Strukturen und Entwicklungen in der Wirtschafts- und Finanzwelt. Der Preis gliedert sich in die Themengebiete Bank & Versicherung, Bildung & Arbeit, Immobilienwirtschaft, Private Equity und M&A sowie Vermögensverwaltung. Beiträge müssen in der Zeit vom 1. Juli 2008 bis 30. Juni 2009 in deutscher Sprache in einem Printmedium, von einer Nachrichtenagentur oder durch ein Internetportal veröffentlicht worden sein. Dotierung: Insgesamt 72.000 €. Einreichschluss: 31. Juli. Kontakt: Northoff.Com Medienservice, Fon: 069/95 29 77 00, E-Mail: info@djp.de; Internet: www.djp.de.

BVK-Journalistenpreis
BERLIN. Der Bundesverband Deutscher Kapitalbeteiligungsgesellschaften (BVK) prämiert Berichte, Reportagen, Dokumentationen und Essays, die sich mit der Private-Equity-Branche sowie ihrer Bedeutung für Wirtschaft, Politik und Gesellschaft beschäftigen. Der Preis wird für Beiträge aller journalistischen Sparten vergeben, die zwischen dem 1. März 2008 und dem 24. Mai 2009 in deutscher Sprache erschienen sind. Dotierung: Insgesamt 16.000 €. Einsendeschluss: 31. Juli. Kontakt: BVK e.V. „Journalistenpreis", Fon: 030/30 69 82 – 0, E-Mail: journalistenpreis@bvkap.de; Internet: www.bvkap.de.

Otto Brenner Preis
FRANKFURT/M. Der Preis zeichnet Beiträge aus, die gesellschaftlich relevante, aber unzureichend behandelte Themen in das Blickfeld der Öffentlichkeit rücken. Journalisten sollen ermutigt werden, unbequeme Fragen zu stellen und Missstände klar zu benennen. Zugelassen sind Beiträge, die nach dem 15. August 2008 in deutscher Sprache erschienen sind. Eine Einschränkung in Bezug auf das Medium, Thema, Ressort oder Genre sowie die Länge besteht nicht. Dotierung: Insgesamt 45.000 €, davon sind dreimal 5.000 € ein Recherchestipendium. Einsendeschluss: 14. August. Kontakt: Otto Brenner Stiftung, Jan Burzinski, 069/66 93 – 25 76, E-Mail: obs@igmetall.de; www.otto-brenner-preis.de, Informationen zu den Stipendien: www.netzwerkrecherche.de.

Journalistenpreis „Bürgerschaftliches Engagement"
LEINFELDEN-ECHTERDINGEN. Gewürdigt werden Berichte, Reportagen oder Kommentare, die beispielhaft darstellen, wie und warum Menschen für sich und für andere Verantwortung übernehmen und welche Bedingungen sie dafür brauchen. Zugelassen sind deutschsprachige Beiträge aller Mediensparten, die zwischen dem 16. August 2008 und dem 16. August 2009 erstmals veröffentlicht wurden. Zusätzlich wird zu Ehren von Marion Gräfin Dönhoff ein Förderpreis für junge Printjournalisten bis 30 Jahre verliehen. Dotierung: Insgesamt 35.000 Euro. Einsendeschluss: 17. August. Kontakt: Projektbüro Journalistenpreis, Monika Zydeck, Fon: 07 11/99 75 91 74, E-Mail: juliane.hagedorn@bosch-stiftung.de; www.bosch-stiftung.de.

Für Vielfalt, gegen Diskriminierung
BERLIN. Prämiert werden Journalisten, die die Vorzüge der Vielfalt verdeutlichen und gegen die Diskriminierung – aufgrund der Religion, Weltanschauung, Behinderung, des Alters, der sexuellen Orientierung, Rasse oder der ethnischen Herkunft – anschreiben. Eine Sonderkategorie ist für Artikel vorgesehen, die sich mit dem Zusammenhang zwischen Armut und Diskriminierung auseinandersetzen. Teilnahmeberechtigt sind Artikel, die zwischen dem 30. November 2008 und dem 31. August 2009 in Print- oder Online Medien in der EU veröffentlicht wurden. Dotierung: Insgesamt 9.500 €. Einsendeschluss: 31. August. Einreichung ausschließlich online: http://journalistaward.stop-discrimination.info.

Medienpreis Mittelstand
POTSDAM. Angesprochen sind deutsche Wirtschafts- und Lokaljournalisten, die sich in den Bereichen Print, TV, Online und Hörfunk mit dem unternehmerischen Mittelstand in Deutschland beschäftigen. Ein Sonderpreis „Modernes Bauen" würdigt Beiträge über zukunftsweisende architektonische Lösungen oder moderne Technologien am Bau. Berücksichtigt werden Beiträge, die nach dem 15. September 2008 veröffentlicht wurden. Dotierung: Insgesamt 10.000 €, Einsendeschluss: 31. August. Informationen: wbpr Public Relations, Christine Griese, Fon: 03 31/201 66 – 71 bzw. – 10, E-Mail: bewerbung@journalistenwettbewerb.de; Internet: www.journalistenwettbewerb.de.

DGPPN-Medienpreis
BERLIN. Die Deutsche Gesellschaft für Psychiatrie, Psychotherapie und Nervenheilkunde (DGPPN) und die Stiftung für Seelische Gesundheit vergeben den DGPPN-Medienpreis für Wissenschaftsjournalismus. Berücksichtigt werden Arbeiten aller journalistischen Sparten, die allgemein verständlich zur Popularisierung wissenschaftlicher Sachverhalte aus den Bereichen Psychiatrie, Psychotherapie sowie seelische Gesundheit beitragen. Möglich ist auch die Prämierung von Sendeformaten oder Sendekonzepten im Bereich Hörfunk oder Fernsehen. Dotierung: 5.000 €. Einsendeschluss: 6. September. Kontakt: Deutsche Gesellschaft für Psychiatrie, Psychotherapie und Nervenheilkunde (DGPPN), Hauptgeschäftsstelle, Fon: 030/28 09 66 01/ – 02, E-Mail: sekretariat@dgppn.de; Internet: www.dgppn.de.

Heureka-Preis
FRANKFURT. Der HEUREKA-Preis für Wissenschaftsjournalisten bis zu 35 Jahren wird für die allgemeinverständliche Darstellung eines aktuellen medizinisch-wissenschaftlichen Themas mit innovativem Charakter zu vier gleichen Teilen für Arbeiten aus den Bereichen Zeitung/Zeitschrift, Radio, Fernsehen und Online vergeben. Die Beiträge müssen in den vergangenen zwölf Monaten im deutschsprachigen Raum veröffentlicht worden sein. Dotierung: Insgesamt 20.000 €. Einsendeschluss: 15. September. Informationen: HEUREKA-Sekretariat c/o MS&L, Fon: 069/66 12 456 – 83 40, E-Mail: heureka@mslpr.de; www.heureka-journalistenpreis.de.

econsense-Journalistenpreis
BERLIN. Die Ausschreibung unter dem Motto „Nachhaltigkeit in der Krise!?" prämiert journalistische Beiträge, die die sozialen, ökologischen und ökonomischen Dimensionen verantwortlichen unternehmerischen Handelns darstellen: Wie gelingt es Unternehmen, diese Dimensionen gerade in Krisenzeiten zu einem Dreiklang zu vereinen? Zugelassen sind Beiträge aller Mediensparten, die zwischen dem 25. September 2008 und dem 24. September 2009 in deutschsprachigen Medien veröffentlicht wurden. Dotierung: Insgesamt 4.500 €. Einsendeschluss: 30. September. Kontakt: econsense – Forum Nachhaltige Entwicklung der Deutschen Wirtschaft, Fon: 030/20 28 – 14 74, E-Mail: info@econsense.de; www.econsense.de.

Deutscher Reporterpreis
HAMBURG. Der Preis von Journalisten für Journalisten will ermutigen, Geschichten zu entdecken, die noch keiner kennt, und diese so zu erzählen, wie sie noch keiner erzählt hat. Der Reporterpreis wendet sich an Journalisten in den großen Blättern ebenso wie an Reporter in kleineren Zeitungen. Ausgezeichnet werden die beste Reportage, die beste Lokalreportage, die beste Web-Reportage und der beste Text des Jahres – eine investigative, feuilletonistische oder essayistische Meisterleisung. Dotierung: Insgesamt 25.000 €. Einsendeschluss: 1. Oktober. Kontakt: Reporter-Forum e. V., Fon: 0177/842 84 20, E-Mail: kontakt@reporter-forum.de; www.reporter-forum.de/fileadmin/pdf/Reporterpreis.pdf.

Rundfunk

LfM-Campus-Radio-Preis
DÜSSELDORF. Die Landesanstalt für Medien NRW (LfM) vergibt den Preis für herausragende hochschulbezogene Programmleistungen im Campus-Radio in Nordrhein-Westfalen. Ausgezeichnet werden die besten Beiträge in den Kategorien „Moderation", „Hochschule", „Wissenschaft" und „Spezialsendung". Teilnahmeberechtigt sind Mitarbeiter der nordrhein-westfälischen Campus-Radios. Beiträge müssen zwischen dem 1. August 2008 und dem 31. Juli 2009 im Programm eines nordrhein-westfälischen Campus-Radios ausgestrahlt worden sein. Dotierung: 1.250 €. Bewerbungsschluss: 7. August 2009. Kontakt: LfM, Stichwort „LfM-Campus-Radio-Preis 2009", Zollhof 2, 40221 Düsseldorf, Fon: 02 11/77 00 7 – 0, Email: info@lfm-nrw.de; www.lfm-nrw.de.

Fotografie

Preis für Technikjournalismus
MÜNCHEN. Die Deutsche Akademie der Technikwissenschaften verleiht den PUNKT, den Preis für Technikjournalismus in Deutschland. Er wird in der Kategorie Foto in den Sparten Einzelfoto und Fotoserie vergeben. Prämiert wird die beste Darstellung von Technik und Forschung, die das Verständnis und die Akzeptanz von Innovationen und deren Anwendungsmöglichkeiten unterstützt. Die Fotos müssen im Zeitraum vom 1. April 2008 bis zum 31. März 2009 aufgenommen, jedoch nicht zwingend veröffentlicht worden sein. Dotierung: Insgesamt: 10.000 €. Einsendeschluss: 17. August. Infos: www.acatech.de/journalistenpreis-punkt.

Gesellschafter ART.AWARD
KÖLN. Die Kölner ART.FAIR 21 und die Aktion Mensch laden Studenten und junge Künstler bis 45 Jahren ein, mit Fotografien zum Thema „In was für einer Gesellschaft wollen wir leben?" teilzunehmen. Die Werke der zehn Finalisten werden im Herbst auf der ART.FAIR 21 gezeigt. Dort und im Internet werden die letztlichen Gewinner von der Öffentlichkeit bestimmt.
Zu gewinnen sind der Druck eines eigenen Kataloges im Wert von 10.000 €, die Gestaltung der eigenen Website im Wert von 4.000 € und ein Gutschein für Künstlerbedarf im Wert von 1.500 €. Einsendeschluss: 31. Juli. Kontakt: Gesellschafter ART.AWARD 09, art.fair International GmbH; www.art-fair.de.

Preis für Wissenschaftsfotografie
LEINFELDEN-ECHTERDINGEN. Der Preis prämiert Arbeiten, die Inhalte der Forschung öffentlichkeitswirksam zeigen. Mitmachen können alle, die im Zeitraum 1. Januar 2008 bis 30. Juli 2009 Menschen und Objekte in Wissenschaft und Forschung beispielhaft fotografiert haben. Kategorien sind Einzelfoto, Mikro-/Makrofotografie und Reportage. Einen Sonderpreis gibt es zum Thema „Zukunft gestalten".
Dotierung: Insgesamt 24.000 €.
Einreichschluss: 31. Juli.
Kontakt: Deutscher Preis für Wissenschaftsfotografie, Ernst-Mey-Straße 8, 70771 Leinfelden-Echterdingen. Internet: www.wissenschaft.de/fotopreis.

Look forward
BURGHAUSEN. Maximal 30 Teilnehmer sind eingeladen, vom 28. August bis 1. September in Burghausen an „gute aussichten – junge deutsche fotografie: plattform1" teilzunehmen. Fünf Tage lang gibt die Plattform Gelegenheit zum Gedanken- und Meinungsaustausch über die Bedingungen und Besonderheiten des Studienfachs. Kursgebühr: 95 €. Verbindliche Anmeldung und Vorauskasse bis 15. August ausschließlich via E-Mail: info@guteaussichten.org. Internet: www.guteaussichten.org/index.php?id=300.

Canon-ProfiFoto-Förderpreis
JÜCHEN. Der Förderpreis unterstützt Projekte, die noch umgesetzt oder fertig gestellt werden sollen. Die fünf besten Konzepte und Ideen werden mit jeweils 2.000 € Preisgeld in Form von Sachpreisen gefördert. Teilnehmen können professionelle Fotografen unter 30 Jahren, die ihre Ausbildung in Fotografie oder Foto-Design gerade absolvieren oder abgeschlossen haben. Einsendeschluss: 10. August.
Kontakt: Buero GRG, Thomas Gerwers, Fon: 0 21 65/87 21 73
E-Mail: profifoto@buero-grg.de; www.canon-profifoto-foerderpreis.de.

Förderpreise Dokumentarfotografie
LUDWIGSBURG. Die Wüstenrot Stiftung lobt vier Stipendien für Absolventen deutscher Hochschulen und Akademien aus. Die Stipendiaten erhalten jeweils 10.000 € für die Realisierung und technische Ausarbeitung eines Projekts. Einzureichen sind Originalfotografien – die gesamte Abschlussarbeit – in Verbindung mit einem einseitigen Exposé über das zukünftige Projekt, das gefördert werden soll.
Einreichschluss: 14. September. Informationen: www.wuestenrot-stiftung.de

Varia

Migranten in die Redaktionen!
BERLIN. Jeder fünfte in Deutschland Lebende hat eine Zuwanderungsgeschichte – doch nur etwa jeder fünfzigste Journalist. Folgen davon sind die allgemein fehlende Präsenz des Blicks von Migranten auf gesellschaftliche Themen und eine mitunter von Klischees geprägte Berichterstattung. Vor diesem Hintergrund startet das BWK Bildungs-Werk in Kreuzberg am 1. September eine 15-monatige „Bikulturelle Crossmediale Fortbildung für junge Migranten". Das Auswahlverfahren für die Fortbildung läuft bis Ende Juli, Interessenten mit Allgemeiner Hochschulreife,

21. bis 25. September 2009 in Lage-Hörste

„Redaktionsbetriebe im Umbruch"

Umstrukturierungen und Beschäftigungssicherung

Das Seminar wendet sich an Betriebsratsmitglieder aus Verlagen und Redaktionsbetrieben. Auf dem Programm stehen verschiedene Modelle der Umstrukturierung und Reorganisation von Redaktionsbetrieben, Rechte und Handlungsmöglichkeiten des Betriebsrats sowie Fragen der Beschäftigungssicherung und -förderung. Die konkrete Schwerpunktsetzung erfolgt anhand der Problematik in den Betrieben der SeminarteilnehmerInnen.

Referenten: Ulrich Janßen/Oldenburg, Christian Stupka/München
Veranstaltungsort: ver.di Institut für Bildung, Medien und Kunst, Teutoburger-Wald-Str. 105, 32791 Lage-Hörste, Fon: 052 32/983 – 0
Termin: 21. September, Beginn 12.00 Uhr bis 25. September, Ende 14.00 Uhr
Seminargebühr: 829,00 EUR zzgl. MwSt. (Referenten-, Durchführungskosten, Seminarunterlagen). Die Seminargebühr ist vorab in voller Höhe zu begleichen. Die Kostenerstattung durch den Arbeitgeber für die Seminarteilnahme regelt § 40 Abs. 1 BetrVG
Übernachtungs- und Verpflegungskosten: 415,00 EUR (inkl. MwSt.) für Vollpension, direkt im Seminarhotel zu bezahlen
Anmeldung: Bis 10. August schriftlich bei ver.di Bildung + Beratung gGmbH, Regionalvertretung Berlin, Köpenicker Str. 31, 10179 Berlin oder per Fax: 030/263 99 89 – 25
Informationen: ver.di Bildung + Beratung gGmbH, Annette Risau, Fon: 030-26399 89-14, E-Mail: risau@bb. **Seminar-Nummer:** F08-909212

guten Deutsch- und Computerkenntnissen sowie großem Interesse an Politik, Wirtschaft und Kultur sollten sich schnellstmöglich an den Projektleiter Uwe Schulte wenden. Fon: 030 / 61 79 29 – 51, E-Mail: schulte@bwk-berlin.de.

Stipendien

NEON Recherche-Stipendium.
MÜNCHEN. Das Magazin NEON fördert investigative Arbeit mit einem Recherche-Stipendium für Journalisten unter 40 Jahren. Prämiert werden Exposés für Themenfelder oder konkrete Geschichten, die noch nicht recherchiert und geschrieben sind und die ohne finanzielle Unterstützung nicht realisiert werden können. Die fünf besten Ideen werden mit jeweils 10.000 € gefördert. Einreichschluss: 31. August. Kontakt: NEON Magazin GmbH, Manuela Orth, Weihenstephaner Straße 7, 81673 München, E-Mail: recherchestipendium@neon.de; www.neon.de/recherchestipendium.

Vergabe von Stipendien
MÜNCHEN. Zur Sicherung eines hohen Niveaus in der deutschen Tagespresse vergeben die Gesellschafter des Süddeutschen Verlags einjährige Stipendien an begabte Journalisten in den Printmedien. Bei vorliegender Bedürftigkeit können die Stipendien während oder nach ihrer Ausbildung an deutschen Tageszeitungen gewährt werden oder zur Vertiefung von Fachkenntnissen im selbst gewählten Spezialgebiet. Bewerbungsfrist: 1. September. Kontakt: Studienstiftung der Süddeutschen Zeitung, Stiftungsvorstand Marita Schmid, Fon: 089 / 21 83 – 77 93, E-Mail: studienstiftung@sueddeutsche.de; www.sueddeutscher-verlag.de/info/facts/corporate_social_responsibility.

Deutsch-Niederländisches Journalistenstipendium
BERLIN. Das Stipendium ermöglicht jeweils acht niederländischen und acht deutschen Journalisten die Gelegenheit zu einem zweimonatigen Arbeitsaufenthalt im anderen Land. Die Stipendiaten arbeiten als Gast bei einer Redaktion ihrer Wahl und recherchieren gleichzeitig für ihre Heimatmedien. Bewerben können sich Journalisten bis 40 Jahre, die bei deutschen oder niederländischen Medien tätig sind. Die Stipendiaten erhalten einmalig 3.000 €, ein Eigenbeitrag der Stipendiaten wird erwartet. Bewerbungsschluss: 30. September. Kontakt: Internationale Journalisten-Programme (IJP) Anke Plättner Fon: 030 / 83 22 93 96, E-Mail: plaettner@ijp.org; Internet: www.ijp.org.

Preise im Netz

Weitere Ausschreibungen für Medienpreise stehen im Netz: http://mm.verdi.de/archiv/2009/06-07/service/termine

leute

Dr. **Jürgen Brautmeier**, Stellvertreter des Direktors der Landesanstalt für Medien NRW (LfM), wurde in seinem Amt als 1. stellv. Vorsitzender der Arbeitsgemeinschaft der europäischen Medienanstalten (EPRA) bestätigt.

Wolfgang Büchner, bisher gemeinsam mit **Rüdiger Ditz** Chefredakteur von Spiegel Online, wird neuer Chefredakteur der dpa; spätestens Anfang 2010 soll er sein Amt antreten. Er tritt die Nachfolge von **Wilm Herlyn** an, der in den Ruhestand geht. Ditz leitet jetzt die Spiegel Online-Redaktion allein. Stellv. Chefredakteurin wurde **Jule Lutteroth**, zuletzt geschäftsführende Redakteurin.

Der Filmemacher **Klaus Charbonnier** löste als Leiter des Dokumentarfilmfestivals dokumentART in Neubrandenburg und Szczecin (Stettin) sowie als Leiter der Medienwerkstatt des Vereins Latücht **Holm-Henning Freier** ab, der Chef der Stasi-Unterlagenbehörde in Neubrandenburg wurde.

Steffen Eßbach, bislang beim NDR-Fernsehen Redaktionsleiter der Sendung „Markt", folgt als Leiter der Sendungen „Zapp" und „extra 3" auf **Kuno Haberbusch**, der sich künftig im Programmbereich Kultur und Dokumentation dem Ausbau der Aktuellen Dokumentation widmen wird.

Frank Fladerer, zuletzt Redakteur beim polytechnischen Fachmagazin MM Maschinenmarkt, folgte als Chefredakteur von handling (Fachverlag Hoppenstedt Publishing, Darmstadt), einer Fachzeitschrift für Handhabungstechnik, Fabrikautomation und Intralogistik, auf **Gunthart Mau.**

Axel Flemming, Moderator und Redakteur beim Deutschlandradio, löst im Korrespondentenbüro des Senders in Potsdam **Claudia van Laak** ab, die in das Landesstudio Berlin wechselt.

Sebastian Ganske wurde Leiter der elektronischen Medien im Jahreszeiten Verlag (Ganske Verlagsgruppe, Hamburg).

Carsten Gensing, bei der Bild-Zeitung Ressortleiter Nachrichten, und **Ulrich Becker**, Leiter des Ressorts Leben & Wissen, wurden zu stellv. Chefredakteuren des Blattes berufen; ihre Ressorts führen sie weiter.

Hamburg Media School (HMS): Neue Mitglieder des Aufsichtsrats der HMS sind Dr. **Nikolas Hill**, Staatsrat der Hamburger Behörde für Kultur, Sport und Medien, **Andreas Arntzen**, Mitglied der Geschäftsführung der Verlagsgruppe Madsack, und **Andreas Wolfers**, Leiter und Geschäftsführer der Henri-Nannen-Journalistenschule.
Aus dem Gremium ausgeschieden sind **Karl-Dietrich Seikel, Andreas Fritzenkötter** und **Reinhard Stuth**.

Das JFF – Institut für Medienpädagogik in Forschung und Praxis wird von dem gemeinnützigen Verein „Jugend Film Fernsehen" getragen. Prof. Dr. **Bernd Schorb** (Universität Leipzig) als Vorsitzender und sein Stellvertreter Prof. Dr. **Rüdiger Funiok** (Hochschule für Philosophie München) wurden in ihren Ämtern bestätigt. Beisitzerinnen und Beisitzer sind: **Hans-Peter Eurich** (Fachakademie für Heilpädagogik, Feucht), Prof. Dr. **Friedrich Krotz** (Universität Erfurt), **Martina Liebe** (Bayerischer Jugendring), **Margrit Lenssen** (ZDF), **Klaus Lutz** (Medienzentrum Parabol, Nürnberg) und Prof. em. Dr. **Dieter Spanhel** (Universität Erlangen-Nürnberg).
Mit der Verabschiedung von Dr. **Fred Schell**, bisher geschäftsführender Direktor des JFF, in den Ruhestand ging die Leitung des Instituts auf Prof. Dr. **Helga Theunert** über, bislang wissenschaftliche Direktorin. Ihre Stellvertreterinnen sind **Ulrike Wagner**, die ihr zugleich als Leiterin der Abteilung Forschung nachfolgt, und **Kathrin Demmler**, die Co-Leiterin der Abteilung Praxis wurde.

Die Jugendpresse Deutschland wählte einen neuen Bundesvorstand: **Julia Balanowski, Michael Hallermayer, Ory Daniel Laserstein, Gerrit Bastian Mathiesen, Andreas Weiland** und **Christian Wermke**.

Rüdiger Knopf, bisher Leiter der Online-Redaktion von TV Movie (Verlagsgruppe Bauer), wurde Online-Chef-

Impressum

«M – Menschen Machen Medien»
Medienpolitische ver.di-Zeitschrift, erscheint neun Mal im Jahr

Herausgeber: Fachbereich 8 (Medien, Kunst, Industrie), Bundesvorstand: Frank Bsirske / Frank Werneke
Redaktion: Karin Wenk (verantwortlich), Telefon 030 / 69 56 23 26
Anschrift: ver.di Bundesverwaltung / Karin Wenk, Redaktion M, Paula-Thiede-Ufer 10, 10179 Berlin, Fax: 030 / 69 56 36 76
E-Mail: karin.wenk@verdi.de
Für unverlangt eingesandte Artikel und Bilder übernimmt die Redaktion keine Verantwortung. Gezeichnete Beiträge stimmen nicht immer mit der Meinung der Redaktion überein.

Anzeigen:
Network Media GmbH
Stresemannstraße 30, 10963 Berlin
Ansprechpartner: Michael Blum (Leiter)
Tel: 030 / 255 94 – 150
Fax: 030 / 255 94 – 190
E-Mail: blum@nwmd.de
Gültige Anzeigenpreisliste:
Nr. 14 gültig ab 1.1.2009
M im Internet
http://mmm.verdi.de

Layout: Petra Dreßler, Berlin
Tel. 030 / 322 18 57
Titelbild: Hermann J. Haubrich, Berlin, Tel. 0171 / 343 88 10

Druck und Vertrieb:
alpha print medien AG (apm)
Kleyerstraße 3, 64295 Darmstadt

Jahresabonnement:
36,– € einschließlich Versandkosten.
Abonnementsverwaltung:
Verlagsgesellschaft W.E. Weinmann mbH, Postfach 1207, 70773 Filderstadt, Telefon 0711 / 700 15 30. Für Mitglieder der Medien-Fachgruppen ist die Bezugsgebühr im Mitgliedsbeitrag enthalten. ver.di-Mitglieder aus anderen Fachgruppen zahlen 18 € – eine gesonderte Bestellung ist notwendig.

Weitere Publikationen:
„Kunst & Kultur"
verantwortlich: Burkhard Baltzer
„Druck + Papier" verantwortlich: Henrik Müller 030 / 69 56 – 10 76

Redaktionsschluss:
M 06 / 07.2009: 15.6.2009
M 08 / 09.2009: 22.8.2009
ISSN-Nr.: 09 46 – 11 32

redakteur bei den Privatsendern Radio Hamburg und Oldie 95 sowie dem Radiovermarkter more Radio GmbH & Co KG (Hamburg).

Alois Kösters, seit Dezember 2008 kommissarischer Chefredakteur der Redaktion der Zeitungsgruppe Lahn-Dill (Wetzlarer Neue Zeitung), wurde zum regulären Chefredakteur berufen.

Martin Leutke, bisher u.a. Reporter bei der ZDF-Hauptredaktion Aktuelles, wurde neuer Leiter des ZDF-Landesstudios Hessen.

Hans Leyendecker, Leitender Redakteur der SZ, übernahm die Leitung des neu gegründeten Ressorts Investigative Recherche; unterstützt wird er u.a. von seinem Stellvertreter **Nicolas Richter**, bisher im Auslandsressort, und dem Rechercheur **Klaus Ott**.

Wolfgang Link, zuletzt bei der Produktionsfirma Grundy Light Entertainment tätig, folgt als Unterhaltungschef von SAT.1 auf **Christoph Bürge**, der den Sender verlässt.

Mark-Oliver Multhaup, bisher Chefredakteur der Bilderdienste AP Deutschland, wird Geschäftsführer bei WAZ New Media, wo er für den Bereich der neuen Bildredaktion und das Foto-Ressort am Content Desk der WAZ Mediengruppe in NRW zuständig sein wird.

Personalien beim RBB: **Hans-Jürgen Pohmann**, bisher Leiter des RBB-Programmbereichs Sport, wurde zum Leiter der RBB-Hauptabteilung Service und Sport berufen, die Teil der neuen multimedialen Programmdirektion ist. **Heiner Heller**, zuletzt zuständig für den Wortbereich von Radio 1Live beim WDR, wird Leiter des Bereichs Neue Zeiten (Hörfunkprogramme Radioeins und Fritz, Fernsehabteilungen Unterhaltung, Film und Aktuelle Kultur). **Helmut Lehnert**, der bisherige Unterhaltungschef des RBB, wurde künstlerischer Leiter der Bar jeder Vernunft und des Tipi-Zeltes am Kanzleramt. **Stephan Abarbanell**, bisher Leiter der Programmkoordination / Sendeleitung im RBB-Fernsehen, übernimmt die Leitung des Bereichs Zentrale Aufgaben Programm.

Nina Poelchau, bisher Redakteurin bei der Schwäbischen Zeitung und freie Autorin für das SZ-Magazin, Chrismon, Brigitte, Brigitte Woman und Brand eins, wurde Redakteurin im Ressort Deutschland und Gesellschaft des Stern.

Thomas Reinke, bislang stellv. Programmchef beim Kulturradio WDR 3, löste als Leiter des Radiosenders Funkhaus Europa **Jona Teichmann** ab, die Leiterin der neu geschaffenen Hörfunk-Programmgruppe Regionales im WDR-Landesfunkhaus Düsseldorf wurde.

Diemut Roether, bisher im Team Medien und Kultur in der Zentralredaktion des Evangelischen Pressedienstes (epd, Frankfurt am Main) tätig, folgte als Verantwortliche Redakteurin des Fachdienstes epd medien sowie Leiterin des Teams Medien und Kultur in der epd-Zentralredaktion auf **Volker Lilienthal**, der die Rudolf-Augstein-Stiftungsprofessur für Praxis des Qualitätsjournalismus an der Universität Hamburg übernahm.

Alexander Rösner, früher Sportchef und Sport-Programmkoordinator bei SAT.1, folgt als Chefredakteur des DSF auf **Sven Froberg,** der zu SAT.1 wechselte.

Kristian Röttger, bisher Leiter Reportage bei SAT.1, verlässt den Sender, der von Berlin nach München umzieht.

Heike Slansky, bisher Reporterin im ZDF-Landesstudio Berlin, und **Christoph Röckerath**, zuletzt im ZDF-Reporterpool, wechselten als Korrespondenten in das ZDF-Studio Washington, das von **Matthias Fornoff** geleitet wird.

Heinz Sommer, Hörfunkdirektor und stellv. Intendant des HR, wurde in seinem Amt als Präsident des Radio Committee der Europäischen Rundfunkunion (EBU) bestätigt.

Axel Stegmaier, bislang Leiter Formatentwicklung bei kabel eins, wurde Leiter der im Bereich Programmstrategie & -operations neu geschaffenen Abteilung Entertainment; **Klaus Proff**, bisher Leitender Redakteur Dokumentationen, firmiert jetzt als Leiter Documentaries & Digital Strategies.

Frank Thewes, bisher Focus-Korrespondent, wurde stellv. Leiter der Parlamentsredaktion des Magazins in Berlin.

Petra Urban, zuletzt Leiterin des Büros der dpa-Tochter news aktuell in München, kehrte in die Hamburger Zentrale zurück und ist als Leiterin Verkauf media workshop für das Seminarangebot zuständig.

Uwe Vorkötter, zuletzt Chefredakteur der FR, kehrte wieder auf seinen früheren Posten als Chefredakteur der Berliner Zeitung zurück. Überdies wird Vorkötter Beauftragter für eine intensivere Kooperation von Berliner Zeitung und FR. Die Chefredaktion der FR übernahmen **Rouven Schellenberger**, bisher stellv. Chefredakteur des Blattes, und **Joachim Frank**, zuvor stellv. Chefredakteur des Kölner Stadt-Anzeigers. Frank folgt dort **Burkhard von Pappenheim** nach, bislang stellv. Chefredakteur der Mitteldeutschen Zeitung.

Sigrid Wolff, bisher Leiterin der Pressestelle des Bundesvorstands von Bündnis 90/Die Grünen, löste als Leiterin des Bereichs Öffentlichkeitsarbeit des DGB und Pressesprecherin des DGB-Bundesvorstands **Axel Brower-Rabinowitsch** ab, der altersbedingt ausschied.

preise

Der Alternative Medienpreis wird vom Verein Nürnberger Medienakademie e.V. und Radio Z vergeben. Print – 1. Preis: **Michael Weiss** für „Das Versteckspiel – Lifestyle, Symbole und Codes rechtsextremer Gruppen" (Verein „agentur für soziale perspektiven"); 2. Preis: **Torsten Engelbrecht** für „Die Amalgam-Kontroverse". Internet – 1. Preis: **Felix Scheidl** für Podcasts auf „respect.de"; 2. Preis: **Wolfgang Lieb** und **Albrecht Müller** für „nachdenkseiten.de". Audio / Hörfunk – 1. Preis: **Monika Hanewinkel** für „Ene mene meck und du bist weg"; 2. Preis: **Ralf Stutzki** für „Du bist Radio – Häftlinge der JVA Lenzburg produzieren ihre erste Sendung". Video – 1. Preis: **Margit Pabst** für „Manchmal bin ich sogar glücklich"; 2. Preis: **Andrea Röpke** und **Otto Belina** für „Ferien im Führerbunker". Die Preise sind mit jeweils 500 € dotiert.

Der Arthur F. Burns-Journalistenpreis (2.000 €) wird vom Auswärtigen Amt und dem Kuratorium der Internationalen Journalisten-Programme e.V. gestiftet und an einen deutschen und einen US-amerikanischen Journalisten für die Berichterstattung über das jeweils andere Land vergeben. 2009 ging der Preis an **Gregor Peter Schmitz**, USA-Korrespondent von Spiegel Online, für seinen Beitrag „Obamas Traum" (Spiegel Special Geschichte „USA") und an den US-Journalisten **Andrew Curry** für den Beitrag „Piercing together the dark legacy of East Germany's secret police" (Zeitschrift Wired). Den George F. Kennan-Kommentarpreis (2.000 €) erhielt **Niklas Maak**, Leiter des Ressorts Kunst der FAZ in Berlin, für den Beitrag „Die Botschaft der Botschaft" (FAS).

Axel Springer Preis für junge Journalisten 2009 – Kategorie Print / 1. Preis Lokale/Regionale Beiträge (6.000 €): **Jürgen Bock** für die Serie „Notfallversorgung in Stuttgart" (Stuttgarter Nachrichten); 1. Preis Überregionale / Nationale Beiträge (6.000 €): **Jan Grossarth** für „Und vergib uns unsere Kohlenstoffschuld" (FAZ); 1. Preis Wochen- / Monatspublikationen (6.000 €): **Alice Bota** für „Wo Geburt und Tod sich treffen" (Die Zeit). Kategorie Fernsehen / 1. Preis (6.000 €): **Rebecca Gudisch** und **Tilo Gummel** für „Kindersklaven" (WDR); 2. Preis (4.000 €): **Florian Bauer** für „Ein Angebot, Dopingverschleierung, Spanien – Über die Hintergründe einer Email" (ARD); 3. Preis (2.000 €): **Lutz Ackermann, Anita Blasberg** und **Marian Blasberg** für „Die Weggeworfenen – Geschichte einer Abschiebung" (ZDF). Kategorie Hörfunk / 1. Preis (je 6.000 €): **Anne Allmeling** und **Elif Senel** für „Leben ohne Hayat – Was hinter einer Nachricht steckt" (WDR 5) sowie **Ulrike Jährling** für „Ein Leben wie in der Oper" (Deutschlandradio Kultur); 3. Preis (2.000 €): **Christoph Pfaff** und **Anneli Beyer** für „Der Durchschnitts-Deutsche als Experiment" (delta radio). Kategorie Internet / 1. Preis (6.000 €): **Sebastian Christ** für „Die Folgen der Entvölkerung" (stern.de / demografie); 2. Preis (4.000 €): Team 4 der Axel Springer Akademie für „Machtmaschine" (macht-maschine.de); 3. Preis (2.000 €): **Patrick Gensing** für „Piratenpartei statt SPD: Die NPD auf dem Weg zur Regionalpartei" (npd-blog.info/?p=1178).

CIVIS Medienpreis für Integration und kulturelle Vielfalt – Europäischer CIVIS Fernsehpreis / Information: **Gaia Chiti Strigelli** für die Reportage „True Life: Lampedusa at the door of Europe" (MTV Italy); Unterhaltung: **Abi Morgan** für den Fernsehfilm „White Girl" (BBC). Deutscher CIVIS Fernsehpreis / Information: **Lutz Ackermann, Anita Blasberg** und **Marian Blasberg** für die Dokumentation „Die Weggeworfenen – Geschichte einer Abschiebung" (ZDF); Unterhaltung: **Beate Langmaack** (Buch) und **Tomy Wigand** (Regie) für den Fernsehfilm „Willkommen im Westerwald" (SWR). Europäischer CIVIS Radiopreis / lange Programme: **Doris Stoisser** für ihr Feature „Hörbilder: Karntn is lei ans – Die Geschichte einer Abschiebung" (ORF); kurze Programme: **Zulayat Suli Kurban** für die Reportage „Live on3radio – Das Magazin: Win-Place-Show. Auf dem Weg zur Premiere, Teil 2" (BR). Förderpreis European Young CIVIS Media Prize: **Serkal Kus** (Buch) und **Katrin Gebbe** (Regie) für den Kurz-Spielfilm

„Sores und Sîrîn" (Hamburg Media School). Die Preise waren mit insgesamt 41.000 € dotiert.

Der DRK-Medienpreis wird vom DRK-Kreisverband in Bremen bundesweit ausgeschrieben. Die Preisträger für das Jahr 2008: **Wolfgang Uchatius** für „Wenn das Ich sich auflöst" (Die Zeit, Dossier); **Carsten Stormer** für „Ihr letzter Tag" (FR); **Stefan Buchen** und **Norbert Lübbers** für „Letzte Rettung Luftbrücke – Von Kabul in die Kinderklinik" (NDR / ARD); **Doris Maull** für „Würdevoll bis zuletzt – Hospizbewegung in Rheinland-Pfalz" (SWR2).

Alexandra Duong wurde beim Wettbewerb Duden Open 2008/2009 für Nachwuchsjournalistinnen und -journalisten bis 21 Jahre unter acht Finalisten zur Siegerin gekürt.

Der Eine-Welt-Filmpreis NRW 2009 ging ex aequo an: „Memory Book – Damit du mich nie vergisst" von **Christa Graf** (Deutschland / Schweiz); „Gold über alles" von **Robert Nugent** (Frankreich / Australien); „Deweneti – Irgendwo in Afrika" von **Dyana Gaye** (Senegal).

Hannelore Elsner wurde beim Festival des deutschen Films in Ludwigshafen mit dem Preis für Schauspielkunst ausgezeichnet.

Erica Fischer, in Berlin lebende österreichische Autorin und Publizistin, wurde vom Journalistinnenbund mit der „Hedwig-Dohm-Urkunde für ein Lebenswerk" geehrt. Den Nachwuchspreis „Andere Worte – neue Töne" 2009 erhielt **Stephanie Dötzer**, beim arabischen Nachrichtensender Al Jazeera in Doha / Katar tätig, für ihr Hörstück „Bagdad atmet noch – Eine irakisch-deutsche Freundschaft" (SWR).

Erik Haffner (Buch und Regie) wurde beim 1. Eyes & Ears Trailerfestival in Köln für die Web-Comedy zu der ZDF-Familienserie „Da kommt Kalle" in der Kategorie Online Promotion / Serie und Mini-Serie ausgezeichnet.

Verena Hasel, ehemalige Volontärin beim Tagesspiegel, erhielt für ihre Reportage „Früher ist vorbei" den mit 1.500 € dotierten 21. Reportagepreis der Akademie für Publizistik (Hamburg).

Henri Nannen Preis 2009 – Egon Erwin Kisch Preis für die beste Reportage: **Katja Thimm** für „Rolf, ich und Alzheimer" (Der Spiegel); Besonders verständliche Berichterstattung: **Klaus Brinkbäumer, Ullrich Fichtner, Beat Balzli, Hauke Goos, Frank Hornig, Ralf Hoppe, Ansbert Kneip, Jochen Brenner** für „Der Bankraub" (Der Spiegel); Beste investigative Leistung: **Melanie Bergermann** für „Ich habe Sie betrogen" (Wirtschaftswoche); Herausragende humorvolle und unterhaltende Berichterstattung: **Oliver Maria Schmitt** für „Der Weg zum Erfolgsbuch: Ich bin dann mal Ertugrul" (FAZ); Beste fotografische Autorenleistung: **Yang Yankang** für „Die starke Kraft des Glaubens" (GEO); Pressefreiheit: **Robert Ménard**; Lebenswerk: **Jürgen Leinemann** (Der Spiegel). Der Henri Nannen Preis wird vom Verlag Gruner + Jahr (Hamburg) ausgerichtet.

Herbert Quandt Medien-Preise 2009 der Johanna-Quandt-Stiftung – Hauptpreise (je 15.000 €): **Jörg Eigendorf, Thomas Exner** und **Olaf Gersemann** für Idee und Konzept der WirtschaftsSerie „Kinderleicht" (Welt am Sonntag); **Beat Balzli, Jochen Brenner, Klaus Brinkbäumer, Ullrich Fichtner, Hauke Goos, Ralf Hoppe, Frank Hornig** und **Ansbert Kneip** für den Beitrag „Der Bankraub" (Der Spiegel). Weitere Preise (je 10.000 €): **Michael Ohnewald** für die Artikel-Serie „Eine Familie in China" (Stuttgarter Zeitung); **Stephan Lamby** für den TV-Film „Der große Rausch" (ARD).

Die Hörspielproduktion „Ländliche Küche in Zentralfrankreich" (Koproduktion Deutschlandfunk / HR) von **Harry Mathews** wurde auf dem 13. Festival des Internationalen Radiohörspiels in Hvar / Kroatien mit dem Prix Marulic ausgezeichnet.

Der Hugo-Junkers-Preis 2008 des Deutschen Luftfahrt-Presseclubs, dotiert mit 10.000 €, geht zu gleichen Teilen an **Jochen Temsch** für den Beitrag „Ins All und zurück" (SZ) sowie an **Stefan Scholl** für seine Reportage „Anarchie im All" (Brand eins). Den LCP-Sonderpreis erhält **Sylvia Kuck** für die Rundfunk-Reihe „hr-info-Airport".

24. Internationales Dokumentarfilmfestival München – eine Auswahl der Preisträger. Dokumentarfilmpreis des BR und der Telepool (10.000 €): „La Chine est encore loin" von **Malek Bensmaïl** (Frankreich / Algerien); FFF-Förderpreis Dokumentarfilm (5.000 €): „Der letzte Applaus – Ein Leben für den Tango" von **Germán Kral** (Deutschland / Japan / Argentinien); Festival-Preis Horizonte (3.000 €): „Bilal" von **Sourav Sarangi** (Indien); Preis „Der besondere Dokumentarfilm" der BLM (2.500 €): „Redemption" von **Sabrina Wulff** (Deutschland); OmU-Förderpreis der Untertitel-Werkstatt Münster: „Bernsteinland – Ein Todesmarsch in Ostpreußen" von **Julia Bourgett** (Deutschland); Jurypreis: „Kartoffelherz" von **Matthias Thönnissen**; Publikumspreise: „Alles aus München" von **Bastian Hertel** und **Patrick Davies** sowie „Im Land der Kranosaurier" von **Niko Burger**.

Beim 20. Internationalen Filmfest Emden-Norderney werden für Filme nur Publikumspreise vergeben. Bernhard Wicki Preis – 1. Preis (10.000 €): „Troubled Water" von **Erik Poppe**; 2. Preis (3.000 €) und NDR-Filmpreis für den Nachwuchs (5.000 €): „Salami Aleikum" von **Ali Samadi Ahadi**; 3. Preis (2.000 €): „Hunger" von **Steve McQueen**. DGB-Filmpreis (5.000 €): „Deutschland nervt" von **Hans-Erich Viet**. Ostfriesischer Kurzfilmpreis – 1. Preis (2.500 €): „The Wednesdays" von **Conor Ferguson**; 2. Preis (1.000 €): „Section 44" von **Daniel Wilson**; 3. Preis (500 €): „Das grüne Schaf" von **Carsten Strauch**. EZetera-Filmpreis einer Jugendjury (2.500 €): „Tausend Ozeane" von **Luki Frieden**. Ehrenpreis: die Schauspielerin **Iris Berben**. Drehbuchpreis – 1.Preis (15.000 €): **Sönke Andresen** (Den Haag) für „Dustbuster"; 2. Preis (1.000 €): **Fritjof Hohagen** (München) für „Die schwarzen Brüder" und **Ursula Gruber** (München) für „Mein Leben in Orange".

55. Internationale Kurzfilmtage Oberhausen – eine Auswahl der Preisträger. Internationaler Wettbewerb / Preise der Internationalen Jury – Großer Preis (7.500 €) und Preis der Jury des Ministerpräsidenten des Landes NRW (5.000 €): „A Letter to Uncle Boonmee" von **Apichatpong Weerasethakul** (Thailand); Hauptpreise (je 3.500 €): „Ketamin – Hinter dem Licht" von **Carsten Aschmann** (Deutschland) und „True Story" von **Robert Frank** (USA); ARTE-Preis (2.500 €) und FIPRESCI-Preis: „Bernadette" von **Duncan Campbell** (Großbritannien). Preis der Ökumenischen Jury (1.500 €): „Elefantenhaut" von **Severin Fiala** und **Ulrike Putzer** (Österreich); Preise der Kinojury: „Prrrride" von **Sirah Foighel Brutmann** und **Eitan Efrat** (Niederlande / Israel) sowie „Murphy" von **Bjørn Melhus** (Deutschland); Preis der Internationalen Kurzfilmtage Oberhausen (500 €): „Burning Palace" von **Mara Mattuschka** (Österreich). Deutscher Wettbewerb – Preis für den besten Beitrag (je 2.500 €): „n. n." von **Michel Klöfkorn** und „Please Say Something" von **David OReilly**; 3sat-Förderpreis (2.500 €): „Rebeca" von **Gonzalo H. Rodríguez**. Preise des NRW-Wettbewerbs – 1. Preis (1.000 €): „A Taste of Honey" von **Simon Rittmeier**; 2. Preis (500 €): „Dial M for Mother" von **Eli Cortiñas Hidalgo**. Preise des Kinder- und Jugendfilmwettbewerbs / Kinderjury (1.000 €): „Adriaan: Ein Sarg für Stippie" von **Mischa Kamp** (Niederlande); Jugendjury (1.000 €): „Ralph" von **Alex Winckler** (Großbritannien). MuVi-Preis – 1. Preis (2.500 €): **Thomas Köner** für „Pasajeros peregrinos pilotos" (Porter Ricks); 2. Preis (1.500 €): **Xenia Lesniewski** für „Egodyston" (Groenland Orchester); 3. Preis (1.000 €): **Karl Kliem** für „Graf" (Lithops); Publikumspreis (500 €): **Daniel Franke** und **Martin W. Maier** für „Zum König geboren" (Marteria).

Hans Janke, Ex-Fernsehspielchef des ZDF, erhält für seine „herausragenden Verdienste um das deutsche Fernsehen" den Sonderpreis des Robert-Geisendörfer-Preises / Medienpreises der Evangelischen Kirche 2009.

Der Journalistenpreis „Bezahlen mit Karte im Alltag" 2008 / 2009 wird von der Sparkassen-Finanzgruppe getragen. 1. Preis: **Frank Wörner** für „Die Geheimniskrämer" (Wirtschaftsmagazin Impulse); 2. Preis: **Konstantin Zurawski** für „Hacker im Hintertreffen" (Bild der Wissenschaft); 3. Preis: **Susanne Wimmer** für „Tatort Geldautomat" (SZ). Der Preis ist mit insgesamt 10.000 € dotiert.

Der Journalistenpreis der deutschen Zeitungen Theodor-Wolff-Preis wird vom Bundesverband Deutscher Zeitungsverleger (BDZV) ausgeschrieben. Kategorie Allgemeines (je 6.000 €): **Bastian Obermayer** für „Bis zum letzten Schlag" (SZ) und **Thomas Scheen** für „Aleksandr, der Bruchpilot" (FAZ); Kategorie Kommentar / Glosse / Essay (6.000 €): **Henning Sußebach** für „Eine Liebe verschwindet" (Die Zeit); Kategorie Lokales (6.000 €): **Regina Köhler** für „Die Weihnachtsgeschichte von einem Kind, das in der Zehlendorfer Babyklappe lag" (Berliner Morgenpost); Preis für das Lebenswerk: **Nina Grunenberg** (Die Zeit).

Der Kurzfilmwettbewerb „Talentprobe@ Das kleineFernsehspiel" des ZDF wurde als Online-Wettbewerb für Filmnachwuchs bis zum Alter von 25 Jahren durchgeführt. Publikumspreis: „Gabra2" von **Jan Karpinski**. Jurypreise – 1. „Kopfgeburtenkontrolle" von **Jan Riesenbeck**; 2. „Regenbogenengel" von **Anna Kaste**; 3. „Nachts in den Karpaten" von **Kai Blisch** und **Adrian Marhoffer**.

Stephan Lamby wurde für die Dokumentation „Henry Kissinger – Geheimnisse einer Supermacht" (NDR / ARTE) beim 42. Internationalen World Filmfestival in Houston / Texas mit dem Special Jury Award ausgezeichnet.

Bernd Lange und **Hans-Christian Schmid** erhalten für das Drehbuch ihres Films „Sturm" den mit 10.000 € dotierten Preis der Autoren 2009, den die Frankfurter Autorenstiftung verleiht.

LFK-Medienpreise 2009 der Landesanstalt für Kommunikation Baden-Württemberg für die besten Beiträge der privaten und nichtkommerziellen Radio- und Fernsehveranstalter – eine Auswahl der Preisträger. Hörfunk / Information: **Annika Fallak** (Radio Regenbogen, Mannheim); Unterhaltung: **Oliver Ostermann** u.a. (Hit-Radio ANTENNE 1, Stuttgart); Musikpromotion: **Martin Pfeffer** u.a. (DIE NEUE 107.7, Stuttgart); Volontäre: **Stefanie Dodt** (Radio Regenbogen, Mannheim); Hochschulen / Ausbildungseinrichtungen / nichtkommerzielle Veranstalter: Redaktion Dilämma, **Ulf Petersohn, Wolfgang Moll** (Radio Free FM, Ulm). Fernsehen / Aktueller Beitrag: **Peter Trautmann** u.a. (RTV GmbH, Böblingen / REGIO TV, Böblingen); Hintergrundberichterstattung: **Andreas Berth, Doris Eger** und Schüler der Claude Dornier Schule, Friedrichshafen (EBE Filmproduktion, Friedrichshafen / family.tv, Karlsruhe) sowie **Harald Bürk** u.a. (Rhein-Neckar Fernsehen, Mannheim); Videojournalist: **Martin Schneider** (REGIO TV EURO 3, Friedrichshafen); Volontäre: **Stefanie Klee** (Rhein-Neckar Fernsehen, Mannheim); Hochschulen / Ausbildungseinrichtungen: **Christoph Gehl** (R.TV Karlsruhe). Insgesamt wurden 39.000 € an Preisgeldern ausgeschüttet.

Medienpreise des Deutschen Anwaltvereins (DAV) – Print: **Wolfgang Janisch**, Fachkorrespondent der dpa in Karlsruhe und Vorsitzender der dortigen Justizpressekonferenz; Fernsehen: **Frank Bräutigam**, Referent des SWR-Fernsehdirektors, bis April 2009 Redakteur und Reporter in der SWR-Fernsehredaktion Recht und Justiz in Karls-ruhe, für Beiträge zum Thema „Das Bundesverfassungsgericht und der Datenschutz" in der ARD.

Der undotierte Marler Fernsehpreis für Menschenrechte wird von Amnesty International alle zwei Jahre ausgeschrieben. Kategorie Magazin Inland: „Kriegsverbrecher" (Magazin „Fakt", MDR) von **Markus Frenzel**; Kategorie Magazin Ausland: „Sklavenarbeiter in China" („Auslandsjournal", ZDF) von **Diana Zimmermann**; Kategorie Dokumentation Inland: „Kindersklaven" („die story", WDR) von **Rebecca Gudisch**; Kategorie Dokumentation Ausland: „Im Schatten des Bösen" (SWR / ARTE) von **Susanne Babila**; Kategorie Spielfilm: „Tatort: Schatten der Angst" (SWR) von **Annette Bassfeld-Schepers** (Buch) und **Martin Eigler** (Buch und Regie); Kategorie Ehrenpreis: „Memory Book – Damit du mich nie vergisst" (ZDF / ARTE) von **Christa Graf**.

Ruth Omphalius (Buch und Regie der deutschen Bearbeitung) erhielt für die dritte Folge der Dokumentationsreihe „Expedition Erde mit Thomas Reiter" (Koproduktion ZDF / BBC) den mit 10.000 € dotierten Achema-Fernsehpreis der Dechema (Gesellschaft für Chemische Technik und Biotechnologie).

RIAS-Preise 2009 der RIAS Berlin Kommission / Fernsehen – 1. Preis: **Peter Kloeppel** für seine Reportage „Amerika zwischen Angst und Aufbruch" (RTL); 2. Preis: **Ralph Gladitz** für „Der Präsidentenmacher – Amerika vor der Wende". Radio – 1. Preis: **Daniela Gerson** und **Wibke Bergemann** für „Too many Geister – Eine jüdische Enkelin auf Spurensuche in Berlin"; 2. Preis: **Susan Stone** für „Reports on Germany and Berlin for Public Radio". Neue Medien: **Andreas Korn** für die Kindernachrichtensendung „logo!" (ZDF) über die US-Wahl. RIAS-Fellow-Preis: **Laure Quinlivan** für „Cincinnati to Germany Connections".

16. Rüsselsheimer Filmtage für satirische Kurzfilme – 1. Preis (5.000 €): „Der Conny ihr Ponny" von **Robert Pohle** und **Martin Hentze**; 2. Preis (2.000 €): „Die schiefe Bahn" von **Jim Lacy** und **Kathrin Albers**; 3. Preis (1.000 €): „Ein Abend außer Haus" von **Markus Beck**.

Studio Hamburg Nachwuchspreis 2009 – Regie: **Emily Atef** für „Das Fremde in mir" (ZDF / ARTE); Drehbuch: **Johanna Stuttmann** für „Nacht vor Augen"; Produktion: **Matthias Adler** für „Novemberkind"; Kurzfilm (Publikumspreis): **Frauke Thielecke** für „Abendlied". Günter-Strack-Fernsehpreis / Nachwuchsdarsteller: **Markus Tomczyk** in „Braams – Kein Mord ohne Leiche"; Nachwuchsdarstellerin: **Amelie Kiefer** in „Die Drachen besiegen". Hamburger Krimipreis: **Andreas Kleinert** für „Polizeiruf 110 – Rosis Baby".

Der freie Fernsehjournalist **Detlef Suske** erhielt für den Beitrag „Gourmetmanufakturen in Mitteldeutschland" (MDR) den mit 5.000 € dotierten Mitteldeutschen Journalistenpreis, der von der IHK Halle-Dessau ausgeschrieben wird.

Jens Tönnesmann, Redakteur bei der Wirtschaftswoche, erhielt für seinen Beitrag „Auf dem Karrieretrip" den Tönissteiner Medienpreis, der von der AHG Klinik Tönisstein für herausragende journalistische Berichterstattung aus dem Kontext Sucht verliehen wird.

Stefan Ulrich, Korrespondent der SZ in Rom, wurde mit dem deutsch-italienischen Journalistenpreis Cinque Stelle ausgezeichnet, den der Deutsch-Italienische und der Italienische Journalistenverband vergeben.

Roger Willemsen, Autor und Moderator, wurde für sein Buch „Der Knacks" der mit 10.000 € dotierte Sprachpreis 2009 der Guntram und Irene Rinke Stiftung (Hamburg) zugesprochen.

Sönke Wortmann, Filmregisseur und -produzent, wird für sein Gesamtwerk und seine Verdienste um den deutschen Kinofilm der mit 30.000 € dotierte Große Kulturpreis der Sparkassen-Kulturstiftung Rheinland verliehen.

Ranga Yogeshwar, Wissenschaftsjournalist und TV-Moderator (WDR / ARD), wurde die Ehrendoktorwürde der Bergischen Universität Wuppertal im Fachbereich Elektrotechnik, Informationstechnik, Medientechnik zuerkannt.